

# Soziale Mobilität und Vermögensverteilung



## **Impressum**

### **Medieninhaber und Herausgeber:**

Bundesministerium für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK)  
Stubenring 1, A-1010 Wien  
+43 1 711 00-0  
sozialministerium.at

**Verlags- und Herstellungsort:** Wien

**Coverbild:** © istockphoto.com/Mike\_Kiev

**Layout & Druck:** BMASGK

**ISBN:** 978-3-85010-590-3

### **Alle Rechte vorbehalten:**

Jede kommerzielle Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk, sowie für die Verbreitung und Einspeicherung in elektronische Medien wie z. B. Internet oder CD-Rom.

Im Falle von Zitierungen im Zuge von wissenschaftlichen Arbeiten sind als Quellenangabe „BMASGK“ sowie der Titel der Publikation und das Erscheinungsjahr anzugeben.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des BMASGK und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

# Soziale Mobilität und Vermögensverteilung

Vorläufige Version

Wien 2019



## Vorwort

Es „herrscht doch weite Einigkeit darüber, dass demokratische Gesellschaften Chancengleichheit fördern sollten. Das heißt, sie sollten dafür sorgen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund, über die gleichen Möglichkeiten für ein erfolgreiches Leben verfügen“ schreiben Michael Förster und Sebastian Königs in ihrem Beitrag. Wenn der Erfolg im Leben davon abhängt, in welche Familie jemand geboren wird, spricht man von geringer sozialer Mobilität einer Gesellschaft. Die beiden Autoren der OECD messen die soziale Mobilität in Österreich und zeigen, welche Maßnahmen die soziale Mobilität in Österreich fördern können.

Darauf aufbauend beschreiben Pirmin Fessler und Martin Schürz von der österreichischen Nationalbank wie die privaten Vermögen in Österreich verteilt sind. Sie zeigen die steigende Bedeutung von Vermögen gegenüber Einkommen in den letzten Jahrzehnten und vermitteln, wie stark Erbschaften den Vermögensaufbau bestimmen. Die Autoren analysieren den Zusammenhang von Vermögen mit sozioökonomischen Merkmalen wie Alter, Beruf, Bildung, Einstellungen, Sozialisation und lebensgeschichtliche Erfahrungen. Damit werden Vermögensakkumulation und soziale Mobilität inhaltlich verknüpft.

Das Sozialministerium veröffentlicht die Studien wegen dieser thematischen Verknüpfung gemeinsam.

Sie richten sich nicht nur an Expertinnen und Experten, sondern an all jene, die sich für die Förderung von Chancengleichheit in Österreich interessieren. Das Team der Grundlagen- und Forschungsabteilung des Sozialministeriums bedankt sich bei den Autoren und wünscht viele neue Erkenntnisse bei der Lektüre!

## Förderung der sozialen Mobilität in Österreich

*Michael F. Förster*

*Sebastian Königs*

### Zusammenfassung

Während Österreich im Hinblick auf die vergleichsweise geringe Einkommensungleichheit recht gut abschneidet, liegt es bei der sozialen Mobilität hinter vielen anderen OECD Ländern zurück. Ein beträchtlicher Teil des sozioökonomischen Erfolgs und Misserfolgs wird von einer zur nächsten Generation vererbt. Mehr als in anderen Ländern bestimmt der Verdienst des Vaters den seiner Kinder im Haupterwerbsalter. Dies spiegelt eine starke generationenübergreifende Persistenz der Beschäftigungs- und Bildungsergebnisse wider, besonders bei Frauen und Migranten.

Im Lebensverlauf variieren die Positionen in der Einkommensverteilung recht wenig, v. a. bei Personen am oberen und unteren Ende der Skala. Gleichzeitig nimmt die Polarisierung bei den mittleren Einkommen zu, mit zunehmenden Abstiegsrisiken für die untere Mittelschicht. Über längere Zeiträume hinweg haben Frauen im Verdienstverlauf geringere Aufstiegschancen und größere Abstiegsrisiken als Männer.

Dieser Bericht identifiziert Faktoren in vier Politikbereichen, welche die soziale Mobilität in Österreich begünstigen bzw. behindern. Zunächst kann eine hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung wichtige Impulse zur Aufstiegsmobilität geben. Teilnehmeraten sind im letzten Jahrzehnt markant gestiegen, bleiben jedoch weiterhin hinter denen in vielen OECD-Ländern zurück. Weitere Investitionen sind notwendig, um Qualität und Status der frühkindlichen Bildung zu verbessern. Zweitens sind Fördermaßnahmen für einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Erwerbsleben nötig um die niedrige Bildungsmobilität zu erhöhen. Österreich bietet gezielte Unterstützung für junge Menschen mit Schwierigkeiten beim Berufseintritt. Jedoch sollte die Finanzierung von benachteiligten Schulen verbessert werden und die frühzeitige Trennung von Kindern im Sekundarschulbereich gehört auf den Prüfstand. Drittens würde die Verringerung der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt die soziale Mobilität erheblich verbessern. Dies erfordert Maßnahmen in den Bereichen Steuern, Elternkarenz sowie Familien- und Betreuungsleistungen, um die Anreize für eine ausgewogenere Aufteilung familiärer und beruflicher Verpflichtungen erhöhen. Viertens bietet das österreichische Steuer- und Transfersystem bislang generell einen vergleichsweise angemessenen Schutz vor Einkommensschocks. Die hohe Konzentration von Haushaltsvermögen in Verbindung mit dem Fehlen einer Erbschaftsbesteuerung beeinträchtigt jedoch die Chancengleichheit.

## Abstract

While income inequality in Austria is relatively low compared to many other OECD countries, social mobility lags behind. Socio-economic outcomes carry over strongly from one generation to the next: more than elsewhere, fathers' earnings are a strong predictor of the earnings of their prime-age children. This reflects strong persistence across generations in occupational and educational outcomes, particularly for women and migrants. Relative income positions also tend to strongly persist over people's lives, in particular at the top and bottom. Meanwhile, the middle-income group is polarising, with downward risks rising for the lower middle. Longer-term earnings trajectories (over 15 years) display marked gender differences, with women facing weaker chances of moving up and greater risks of sliding down.

This report identifies policies that promote or hamper social mobility in four domains. First, good-quality early childhood education and care can be a catalyst for upward mobility. Participation rates have significantly risen over the last decade, but still lag those in many OECD countries. Further investment is needed to improve quality and status of formal childcare. Second, tackling low educational mobility in Austria requires ensuring a successful school-to-work transition. Austria provides targeted support for those who struggle, but it could improve funding for disadvantaged schools and consider the appropriateness of "tracking" students at such a young age. Third, reducing gender inequality in the labour market would greatly improve social mobility. This requires raising incentives for a more equal sharing of family and work responsibilities in the areas of taxation, parental leave and family and care benefits. Fourth, the Austrian tax and benefit system so far generally provides comparatively adequate protection against income shocks. The high concentration of household wealth, combined with the absence of inheritance taxation, however implies that inequalities of opportunity remain large.

## Vermögen der privaten Haushalte in Österreich: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

*Pirmin Fessler*

*Martin Schürz*

### Zusammenfassung

Die österreichische Nationalbank erhebt im Rahmen des Eurosystems seit 2010 Daten zu den Finanzen der privaten Haushalte in Österreich. Im ersten Teil dieses Beitrags liegt der Fokus auf relevanten Ergebnissen zur Verteilung von Vermögen. Es werden Ergebnisse zur steigenden Bedeutung von Vermögen und Erbschaften und zur Stabilität der Vermögensungleichheit über die Zeit präsentiert. Im zweiten Teil wird die Perspektive auf die privaten Haushalte verschoben und es werden Spezifika zu den sozioökonomischen Charakteristika und Einstellungen der Haushalte besprochen. Der Fokus liegt hier auf Hindernissen für die soziale Mobilität und ergänzt die OECD Studie „Förderung der sozialen Mobilität in Österreich“.

### Abstract

The Austrian Central Bank (Oesterreichische Nationalbank) has been collecting data on household finances in Austria since 2010. In the first part of this article, we focus on findings about the distribution of net wealth. We present results on the increasing importance of wealth and inheritances and the stability of wealth inequality over time. In the second part we discuss socio-economic characteristics and attitudes of households. Generally we focus on obstacles to social mobility and complement the OECD study “Promoting Social Mobility in Austria”.



## Inhaltsverzeichnis

<b>Förderung der sozialen Mobilität in Österreich</b> .....	<b>13</b>
Kurzzusammenfassung.....	14
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>15</b>
<b>2 Soziale Mobilität in Österreich – eine multidimensionale Analyse</b> .....	<b>17</b>
2.1 Intergenerationelle soziale Mobilität: Vererbung von Privilegien und Benachteiligungen.....	20
2.2 Intragenerationelle soziale Mobilität: Privilegien und Benachteiligungen bestehen fort.....	27
<b>3 Maßnahmen zur Förderung der sozialen Mobilität in Österreich</b> .....	<b>37</b>
3.1 Qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung zur Verfügung stellen.....	38
3.2 Einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Erwerbsleben fördern.....	44
3.3 Mehr Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt schaffen.....	52
3.4 Steuer- und Transfersysteme so gestalten, dass hohe Einkommensverluste abgefedert und Chancenungleichheiten verringert werden.....	59
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	67
<b>Vermögen der privaten Haushalte in Österreich</b> .....	<b>71</b>
<b>1 Was wissen wir über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Österreich?</b> .....	<b>74</b>
1.1 Vermögensungleichheit in Österreich: stabil?.....	74
1.2 Vermögen sind deutlich ungleicher verteilt als Einkommen.....	77
1.3 Wer mehr Einkommen erzielt, hat nicht unbedingt mehr an Vermögen.....	78
1.4 Erbschaften bestimmen die Vermögensposition entscheidend.....	81
1.5 Eigenheim wichtigster Vermögensbestandteil.....	83
<b>2 Sozio-ökonomische Spezifika zur Vermögensverteilung</b> .....	<b>85</b>
<b>3 Schlussfolgerungen</b> .....	<b>90</b>
Literaturverzeichnis.....	91

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

### Förderung der sozialen Mobilität in Österreich

<b>Abbildung 1:</b>	Es könnte in Österreich durchschnittlich fünf Generationen dauern, um vom unteren Zehntel das Durchschnittseinkommen zu erreichen.....	16
<b>Abbildung 2:</b>	Die Verdienstmobilität nach oben zwischen den Generationen ist in Österreich vergleichsweise niedrig.....	22
<b>Abbildung 3:</b>	Hohe Persistenz der Beschäftigungsergebnisse zwischen den Generationen in Österreich.....	23
<b>Abbildung 4:</b>	Viele Erwachsene, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau aufweisen, haben selbst die Schule ohne einen Abschluss im Sekundarbereich II verlassen.....	25
<b>Abbildung 5:</b>	Bildungsergebnisse zwischen den Generationen werden in Österreich in höherem Maße auf Töchter übertragen als auf Söhne, insbesondere bei Kindern aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau.....	26
<b>Abbildung 6:</b>	Es besteht eine hohe Persistenz auf kurze Sicht im Hinblick auf die oberen und unteren Einkommen, wobei die Persistenz seit den 1990er-Jahren gestiegen ist.....	27
<b>Abbildung 7:</b>	Für Haushalte mit niedrigen mittleren Einkommen besteht ein erhebliches Abstiegsrisiko.....	29
<b>Abbildung 8:</b>	Änderungen des Beschäftigungsstatus sind meist mit Einkommensanstiegen verbunden.....	31
<b>Abbildung 9:</b>	Die Geburt eines Kindes geht mit lediglich geringen Einkommensveränderungen einher, hat jedoch langfristige Auswirkungen auf die Teilhabe der Mütter am Arbeitsmarkt.....	33
<b>Abbildung 10:</b>	Die Verdienstverläufe von Frauen weisen schwächere Aufwärtsmobilität und größere Abstiegsrisiken auf als die von Männern.....	36
<b>Abbildung 11:</b>	Das österreichische Steuer- und Transfersystem ist auch nach der jüngsten Steuerreform vorteilhaft für Anderthalb-Verdiener-Haushalte.....	56
<b>Abbildung 12:</b>	Österreich stellt Arbeitslosen angemessene Einkommensunterstützung zur Verfügung.....	60
<b>Abbildung 13:</b>	Vermögendere Haushalte erben deutlich häufiger.....	66
<b>Tabelle 1:</b>	Die Teilnahme an formaler Kinderbetreuung in Österreich ist gering, hängt jedoch nicht stark vom sozioökonomischen Hintergrund ab.....	41

## Vermögen der privaten Haushalte in Österreich

<b>Abbildung 14:</b>	Verschiedene Ungleichheitsmaße der Verteilung des Nettovermögens.....	76
<b>Abbildung 15:</b>	Verteilung von Einkommen und Vermögen.....	78
<b>Abbildung 16:</b>	Gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen.....	80
<b>Abbildung 17:</b>	Kapitalstock in Prozent des Nationaleinkommens .....	82
<b>Abbildung 18:</b>	Nettovermögen nach Alter und Erbe.....	83
<b>Abbildung 19:</b>	Bedeutung der Vermögenskomponenten der österreichischen Haushalte .....	84
<b>Abbildung 20:</b>	Selbsteinschätzung in Nettovermögensdezile.....	85
<b>Abbildung 21:</b>	Was würden Sie sagen, wie sehr verfolgen Sie die Tagespolitik und die Politik generell, die meiste Zeit, regelmäßig, hin und wieder, selten oder nie?.....	86
<b>Abbildung 22:</b>	Median der Nettovermögen nach Parteipräferenz.....	87
<b>Abbildung 23:</b>	Mittelwert des Nettovermögens nach Beruf des Großvaters väterlicherseits.....	88
<b>Abbildung 24:</b>	Mittelwert des Nettovermögens im Haushalt nach Anzahl der Bücher im elterlichen Haushalt im Alter von 10 Jahren.....	89



# Förderung der sozialen Mobilität in Österreich

Michael F. Förster

Sebastian Königs

## Kurzzusammenfassung

Soziale Mobilität in Österreich ist vergleichsweise gering. Mehr als in anderen Ländern bestimmt der Verdienst des Vaters den seiner Kinder im Haupterwerbsalter. Dies spiegelt eine starke generationenübergreifende Persistenz der Beschäftigungs- und Bildungsergebnisse wider, besonders bei Frauen und Migrantinnen und Migranten. Im Lebensverlauf variieren die Positionen von Menschen in der Einkommensverteilung recht wenig, v. a. am oberen und unteren Ende der Skala. Über längere Zeiträume hinweg haben Frauen im Verdienstverlauf geringere Aufstiegschancen und größere Abstiegsrisiken als Männer.

Dieser Bericht identifiziert Faktoren in vier Politikbereichen, welche die soziale Mobilität in Österreich begünstigen bzw. behindern. Zunächst kann eine hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung wichtige Impulse zur Aufstiegsmobilität geben. Zweitens sind Fördermaßnahmen für einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Erwerbsleben nötig um die niedrige Bildungsmobilität zu erhöhen. Drittens würde die Verringerung der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt die soziale Mobilität erheblich verbessern. Viertens kann ein effizientes Steuer- und Transfersystem einen angemessenen Schutz vor Einkommensschocks bieten und die Chancengleichheit erhöhen.

Michael F. Förster, OECD

Sebastian Königs, OECD

### Wichtige Hinweise:

Die in diesem Artikel vertretenen Auffassungen sind die der Autoren; sie können nicht unbedingt der OECD oder den Regierungen ihrer Mitgliedsländer zugeschrieben werden.

Dieses Dokument sowie die darin enthaltenen Daten und Karten berühren weder den völkerrechtlichen Status von Territorien noch die Souveränität über Territorien, den Verlauf internationaler Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten oder Gebieten.

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland gemäß internationalem Recht.

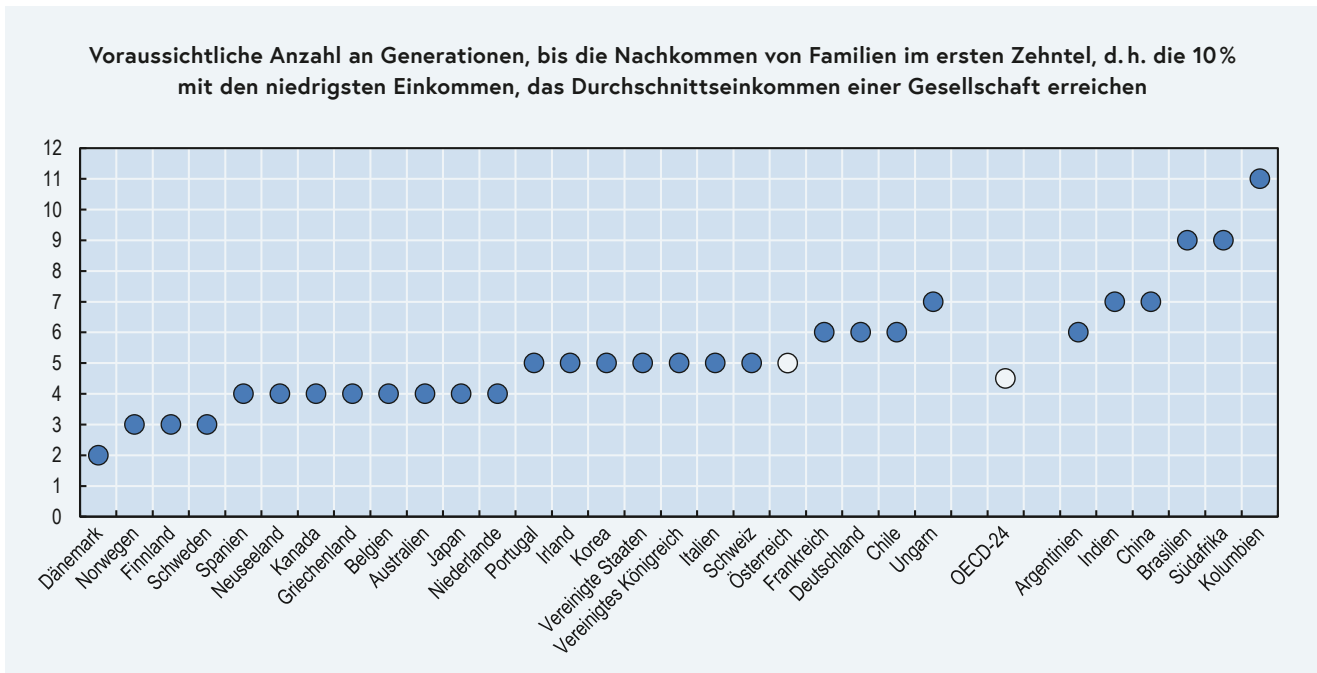
## 1 Einleitung

1. Auch wenn es keinen Konsens über das akzeptable – oder wünschenswerte – Maß an Ungleichheit von wirtschaftlichen oder sozialen Ergebnissen gibt, herrscht doch weite Einigkeit darüber, dass demokratische Gesellschaften Chancengleichheit fördern sollten. Das heißt, sie sollten dafür sorgen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund, über die gleichen Möglichkeiten für ein erfolgreiches Leben verfügen. Wie der jüngst publizierte OECD-Bericht *A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility* (OECD, 2018 [1]) zeigt, haben Einkommen und sozioökonomischer Status der Eltern oft entscheidenden Einfluss auf den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, angemessener Gesundheitsversorgung und beruflichen Netzwerken und damit auf die Karrieremöglichkeiten ihrer Kinder. In einem durchschnittlichen OECD-Land könnte es beispielsweise vier bis fünf Generationen dauern, um vom unteren Zehntel der Einkommensverteilung aus das Durchschnittseinkommen zu erreichen. Für Österreich fällt dieser Wert noch geringfügig höher aus (Abbildung 1).<sup>1</sup>

---

1 Diese Ergebnisse decken sich mit Erkenntnissen aus früheren ländervergleichenden Studien zur intergenerativen Weitergabe von Einkommensverhältnissen, die gezeigt haben, dass es in Österreich und südeuropäischen Ländern eine relativ hohe Einkommenspersistenz über Generationen hinweg gibt, während sie in den nordischen Ländern gering ausfällt (Schnetzer and Altzinger, 2013 [51]; OECD, 2010 [4]).

**Abbildung 1:** Es könnte in Österreich durchschnittlich fünf Generationen dauern, um vom unteren Zehntel das Durchschnittseinkommen zu erreichen



**Hinweis:** Diese Schätzungen dienen der Veranschaulichung und beruhen auf der Persistenz (Elastizität) zwischen dem Verdienst von Vätern und ihren Söhnen und dem derzeitigen Niveau des Haushaltseinkommens des unteren Zehntels und dem mittleren Einkommen, wobei von einer konstanten Elastizität ausgegangen wird. Familien mit niedrigem Einkommen sind diejenigen im ersten Einkommenszehntel, d. h. die untersten 10% der Bevölkerung.

**Quelle:** OECD, 2018 [1]

2. Privilegien oder Benachteiligungen verfestigen sich zudem stark im Verlauf des Lebens. Fast 70% der Menschen in den oberen 20% der Einkommensverteilung bleiben über einen Vierjahreszeitraum im oberen Fünftel, und rund 60% der Menschen im untersten Einkommensfünftel verbleiben im unteren Fünftel. Darüber hinaus ist die Persistenz in Bezug auf die Einkommenssituation in den meisten OECD-Ländern seit Ende der 1990er-Jahre gestiegen – die Menschen verharren zunehmend am oberen oder unteren Ende der Einkommensskala. Und obwohl Österreich im Hinblick auf eine relativ gleichmäßige Verteilung von Einkommen (OECD, 2019 [2]) vergleichsweise gut abschneidet, liegt es hinsichtlich der sozialen Mobilität in verschiedenen Dimensionen hinter anderen Ländern zurück.
3. Geringe soziale Mobilität hat negative wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen: Wenn Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen nicht dieselben Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente erhalten wie Menschen aus privilegierten Familien, ist dies nicht nur ungerecht, sondern schmälert auch das Wirtschaftswachstum. Aufstiegschancen wirken sich zudem auf die Lebenszufriedenheit und das Wohlbefinden des Einzelnen aus und sind wichtig für den sozia-



len Zusammenhalt und die demokratische Teilhabe. Wie die großen Unterschiede bei den Ergebnissen in den verschiedenen Ländern zeigen, können richtige Politikentscheidungen jedoch zu einer höheren Mobilität beitragen. So ist die soziale Mobilität beispielsweise in Ländern, die zuvor in größerem Umfang in ihre Bildungs- und Gesundheitssysteme investiert haben, üblicherweise höher.

4. In diesem Bericht wird dargelegt, wie soziale Mobilität in Österreich gefördert werden kann. Er gliedert sich in zwei Teile: Abschnitt 2 liefert eine umfassende statistische Analyse über soziale Mobilität in Österreich, wobei der Schwerpunkt auf der Einkommens- und Verdienstpersistenz sowie Beschäftigungs- und Bildungsergebnissen liegt, jeweils sowohl über Generationen hinweg als auch im Verlauf des Lebens. In Abschnitt 3 werden Maßnahmen aufgezeigt, mit denen soziale Mobilität gefördert oder geschwächt wird, und zwar für vier zentrale Politikbereiche, die sich für Österreich als besonders relevant erwiesen haben:  
i) frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung; ii) Übergang von Bildung ins Erwerbsleben; iii) Familienunterstützung und Gleichstellung der Geschlechter; und iv) Steuern und Transferleistungen.

## 2 Soziale Mobilität in Österreich – eine multidimensionale Analyse

5. In Österreich ist die Sorge über fehlende soziale Mobilität, wie in zahlreichen anderen OECD-Ländern auch, weit verbreitet. Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihr Erfolg im Leben stark vom familiären Hintergrund abhängt, was bedeutet, dass soziale Mobilität *zwischen den Generationen* gering ausfällt: In Österreich sind einer Umfrage nach 36 % der Befragten der Meinung, dass es wichtig ist, gut ausgebildete Eltern zu haben, um im Leben voranzukommen, eine Zahl, die weitgehend mit dem OECD-Durchschnitt übereinstimmt (37 %, OECD (2018 [1])). Zudem sind die Menschen vergleichsweise pessimistisch, was die Verbesserung ihrer eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation anbelangt, das heißt im Hinblick auf den Grad an sozialer Mobilität *im Lebensverlauf*: So rechneten im Jahr 2015 nur 16 % der Menschen in Österreich mit einer Verbesserung der eigenen finanziellen Verhältnisse; im OECD-Raum lag dieser Wert bei 22 %.
6. Der vorliegende Abschnitt liefert eine Analyse verschiedener Dimensionen der sozialen Mobilität in Österreich und zeigt, dass die soziale Mobilität in Österreich im internationalen Vergleich insgesamt begrenzt ist. Abschnitt 2.1 gibt Aufschluss darüber, in welchem Maße die persönliche wirtschaftliche Situation tatsächlich davon abhängt, wie privilegiert oder benachteiligt das Elternhaus war, d. h. über die *intergenerationelle* soziale Mobilität. Es wird gezeigt, dass sich die Höhe des Verdiensts über Generationen hinweg in Österreich geringfügig stärker verfestigt

als im OECD-Durchschnitt, insbesondere bei Kindern von Vätern am oberen oder unteren Ende der Verdienstverteilung. Dies spiegelt eine starke generationenübergreifende Persistenz der Beschäftigungs- und Bildungsergebnisse wider, insbesondere für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. In [Abschnitt 2.2](#) wird der Frage nach Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken im Laufe des Lebens nachgegangen, d. h. der *intragenerationellen* sozialen Mobilität. Dabei zeigt sich eine starke Persistenz der Einkommenshöhe auf kurze Sicht, und dies wiederum insbesondere im obersten und untersten Bereich. Die Mobilität fällt für die Gruppe mit mittleren Einkommen weitaus höher aus, allerdings geht sie mit einem zunehmenden Abstiegsrisiko für Haushalte mit niedrigem mittleren Einkommen einher. Der Schwerpunkt liegt in beiden Abschnitten darauf, wie sich die *relative Stellung* von Menschen in der Gesellschaft im Vergleich zur Stellung ihrer Eltern oder von Mitmenschen mit demselben Hintergrund im Lauf der Zeit ändert (also auf der *relativen* sozialen Mobilität) und weniger darauf, wie sich das absolute Niveau im Hinblick auf Einkommen, Bildung oder Gesundheit ändert (also der *absoluten* sozialen Mobilität, siehe [Kasten 1](#)).<sup>2</sup>

### **Kasten 1: Eine Einführung zum Konzept der „sozialen Mobilität“**

#### **Absolute und relative soziale Mobilität im Vergleich**

Soziale Mobilität zwischen Generationen und im Lebensverlauf kann nach absoluten oder relativen Gesichtspunkten bemessen werden. Für Aussagen über die *absolute* soziale Mobilität wird untersucht, wie stark sich Einkommen, Bildungsstand oder Gesundheit verbessern oder verschlechtern. Für die *relative* soziale Mobilität wird die *Stellung* von Personen innerhalb der Gesellschaft betrachtet, entweder indem ihre Position mit der ihrer Eltern oder mit den Positionen im Laufe ihres eigenen Lebens verglichen wird.

Die absolute Mobilität über Generationen hinweg ist für die meisten Bevölkerungsgruppen in höher entwickelten Volkswirtschaften langfristig betrachtet positiv ausgefallen, da sich Einkommen, Bildungsstand und Gesundheit verbessert haben. Die absolute Mobilität – d. h. die Geschwindigkeit der Fortschritte – hat in einigen zentralen Dimensionen abgenommen, da die Länder ein höheres Entwicklungsniveau erreicht haben, beispielsweise in den Bereichen Bildung oder Gesundheit. In einigen Fällen wächst sogar die Sorge über *negative*

---

2 Das erste Beispiel im vorigen Absatz bezieht sich auf die Einschätzungen über relative intergenerationelle Mobilität, das zweite auf die Einschätzungen über absolute intragenerationelle Mobilität.

absolute Mobilität zwischen Generationen, d. h. darüber, ob die junge Generation von heute noch denselben Lebensstandard wie ihre Eltern erreichen wird.<sup>3</sup> Darüber hinaus kann jeder Mensch im Laufe seines Lebens negative absolute Mobilität erleben, zum Beispiel im Falle von Krankheit oder Arbeitsplatzverlust.

Die relative Mobilität kann unabhängig von der absoluten Mobilität hoch oder niedrig sein: Auch bei einer Verbesserung des Lebensstandards insgesamt (d. h. bei positiver absoluter Mobilität) wird es so sein, dass einige Menschen, im Vergleich zu Mitmenschen mit demselben Hintergrund, Fortschritte erzielen und eine höhere gesellschaftliche Position erreichen als ihre Eltern, während andere nicht Schritt halten können.

Sowohl absolute als auch relative Mobilität sind von Bedeutung, wobei Letztere für die Politik meist von größerem Interesse ist. Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht daher vorrangig die relative soziale Mobilität. Sofern nicht anders angegeben, bezieht sich der Begriff „soziale Mobilität“ demnach auf relative Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse.

#### **Wie viel soziale Mobilität ist wünschenswert?**

Es ist nicht einfach, einen „wünschenswerten“ oder gar den „optimalen“ Grad an sozialer Mobilität zu bestimmen. In öffentlichen Debatten wird soziale Mobilität meist vorrangig mit *Aufstiegs*mobilität gleichgesetzt und somit als etwas Positives betrachtet. Konzeptionell bedingt gehen gute Chancen auf eine relative Aufstiegsmobilität für eine Gruppe immer auch mit einem hohen Risiko an relativer Abstiegsmobilität für eine andere Gruppe einher. Und auch wenn politische Entscheidungsträger versuchen, beidem gerecht zu werden, sprich Aufstiegsmobilität für eine Gruppe zu fördern (beispielsweise für Kinder aus benachteiligten Familien) und das Risiko der Abstiegsmobilität für eine andere Gruppe zu reduzieren (zum Beispiel für Haushalte der unteren Mittelschicht), so ist relative Mobilität per se gesamtgesellschaftlich betrachtet ein Nullsummenspiel.

Dennoch spricht viel dafür, für mehr Mobilität in der Gesellschaft zu sorgen. Eine höhere soziale Mobilität bringt eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Vorteile mit sich, beispielsweise ein höheres Wachstum, verstärkte soziale Teilhabe und größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine sozial mobilere Gesellschaft ist sicherlich eine gerechtere Gesellschaft, wenn die gesellschaftliche Stellung von Menschen durch ihre Fähigkeiten und Bemühungen bestimmt

---

3 Laut der 2018 durchgeführten Umfrage der OECD *Risks That Matter* sind zwei Drittel der österreichischen Eltern der Ansicht, dass sie erfolgreicher im Leben waren als ihre Eltern, doch weniger als ein Drittel geht davon aus, dass ihre eigenen Kinder denselben gesellschaftlichen Status und Komfort erreichen werden wie sie selbst.

wird und nicht aus früher erworbenen Privilegien resultiert. Dafür müssen sowohl Maßnahmen zur Förderung der Aufstiegsmobilität ergriffen werden, z. B. durch die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen, als auch Anstrengungen unternommen werden, mit denen verhindert wird, dass die obersten Einkommensschichten übermäßige Privilegien genießen. Gewisse Arten der sozialen Mobilität können jedoch gesellschaftlich unerwünscht sein: So werden Gesellschaften insbesondere darauf hinwirken, das hohe Risiko einer kurzfristigen Abstiegsmobilität im Verlauf des Lebens zu begrenzen, indem hohe Einkommensverluste im Falle von Krankheit, Trennungen oder Arbeitslosigkeit abgedeckt werden, auch wenn dies bedeutet, dass die Aufstiegsmobilität in gewissem Maße eingeschränkt wird.

## 2.1 Intergenerationelle soziale Mobilität: Vererbung von Privilegien und Benachteiligungen

Die Verdienstmobilität zwischen den Generationen ist in Österreich gering

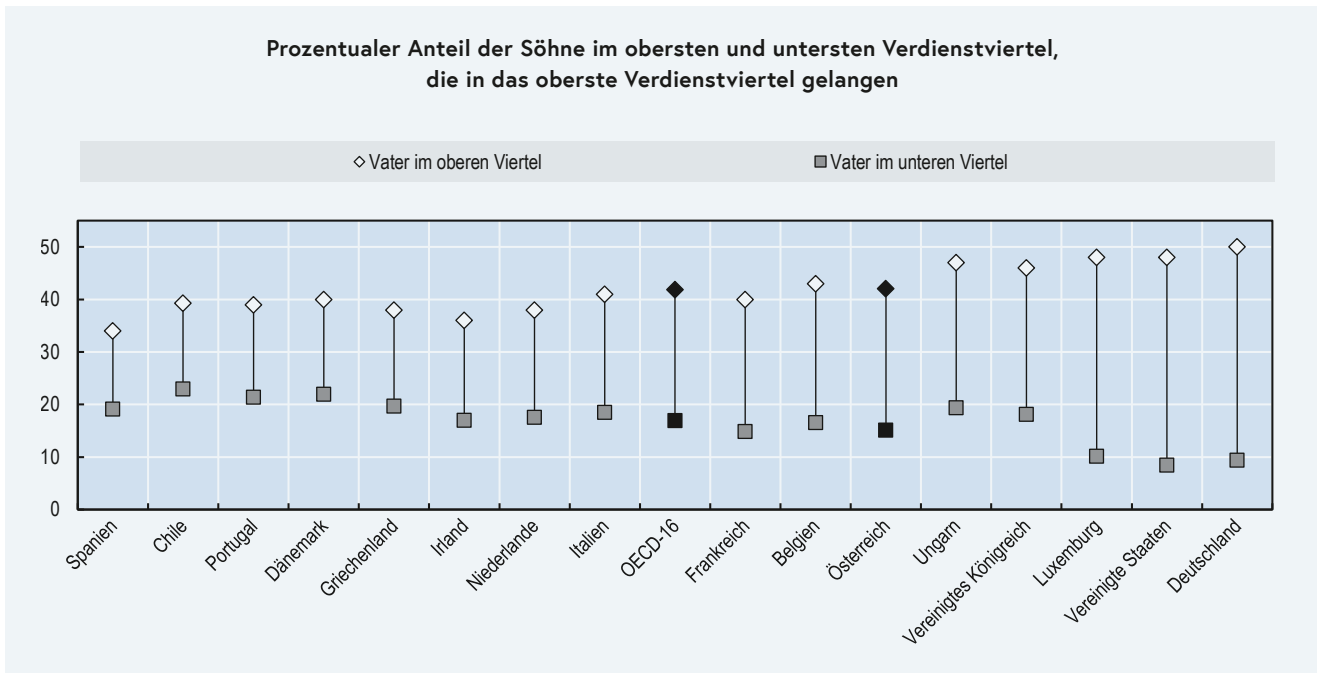
7. Die intergenerationelle Verdienstmobilität ist in Österreich vergleichsweise gering, denn der Verdienst der Väter bestimmt in starkem Maße den Verdienst ihrer Kinder im Haupterwerbsalter:
  - **Geringe Verdienstmobilität nach oben am unteren Rand:** Die Wahrscheinlichkeit, dass Söhne von Vätern mit niedrigem Verdienst – dieser ist hier definiert als Verdienst im untersten Viertel – in den oberen Bereich der Verdienstverteilung aufsteigen, liegt bei nur 15% und damit unter dem OECD-Durchschnittswert (17%, [Abbildung 2](#)).
  - **Starke Verdienststabilität in der Mitte:** Das Risiko für Söhne von Vätern der beiden mittleren Verdienstviertel, sich im untersten Viertel wiederzufinden, ist geringer als dies in den OECD-Ländern im Durchschnitt der Fall ist. Allerdings ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie in das oberste Viertel aufsteigen, etwas geringer als im OECD-Durchschnitt.
  - **Hohe Verdienstpersistenz am oberen Rand:** Die Söhne von Vätern mit hohem Verdienst werden mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst viel verdienen: 42% von ihnen erreichen das oberste Viertel, ungefähr genauso viele wie im OECD-Durchschnitt ([Abbildung 2](#)). Doch auch bei dieser Gruppe ist das Risiko, in das unterste Viertel abzurutschen, höher als im OECD-Durchschnitt (und liegt bei 20% im Vergleich zu 16%), was dem generell vorherrschenden Muster der geringen Gesamtmobilität in Österreich widerspricht.

8. Diese geringe Verdienstmobilität erklärt, warum es für Kinder aus Haushalten mit niedrigem Einkommen derart lange dauert, sich dem Durchschnittseinkommen anzunähern, wie in Abbildung 1 in der Einleitung dargestellt.<sup>4</sup>
9. Die oben angeführten Ergebnisse spiegeln ausdrücklich das Verhältnis zwischen dem Verdienst von Vätern und Söhnen wider, da es generell schwieriger ist, verlässliche Schätzungen für Töchter abzugeben. Es nehmen weniger Frauen als Männer am Arbeitsmarkt teil, und diejenigen, die teilnehmen, und für deren Verdienst Aussagen getroffen werden können, stellen meist eine eher ausgewählte Untergruppe dar und sind somit weniger repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Würden einfach nur die Verdienste von Vätern und ihren Töchtern oder von Müttern und ihren Töchtern ins Verhältnis zueinander gesetzt, so wären die daraus gewonnenen Ergebnisse nicht ohne Weiteres vergleichbar. Der Schwerpunkt in einem Großteil der empirischen Literatur zu intergenerationaler Verdienstpersistenz liegt daher auf den Söhnen.

---

4 Die in Abbildung 1 dargestellten Simulationen basieren auf Schätzungen zu dem Anteil des Verdiensts von Söhnen, der sich aus den Verdienstunterschieden ihrer Väter erklärt (die sogenannte intergenerationale Verdienstelastizität). Auch nach diesem anderen, technischeren Maß ist die Verdienstmobilität in Österreich gering: Die intergenerationale Verdienstelastizität für Österreich liegt bei 48%, im Vergleich zu 38% im Durchschnitt von 26 OECD-Ländern. Anders ausgedrückt wird fast die Hälfte des Verdienstunterschieds, der zwischen Vätern besteht, an die Söhne übertragen. Die zweite zentrale Kenngröße in diesen Berechnungen ist der Gini-Index, der den Grad der Ungleichheit der Einkommensverteilung angibt. Die Einkommensungleichheit fiel 2017 in Österreich niedriger aus als im OECD-Durchschnitt (Gini-Index von 28,4 gegenüber 31,7 (OECD, 2019 [2])).

**Abbildung 2:** Die Verdienstmobilität nach oben zwischen den Generationen ist in Österreich vergleichsweise niedrig



**Hinweis:** Länder sind nach den prozentualen Unterschieden in aufsteigender Reihenfolge geordnet.

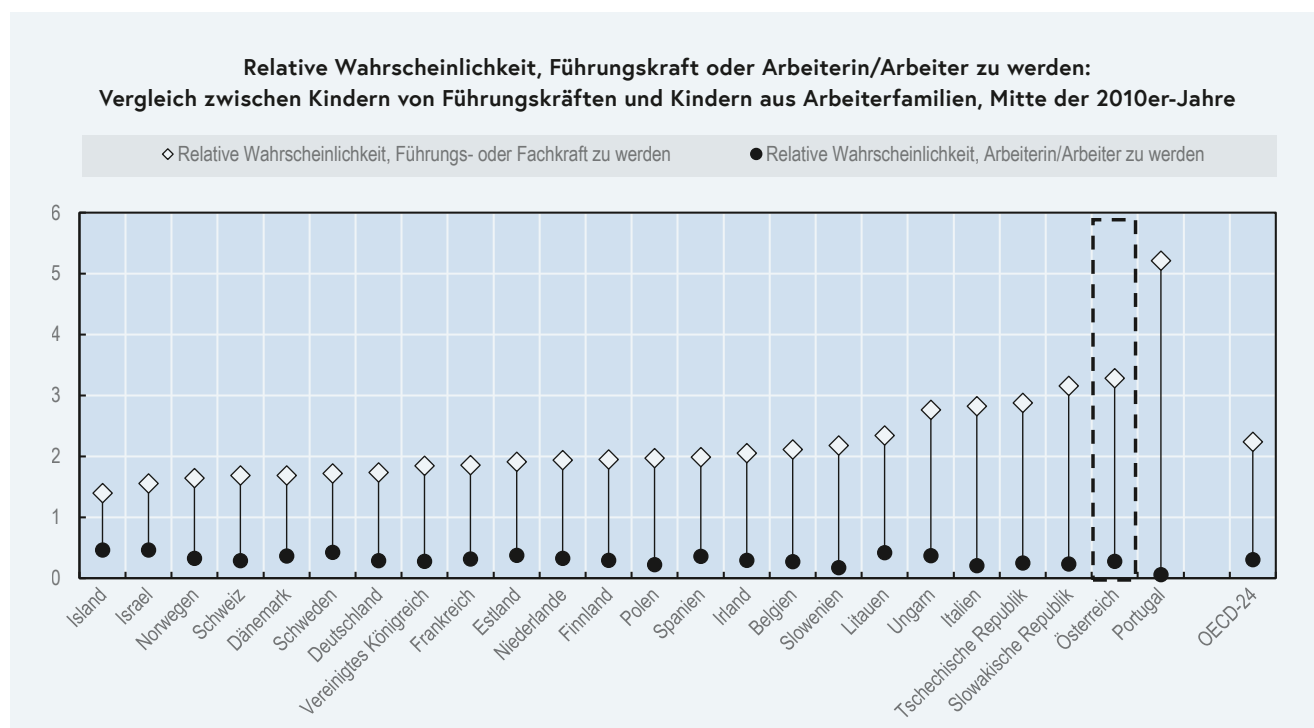
**Quelle:** OECD-Berechnungen auf der Grundlage des SOEP für Deutschland, des PSID für die Vereinigten Staaten, des ECHP und EU-SILC 2011 für Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich, des MHP und EU-SILC 2011 für Ungarn und CASEN 2009 für Chile.

10. Eine frühere Untersuchung der OECD hat jedoch gezeigt, dass sich diese Ergebnisse auch auf Väter und Töchter übertragen lassen. Tatsächlich weisen ökonomische Schätzungen, die der niedrigeren Erwerbsquote von Frauen Rechnung tragen, darauf hin, dass die Verdienstmobilität bei Töchtern in Österreich etwas *geringer* ausfällt als bei Söhnen (OECD, 2018, p. 210 [1]). Väter übertragen schätzungsweise 60 % der Variation ihres Verdiensts an ihre Töchter und rund 48 % an ihre Söhne. In Italien und Spanien zeigt sich ein ähnliches Muster, wohingegen die Verdienstpersistenz bei Töchtern beispielsweise in Deutschland und Ungarn weniger stark ausgeprägt ist als bei Söhnen. Im Durchschnitt waren in keinem der 14 in der Studie betrachteten OECD-Länder systematische Unterschiede hinsichtlich der Verdienstpersistenz bei Töchtern und Söhnen festzustellen.

Dies spiegelt eine hohe Persistenz der Beschäftigungsergebnisse zwischen den Generationen wider

11. Eine geringe Verdienstmobilität spiegelt eine relativ hohe Persistenz hinsichtlich des Berufsstatus von Eltern und ihren Kindern wider. In Österreich ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Führungs- oder Fachkräften selbst einmal in derartigen Positionen tätig sind, 3,3-mal höher als für Kinder aus Arbeiterfamilien (Abbildung 3). Im Gegensatz dazu ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Führungs- oder Fachkräften als Arbeiterinnen oder Arbeiter tätig sein werden, nur ein Drittel so hoch wie bei Kindern aus Arbeiterfamilien.<sup>5</sup> Die Übertragung von Beschäftigungsergebnissen von Eltern auf ihre Kinder ist, abgesehen von Portugal, in Österreich stärker ausgeprägt als in den meisten OECD-Ländern mit vergleichbaren Daten.

**Abbildung 3:** Hohe Persistenz der Beschäftigungsergebnisse zwischen den Generationen in Österreich



**Hinweis:** Ergebnisse für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25 bis 59 Jahre).

**Erläuterung zum Lesen der Grafik:** In Österreich ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind einer Führungskraft selbst Führungskraft wird, 3,3-mal höher als für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind einer Führungskraft als Arbeiterin/Arbeiter tätig sein wird, ist nur ein Drittel so hoch wie bei einem Kind aus einer Arbeiterfamilie.

Hinweis: „Führungskräfte“ bezieht sich auf Führungs- oder Fachkräfte in unteren oder höheren Positionen, „Arbeiterin/Arbeiter“ bezieht sich auf qualifizierte, angelernte oder ungelernete Arbeitskräfte. Der Beruf der Eltern bezieht sich auf den Zeitpunkt, als das Kind 14 Jahre alt war.

**Quelle:** OECD-Berechnungen auf Grundlage der European Social Survey, Runden 6 bis 8 (2012-16).

<sup>5</sup> Die Wahrscheinlichkeit, als Führungs- oder Fachkraft zu arbeiten, beträgt 56% für Kinder von Führungskräften und 17% für Kinder aus Arbeiterfamilien. Die Wahrscheinlichkeiten, später als Arbeiterinnen oder Arbeiter tätig zu sein, betragen 13% bzw. 45%.

## Hohe Persistenz der Bildungsergebnisse zwischen den Generationen ist eine mögliche Ursache

12. Eine hohe Persistenz der Bildungsergebnisse zwischen den Generationen ist eine mögliche Ursache für die geringe Verdienst- und Einkommensmobilität.<sup>6</sup> In allen OECD-Ländern schneiden Kinder aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau in der Schule im Durchschnitt schlechter ab und erwerben niedrigere Qualifikationen als ihre Altersgenossinnen und Altersgenossen aus Familien mit einem höheren Bildungsniveau. Dieser Unterschied fällt jedoch in Österreich viel stärker aus als in den Ländern, die am besten abschneiden: Die Wahrscheinlichkeit, dass Erwachsene, die in einem Haushalt aufwuchsen, in dem die Eltern nicht über einen Abschluss im Sekundarbereich II verfügten, ebenfalls keinen Sekundarschulabschluss erlangt haben, liegt in Österreich bei 31%. Bei Erwachsenen, deren Eltern einen Abschluss im tertiären Bildungsbereich haben, liegt dieser Wert bei nur 6% (Abbildung 4). Im Vergleich hierzu hat in den Ländern, die am besten abschneiden, wie Estland, Finnland und Schweden, nur einer von acht Erwachsenen, deren Eltern nicht über einen Abschluss im Sekundarbereich II verfügen, auch selbst keinen solchen Abschluss erlangt.
13. Auch die Chancen, einen Abschluss im tertiären Bildungsbereich zu erlangen, hängen stark vom Bildungshintergrund der Eltern ab: Die Wahrscheinlichkeit für tertiäre Bildung ist in Österreich bei Erwachsenen, deren Eltern über tertiäre Bildung verfügen, zehnmal höher als bei Erwachsenen, deren Eltern keinen Abschluss im Sekundarbereich II haben. Das ist einer der höchsten Werte unter den OECD-Ländern (der OECD-Durchschnittswert liegt bei drei).<sup>7</sup>
14. Die Feststellung, dass die Bildungsmobilität zwischen den Generationen in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern gering ist, deckt sich mit Ergebnissen aus früheren länderübergreifenden Studien (OECD, 2008 [3]; 2010 [4]; Fessler, Mooslechner and Schürz, 2011 [5]).

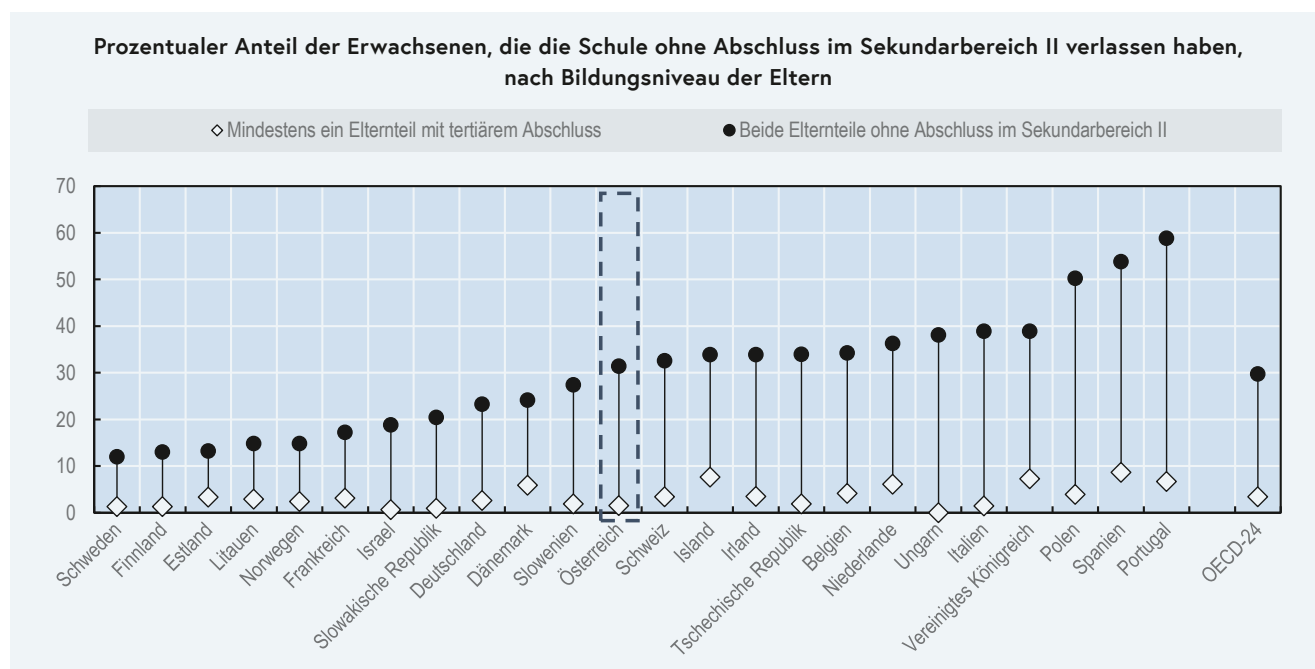
---

6 Auch das Gegenteil trifft zu, nämlich dass Kinder aus wirtschaftlich benachteiligten Haushalten schlechtere Leistungen in der Schule erbringen (Altzinger et al., 2013 [44]).

7 Insgesamt ist der Anteil der Erwachsenen mit tertiärem Bildungsabschluss in Österreich im OECD-Vergleich gering (2017 waren es 32,4%, im Vergleich zum OECD-Durchschnitt von 36,5% (OECD, 2019 [50])). 62% der Erwachsenen, bei denen zumindest ein Elternteil über tertiäre Bildung verfügt, haben auch selbst einen tertiären Bildungsabschluss erlangt, wohingegen dies nur bei 6% der Erwachsenen, deren Eltern keinen Abschluss im Sekundarbereich II haben, der Fall ist.



**Abbildung 4:** Viele Erwachsene, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau aufweisen, haben selbst die Schule ohne einen Abschluss im Sekundarbereich II verlassen



**Hinweis:** Ergebnisse für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25 bis 59 Jahre).

**Quelle:** OECD-Berechnungen auf Grundlage der European Social Survey, Runden 6 bis 8 (2012-16).

15. Im Hinblick auf Bildungsergebnisse fällt die Persistenz zwischen den Generationen bei Töchtern geringfügig höher aus als bei Söhnen (Abbildung 5). Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Eltern, die nicht über einen Abschluss im Sekundarbereich II verfügen, selbst auch keinen solchen Abschluss erlangen, ist für Töchter 1,5-mal höher als für Söhne. Gleichzeitig ist es etwas wahrscheinlicher, dass die Töchter von Eltern mit tertiärem Bildungsabschluss selbst einen solchen Abschluss erwerben, als es bei den Söhnen dieser Eltern der Fall ist.<sup>8</sup>

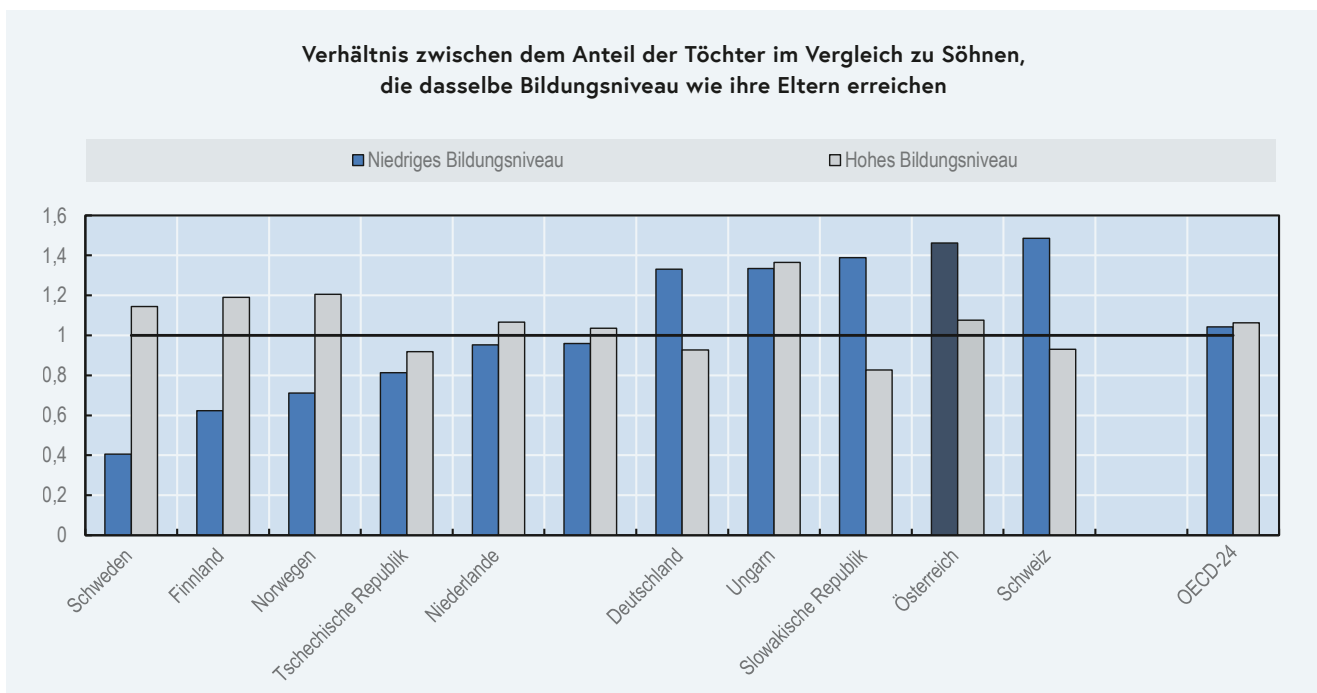
16. Zu erwähnen ist hierbei, dass diese Feststellungen leider nur relativ geringe Rückschlüsse darauf zulassen, in welchem Maße das heutige Bildungssystem in Österreich die kognitiven und nicht-kognitiven Defizite von Kindern aus benachteiligten Familien erfolgreich kompensieren kann. Dies liegt darin begründet, dass sich die Feststellungen auf die Bildungsergebnisse von Personen beziehen, die in einem Alter sind, in dem sie ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben, d. h. sie beziehen sich auf die heutigen Erwachsenen und ihre Eltern. Es gibt außerdem Anhaltspunkte dafür, dass die intergenerationale Bildungsmobilität in Österreich

<sup>8</sup> Frühere Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Bildungsergebnisse der Väter tendenziell einen größeren Einfluss haben als die der Mütter; darüber hinaus ist die Persistenz zwischen Vätern und Söhnen und zwischen Müttern und Töchtern meist stärker ausgeprägt als zwischen den Geschlechtern (Fessler and Schneebaum, 2012 [43]).

für die Generation, die in den späten 1970er-Jahren oder in den 1980er-Jahren geboren wurde, höher ausfällt als für die Nachkriegsgenerationen (Fessler, Mooslechner and Schürz, 2011 [5]).

17. Dennoch besteht in Österreich ein starker Zusammenhang zwischen familiärem Hintergrund und schulischen Leistungen. Der Anteil der Leistungsunterschiede der Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Lesekompetenz in der jüngsten PISA-Studie, die sich auf den sozioökonomischen Hintergrund zurückführen lassen, ist in Österreich höher als im OECD-Durchschnitt. Der Anteil „resilienter“ Schülerinnen und Schüler, also derer aus sozial benachteiligten Verhältnissen, die in ihrem Land im naturwissenschaftlichen Bereich dennoch Leistungen im obersten Viertel erbringen, ist relativ gering (OECD, 2016 [6]; 2018 [7]).

**Abbildung 5:** Bildungsergebnisse zwischen den Generationen werden in Österreich in höherem Maße auf Töchter übertragen als auf Söhne, insbesondere bei Kindern aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau



**Erläuterung zum Lesen der Grafik:** In Österreich ist der Anteil der Töchter aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau, die selbst über ein niedriges Bildungsniveau verfügen, 1,5-mal höher als der Anteil der Söhne aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau, die selbst über ein niedriges Bildungsniveau verfügen. Der Anteil der Töchter aus Familien mit hohem Bildungsniveau, die ebenfalls ein hohes Bildungsniveau erreichen, ist 1,1-mal höher als bei Söhnen.

**Hinweis:** Ergebnisse für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25 bis 59 Jahre). Als Elternhäuser mit niedrigem Bildungsniveau gelten Elternhäuser, in denen kein Elternteil einen höheren Abschluss als den der Sekundarstufe I erworben hat; in Familien mit hohem Bildungsniveau verfügt zumindest ein Elternteil über einen Abschluss im tertiären Bildungsbereich.

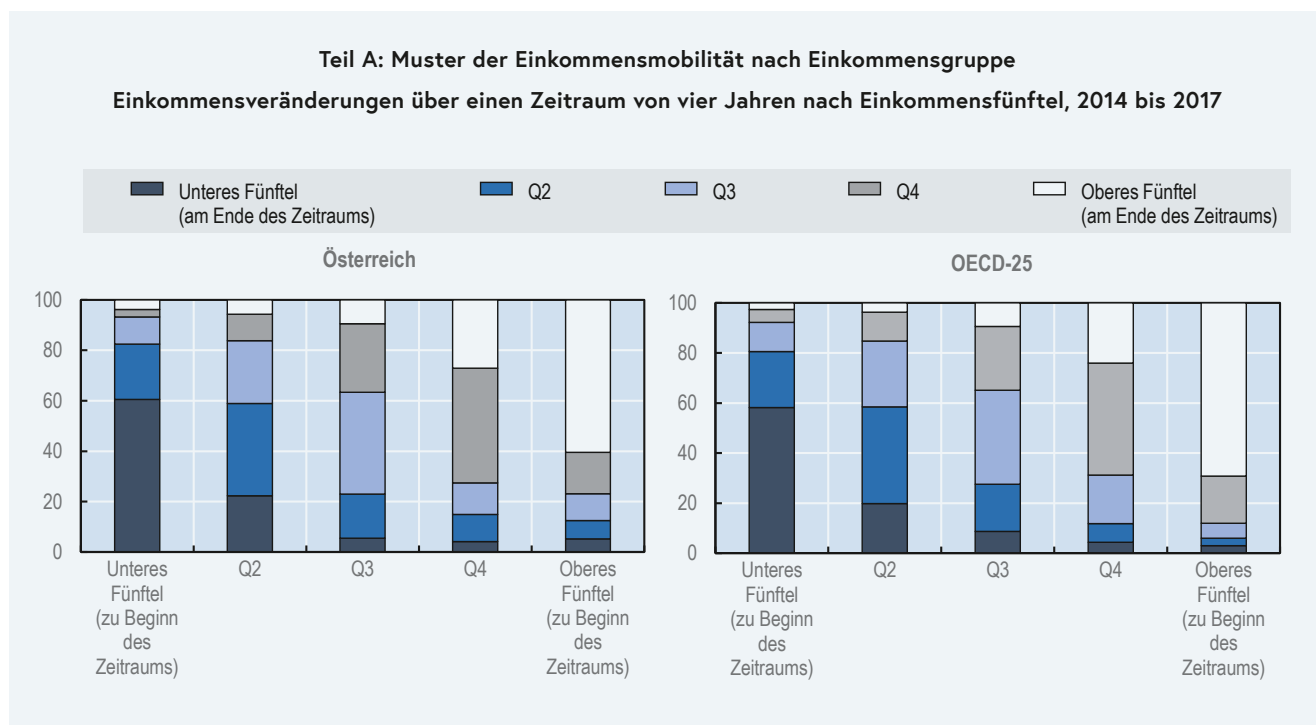
**Quelle:** OECD-Berechnungen auf Grundlage der European Social Survey, Runden 6 bis 8 (2012-16).

## 2.2 Intragenerationelle soziale Mobilität: Privilegien und Benachteiligungen bestehen fort

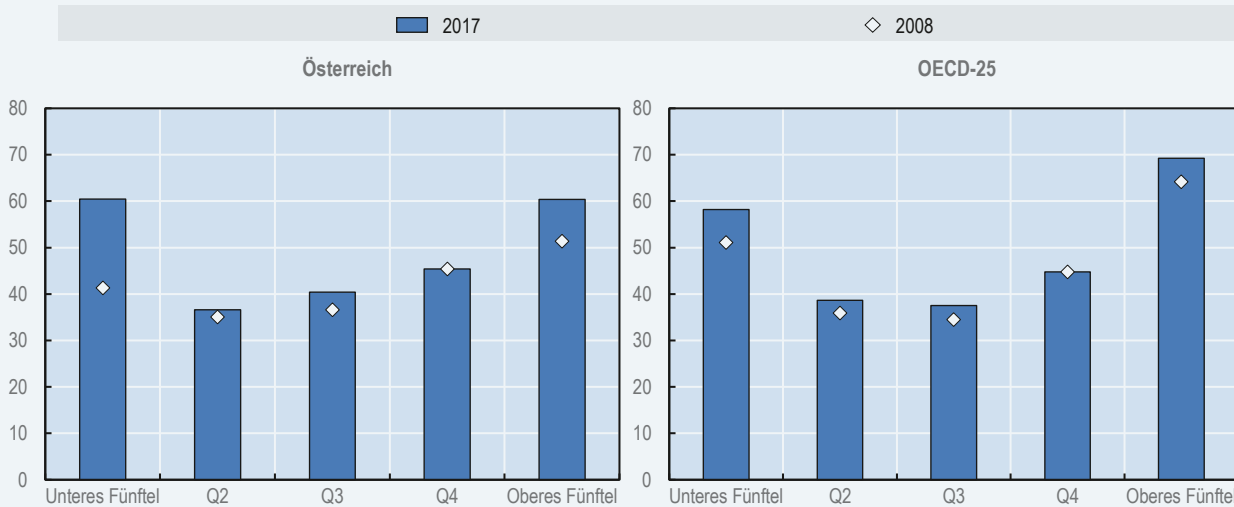
Es besteht eine hohe Persistenz auf kurze Sicht im Hinblick auf die oberen und unteren Einkommen, wobei die Persistenz seit den 1990er-Jahren gestiegen ist

18. Die relative Einkommenssituation der Menschen in den OECD-Ländern ist auf kurze Sicht betrachtet meist sehr stabil, insbesondere am oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung. Die Hälfte aller Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter verblieb im Vierjahreszeitraum von 2014 bis 2017 in ihrem Einkommensfünftel (49% in Österreich, 50% im OECD-Raum). Von denjenigen, die in Haushalten mit den höchsten Einkommen leben, d. h. Menschen, die sich zu Beginn des Vierjahreszeitraums im obersten Einkommensfünftel befanden, waren rund zwei Drittel am Ende des Zeitraums noch immer im obersten Fünftel (60% in Österreich, 69% im OECD-Raum; *Abbildung 6*, Teil A). Analog befand sich eine Mehrheit der Menschen mit niedrigem Einkommen, also diejenigen im untersten Einkommensfünftel, am Ende des Zeitraums noch immer in diesem Bereich.

**Abbildung 6:** Es besteht eine hohe Persistenz auf kurze Sicht im Hinblick auf die oberen und unteren Einkommen, wobei die Persistenz seit den 1990er-Jahren gestiegen ist



**Teil B: Entwicklung der Einkommenspersistenz nach Einkommensgruppe**  
**Prozentsatz der Personen, die sich zu Beginn und am Ende des untersuchten Vierjahreszeitraums**  
**im selben Einkommensfünftel befanden, 2017 und 2008**



**Hinweis:** Ergebnisse für 18- bis 65-Jährige, deren Einkommenssituation das verfügbare Äquivalenzeinkommen widerspiegelt. Q2-Q4 bezeichnen die Fünftel (Quintile) 2 bis 4.

**Quelle:** OECD-Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen.

19. Außerdem ist die Einkommenspersistenz sowohl in Österreich als auch im OECD-Durchschnitt in den letzten zehn Jahren gestiegen. Hierbei fällt auf, dass Menschen am unteren Ende der Einkommensskala geringere Aufstiegschancen haben, und gleichzeitig für Menschen am oberen Ende ein niedrigeres Risiko besteht, ihre privilegierte Einkommenssituation einzubüßen. In Österreich ist sowohl für Menschen mit niedrigem als auch mit hohem Einkommen die Wahrscheinlichkeit, im jeweiligen Einkommensfünftel zu verbleiben, um 19 bzw. 9 Prozentpunkte gestiegen (Abbildung 6, Teil B).

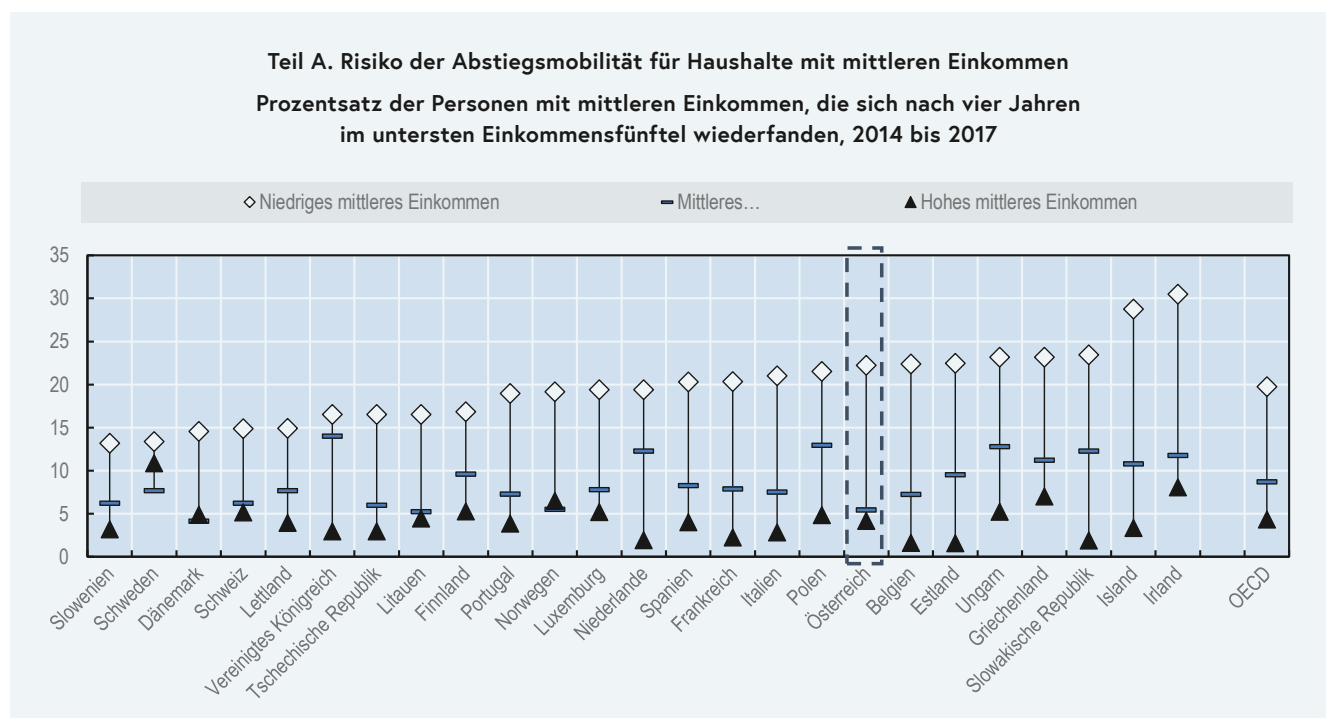
**Innerhalb der Gruppe mit mittleren Einkommen gibt es gegensätzliche Entwicklungen, und das Abstiegsrisiko für die untere Mittelschicht nimmt zu**

20. Insgesamt ist es für Haushalte mit mittlerem Einkommen auf kurze Sicht wahrscheinlicher, in der Einkommensverteilung aufzusteigen als abzurutschen, jedoch besteht insbesondere für die untere Mittelschicht auch ein erhebliches Abstiegsrisiko. Am Ende des Vierjahreszeitraums fand sich in Österreich eine von fünf Personen im erwerbsfähigen Alter aus Haushalten mit niedrigem mittlerem Einkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung wieder, was etwas mehr ist als im OECD-Durch-

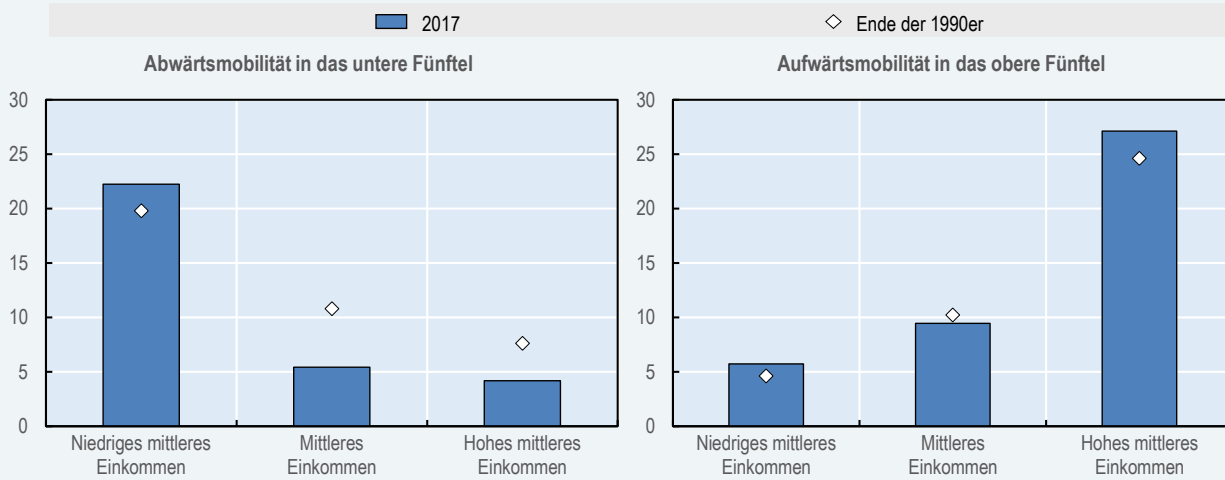
schnitt (22% im Vergleich zu 20%, [Abbildung 7, Teil A](#)). Das ist erheblich mehr als bei Haushalten mit mittleren Einkommen im mittleren und oberen Bereich, also den Haushalten im dritten und vierten Einkommensfünftel (jeweils rund 5%).

21. Diese Zahlen spiegeln weitgehend eine stärkere Spaltung der Gruppe mit mittleren Einkommen in eine zunehmend gefährdete untere Mittelschicht und eine stabile mittlere und obere Mittelschicht wider. Die Aufstiegschancen für Menschen im erwerbsfähigen Alter aus der unteren Mittelschicht (zweites Fünftel) haben sich seit den 1990er-Jahren leicht verbessert, allerdings hat sich für sie auch das Risiko eines Abstiegs in das unterste Fünftel erheblich erhöht ([Abbildung 7, Teil B](#)). Im Vergleich dazu hat die Abstiegsmobilität für Menschen im mittleren und oberen Bereich der mittleren Einkommen (drittes und viertes Fünftel) abgenommen, während die Aufstiegsmobilität für sie gleichgeblieben oder gestiegen ist.

**Abbildung 7:** Für Haushalte mit niedrigem mittleren Einkommen besteht ein erhebliches Abstiegsrisiko



**Teil B: Entwicklung der Aufstiegs- und Abstiegsmobilität für Haushalte mit mittleren Einkommen**  
**Wahrscheinlichkeit in Prozent des Abstiegs in das niedrigste Einkommensfünftel (linkes Bild)/**  
**des Aufstiegs in das höchste Einkommensfünftel (rechtes Bild) für Menschen in Österreich**  
**in den drei mittleren Einkommensfünfteln, Ende der 1990er-Jahre und 2017**



**Quelle:** OECD-Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen.

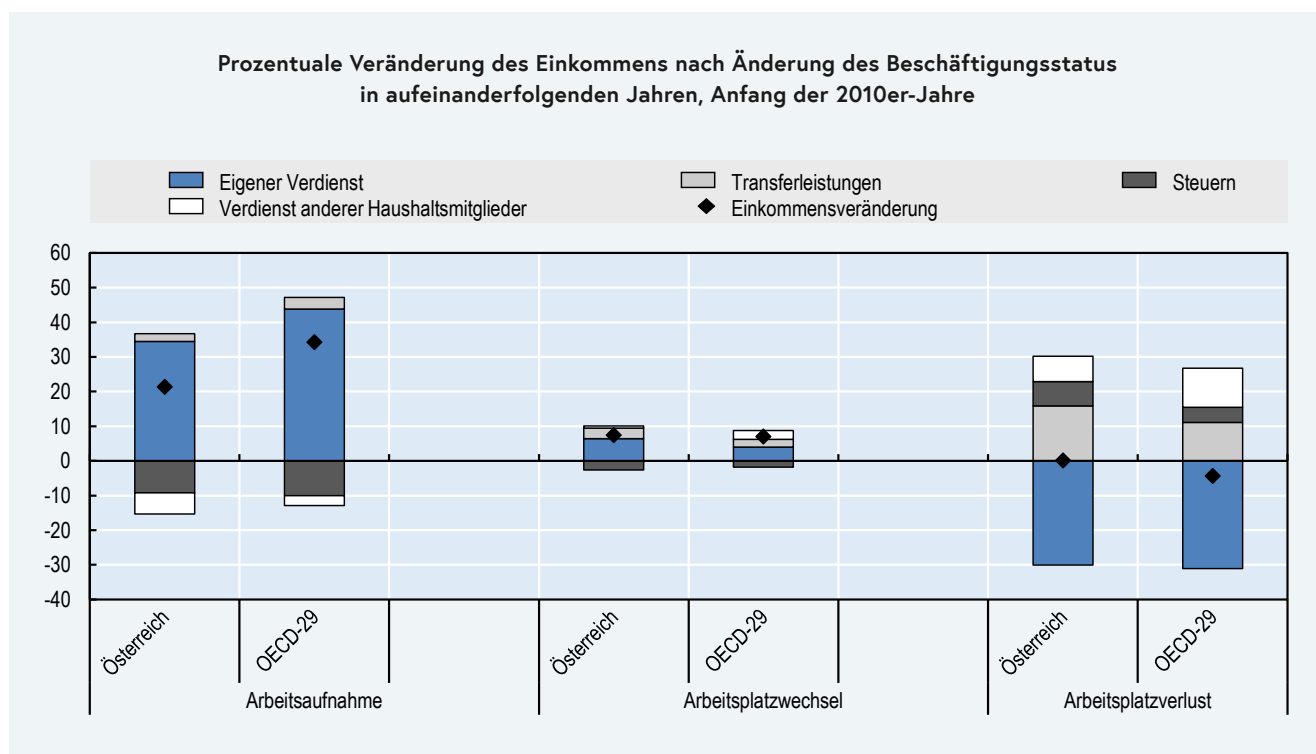
**Die Aufnahme einer Arbeit und der Wechsel des Arbeitsplatzes bringen steigende Einkommen mit sich...**

22. Der Übergang ins Erwerbsleben und der Wechsel des Arbeitsplatzes gehen mit einem Anstieg des verfügbaren Haushaltseinkommens einher. Im Vergleich zur Einkommenssituation des Vorjahres zeigt sich bei der Aufnahme einer Arbeit in Österreich im Durchschnitt eine Einkommensverbesserung in Höhe von 21%, im OECD-Raum sogar um rund 34% (Abbildung 8). Wird allein der Anstieg des individuellen Bruttoverdiensts betrachtet, ist der Effekt sogar noch höher. Er wird aber durch höhere Steuerzahlungen und eine durchschnittliche Reduzierung des Verdiensts anderer Mitglieder des Haushalts teilweise wieder kompensiert. Auch ein Wechsel des Arbeitsplatzes geht meist mit einem leichten Anstieg des verfügbaren Haushaltseinkommens einher; dieser beträgt in Österreich wie auch im OECD-Durchschnitt jeweils rund 7%. Dieser Anstieg spiegelt ebenfalls vorrangig den Verdienstanstieg wider.

...während Sozialtransfers die negativen Auswirkungen eines Arbeitsplatzverlustes auf die Einkommenssituation zunächst abmildern

23. Im Gegensatz dazu ist der Verlust des Arbeitsplatzes im Durchschnitt auf kurze Sicht nicht mit einer starken Reduzierung des verfügbaren Haushaltseinkommens verbunden. Der hohe Verdienstaufschlag, der sich durch Arbeitslosigkeit ergibt (rund 30% des verfügbaren Haushaltseinkommens), wird vielmehr durch höhere Transferleistungen und geringere Steuerzahlungen sowie einen Verdienstanstieg der anderen Haushaltsmitglieder ausgeglichen. In Österreich fällt der positive Einfluss des Steuer- und Transfersystems etwas höher aus als in anderen OECD-Ländern, was teilweise die relativ lange Bezugsdauer von Leistungen aus der Arbeitslosenunterstützung widerspiegelt. Die Ersatzraten der Arbeitslosenunterstützung liegen nah am OECD-Durchschnitt (siehe Abschnitt 3.4).

Abbildung 8: Änderungen des Beschäftigungsstatus sind meist mit Einkommensanstiegen verbunden



**Hinweis:** Ergebnisse für 18- bis 65-Jährige. Sozialtransfers bemessen den Unterschied zwischen dem verfügbaren Einkommen und der Summe aller anderen Einkommenskomponenten und können daher Einkommen umfassen, das fälschlicherweise in anderen Kategorien angegeben wurde, insbesondere Transfers zwischen Haushalten.

**Quelle:** OECD-Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen.

## Die Geburt eines Kindes ist mit geringeren Einkommenseinbußen verbunden, hat jedoch oft langfristige Auswirkungen auf die Karriere von Müttern

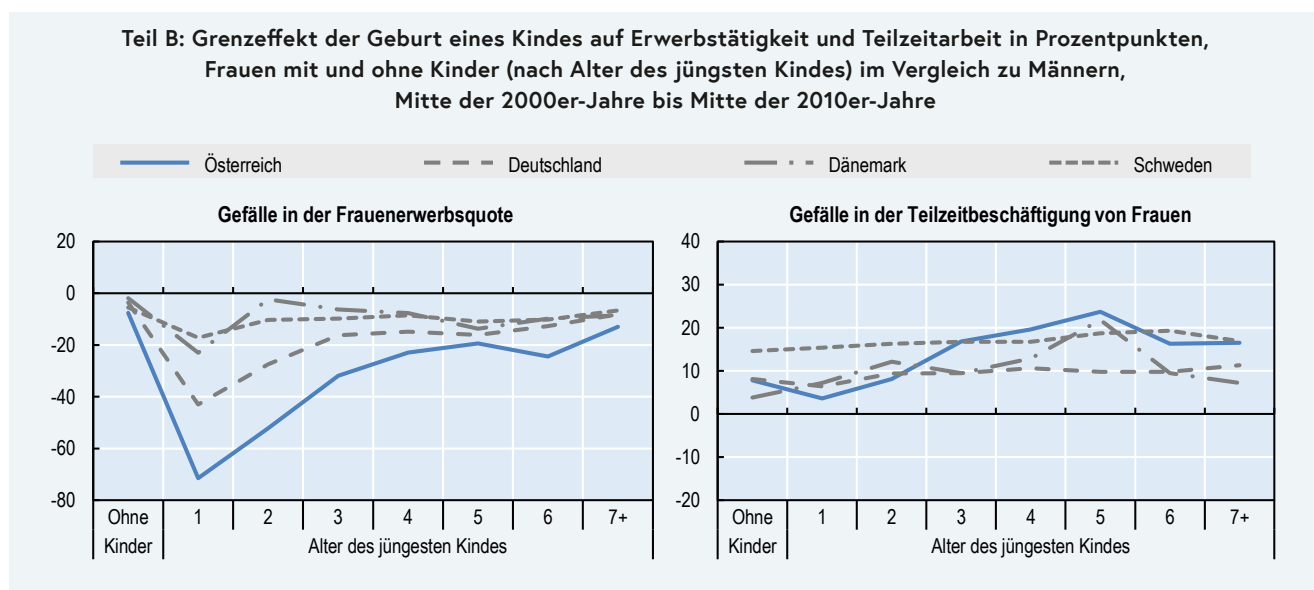
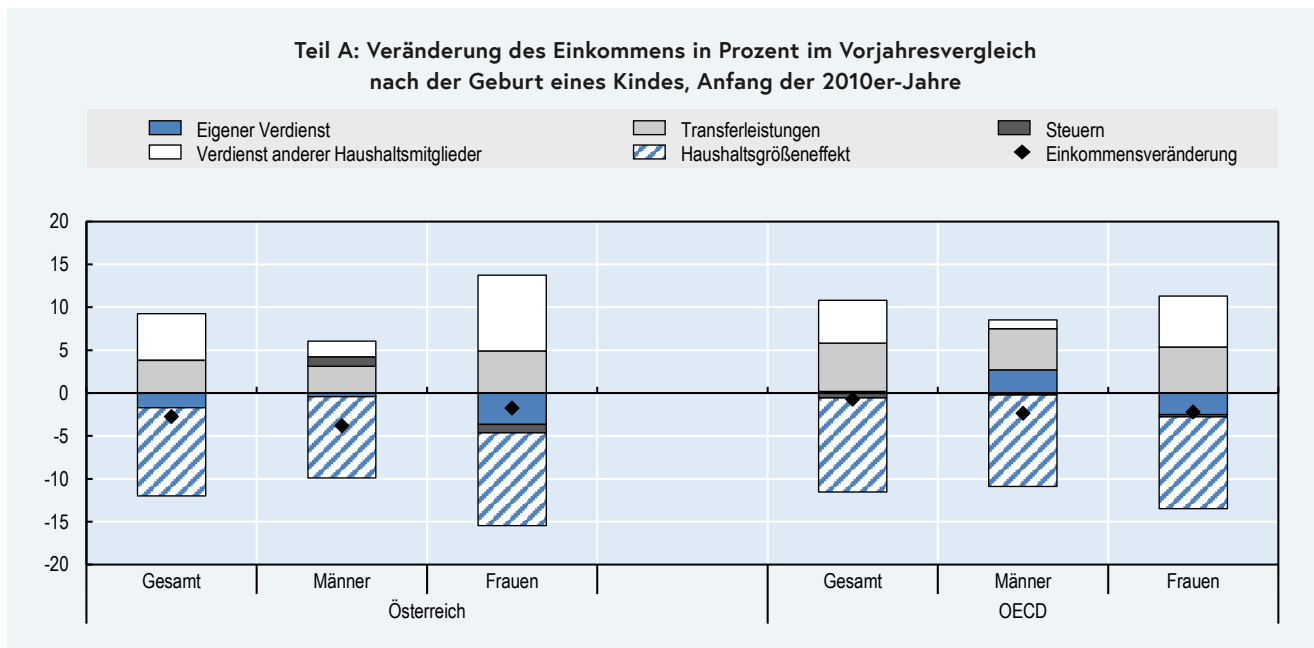
24. Es mag überraschen, dass die Geburt eines Kindes zunächst nur mit relativ geringen negativen Einkommenseffekten verbunden ist (Abbildung 9, Teil A). Durchschnittlich sinkt das verfügbare Haushaltseinkommen im Jahr nach der Geburt des Kindes um 3%. Für Mütter werden die Verdienstverluste und der negative Haushaltsgrößeneffekt (d. h. die Angleichung des Einkommens an einen nun größeren Haushalt) nahezu vollständig durch umfangreichere Sozialtransfers und den höheren Verdienst des Ehepartners ausgeglichen. Das geringe Ausmaß des Einkommenseffektes auf Mütter spiegelt darüber hinaus möglicherweise auch die Tatsache wider, dass nicht alle Frauen vor der Geburt (Vollzeit) gearbeitet haben. Die Einkommenseffekte in Bezug auf das verfügbare Haushaltseinkommen fallen für Männer geringfügig höher aus, da für sie der Haushaltsgrößeneffekt nicht entsprechend durch einen höheren Verdienst des Ehepartners ausgeglichen werden kann.
25. Die Geburt eines Kindes hat jedoch grundlegende und langfristige Auswirkungen auf die Entwicklung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt (Abbildung 9, Teil B). Im Jahr nach der Geburt sinkt die Erwerbsquote von Frauen in Österreich um über 70% im Vergleich zur Erwerbsquote von Männern oder von vergleichbaren kinderlosen Frauen.<sup>9</sup> Das ist deutlich mehr als in Deutschland (-43 Prozentpunkte) und drei- bis viermal so viel wie in Dänemark oder Schweden. Außerdem kehren Mütter in den darauffolgenden Jahren nur langsam in den Arbeitsmarkt zurück: Bei Müttern mit einem dreijährigen Kind ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie am Arbeitsmarkt teilnehmen, noch immer 32% niedriger als bei vergleichbaren kinderlosen Frauen.

---

9 In den EU-SILC Daten, auf denen die Analyse für Österreich beruht, werden die Erledigung häuslicher Arbeiten und Betreuungsaufgaben als eigenständige Tätigkeiten, d. h. unabhängig von Teil- oder Vollzeitbeschäftigung definiert. Mütter in Mutterschutz oder Elternkarenz wählen wahrscheinlich diesen Beschäftigungsstatus, auch wenn sie entsprechend der ILO-Definition formal immer noch als erwerbstätig eingestuft werden. Laut ILO gelten Personen im Elternurlaub als erwerbstätig, wenn sie weiterhin mindestens 50% ihres Lohns oder Gehalts aus ihrem Beschäftigungsverhältnis erhalten oder sie nicht länger als drei Monate der Arbeit fernbleiben.



**Abbildung 9:** Die Geburt eines Kindes geht mit lediglich geringen Einkommensveränderungen einher, hat jedoch langfristige Auswirkungen auf die Teilhabe der Mütter am Arbeitsmarkt



**Hinweis:** Teil A: Ergebnisse für 18- bis 65-Jährige. Sozialtransfers bemessen den Unterschied zwischen dem verfügbaren Einkommen und der Summe aller anderen Einkommenskomponenten und können daher Einkommen umfassen, das fälschlicherweise in anderen Kategorien angegeben wurde, insbesondere Transfers zwischen Haushalten. Teil B: Dargestellt sind Grenzeffekte aus länderspezifischen Probit-Regressionsmodellen, die Kreuzeffekte für Frauen und Kontrolldaten für Altersgruppe, Bildungsniveau, Familienstand, Gesundheitszustand und Entwicklungen im Zeitverlauf umfassen. Ergebnisse für 20- bis 64-Jährige. Für weitere Einzelheiten siehe OECD (2018 [8]).

**Quelle:** Teil A: OECD-Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen. Teil B: OECD (2018 [8]) unter Nutzung von Daten aus EU-SILC und nationalen Haushaltserhebungen.

26. Von den Müttern, die erwerbstätig sind, arbeiten viele eingeschränkt. Erwerbstätige Frauen mit einem dreijährigen Kind arbeiten mehr als doppelt so häufig in Teilzeit wie kinderlose Frauen. Und fast jede vierte erwerbstätige Mutter eines fünfjährigen Kindes arbeitet mit reduzierten Arbeitszeiten. Darin spiegelt sich die begrenzte Verfügbarkeit formaler Kinderbetreuungsangebote wider, sowie die oftmals kurzen Öffnungszeiten in Einrichtungen zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in Österreich wider. Insgesamt zählen die Quoten für Teilzeitbeschäftigung unter erwerbstätigen Müttern zu den höchsten im gesamten OECD-Raum (OECD, 2016 [9]).

### Scheidungen gehen meist mit hohen Einkommenseinbußen einher, insbesondere für Frauen

27. Scheidungen sind meist mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden. Die Wahrscheinlichkeit, hohe Einkommensverluste zu erleiden, ist in Österreich für Menschen, die sich scheiden lassen, siebenmal höher als für Personen, die in einer stabilen Partnerschaft leben. Im Jahr nach einer Scheidung sinkt das verfügbare Haushaltseinkommen in Österreich um durchschnittlich rund 18%; dies ist mehr als im OECD-Durchschnitt (14%). Diese Zahl spiegelt den Verdienstverlust des Partners und das Ausbleiben einiger Sozialtransfers, insbesondere Familienleistungen, wider; die Effekte werden nur teilweise durch den eigenen höheren Verdienst, eine niedrigere Nettobesteuerung und einen Haushaltsgrößeneffekt ausgeglichen.<sup>10</sup>
28. Frauen müssen nach einer Scheidung meist weitaus höhere Einkommensverluste hinnehmen als Männer (23% im Vergleich zu 10% in Österreich). Da sie in einer Beziehung oft jene Partner mit dem geringeren Verdienst sind, wiegt der Verlust des Einkommens des Partners schwerer. Sie büßen auch mehr Sozialtransfers ein, vermutlich, weil einige dieser Transferleistungen an ein Beschäftigungsverhältnis gekoppelt sind. Dies wird teilweise durch einen höheren eigenen Verdienst der Frauen nach einer Scheidung ausgeglichen, der sich wahrscheinlich aus einer Erhöhung ihrer Arbeitszeiten ergibt.

---

10 Um verfügbare Einkommen über unterschiedliche Haushaltsgrößen hinweg vergleichen zu können, wird das Einkommensniveau eines Haushalts durch die Quadratwurzel der Haushaltsgröße geteilt. Da ein Haushalt nach einer Scheidung meist kleiner ist als zuvor, wird auch der Zähler zur Anpassung des verfügbaren Haushaltseinkommens meist kleiner.

## Über längere Zeiträume hinweg haben Frauen im Verdienstverlauf geringere Aufstiegschancen und größere Abstiegsrisiken als Männer

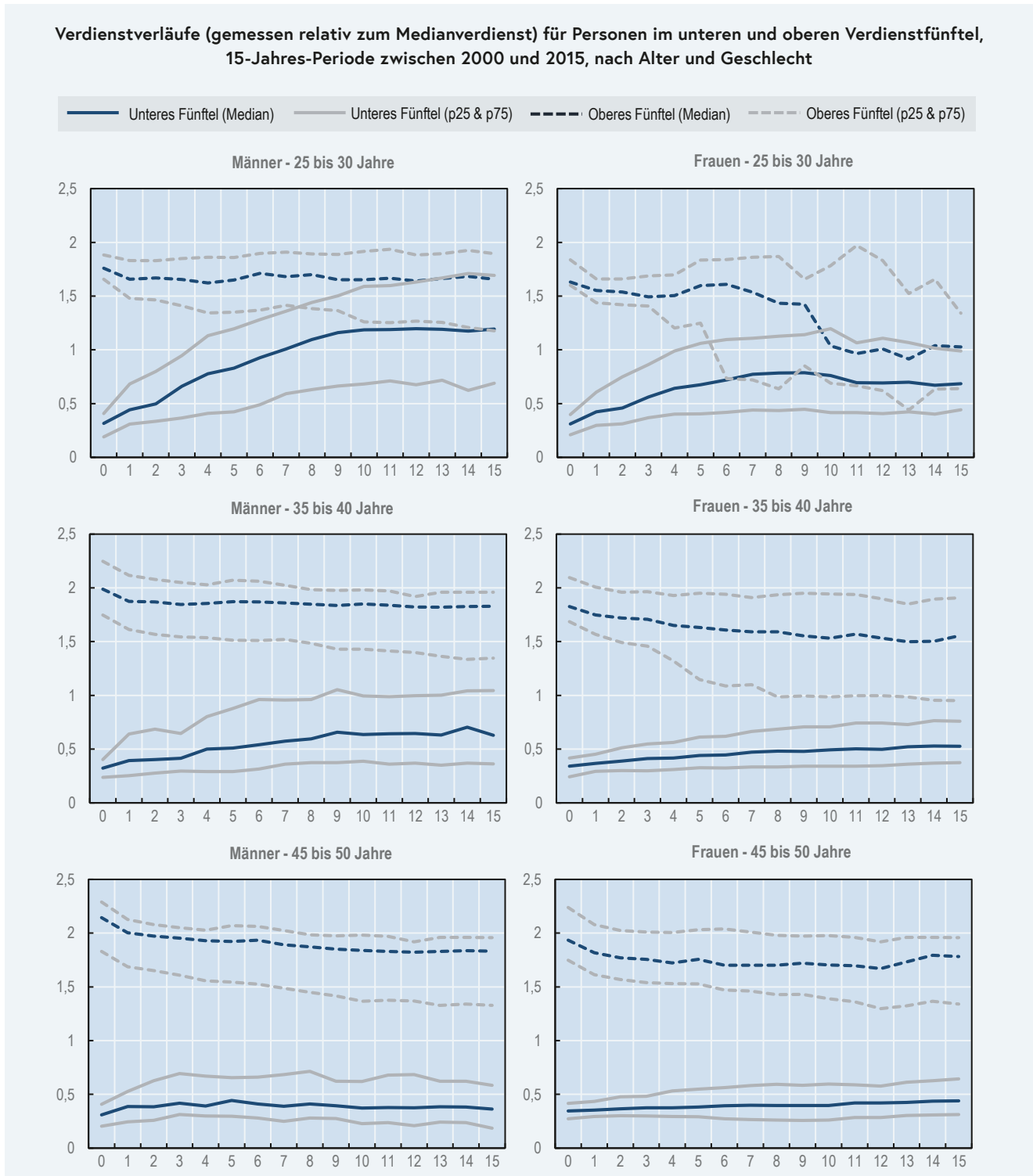
29. Die bisher präsentierten Ergebnisse beruhen auf internationalen Umfragedaten<sup>11</sup>, die einen Überblick über kurzfristige Einkommenspersistenz und das Auftreten von Einkommensschocks ermöglichen. Aufgrund des nur kurzen Beobachtungszeitraums können diese Daten allerdings keine Auskunft über langfristige Dynamiken geben. Um diese Lücke zu füllen, können Daten aus nationalen administrativen Quellen hilfreich sein, so zum Beispiel Steuer- oder Sozialversicherungsdaten. Sie ermöglichen es, die Entwicklung der Arbeitsmarkt- oder Einkommenssituation von Personen über längere Zeiträume hinweg zu verfolgen. In Österreich ist dies mithilfe der Arbeitsmarktdatenbank (AMDB) möglich, die gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK) und dem Arbeitsmarktservice (AMS) verwaltet wird. Sie ermöglicht es, die Verdienstverläufe von einzelnen Personen über mehrere Jahrzehnte hinweg zu rekonstruieren.<sup>12</sup>
30. Die Verdienstverläufe der meisten Personen sind über längere Zeiträume hinweg relativ stabil. Für jüngere Menschen trifft dies allerdings etwas weniger zu als für Personen mittleren und höheren Alters. Zudem unterscheiden sich die Verdienstverläufe von Männern und Frauen:
- Bei jungen Männern ist die Persistenz im Verdienstverlauf am unteren Ende der Verdienstverteilung relativ gering, am oberen Ende dagegen sehr stark (Abbildung 10, Grafik links oben). Männer Ende 20, die zu Beginn ihrer Karriere mit ihrem Verdienst am unteren Ende der Verteilung liegen, verzeichnen in den folgenden zehn Jahren oft starke Verdienstzuwächse (durchgehende blaue Linie). Mitte Ende 30/Anfang 40 liegt mehr als jeder zweite von ihnen über dem Medianverdienst in der Gesellschaft. Diejenigen, die schon mit Ende 20 über einen überdurchschnittlich hohen Verdienst verfügen, halten sich oft am oberen Ende der Verdienstverteilung (unterbrochene blaue Linie).

---

11 Seit 2012 werden in Österreich die Umfragedaten gemeinsam mit Verwaltungsdaten für die EU-SILC verwendet (Statistik Austria, 2012 [49]).

12 Für weitere Informationen zu Struktur und Inhalt der AMDB, siehe Buzek (2017 [48]) und <https://arbeitsmarktdatenbank.at/>.

**Abbildung 10:** Die Verdienstverläufe von Frauen weisen schwächere Aufwärtsmobilität und größere Abstiegsrisiken auf als die von Männern



**Hinweis:** Verdienstniveaus entsprechen dem monatlichen Durchschnittsbruttoverdienst von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gemessen relativ zum Medianverdienst in der Bevölkerung im selben Jahr. Die grauen Linien stellen das Verdienstniveau am 25. und 75. Perzentil für Personen innerhalb derselben Verdienstgruppe dar. Die Zuordnung zum unteren und oberen Verdienstfünftel findet in Periode 0 statt, zu Beginn des Beobachtungszeitraums. Auch das Alter wird in Periode 0 gemessen.

**Quelle:** OECD-Berechnungen auf der Grundlage der Arbeitsmarktdatenbank (AMDB).

- Bei jungen Frauen findet sich das gegenteilige Muster, mit hoher Verdienstpersistenz am unteren Ende der Verteilung und schwächerer Persistenz am oberen Rand ([Abbildung 10](#), Grafik rechts oben). Diejenigen, die zu Beginn ihrer Karriere nur einen geringen Verdienst verzeichnen können, bleiben in den darauffolgenden Jahren oft am unteren Ende der Verdienstverteilung (durchgehende blaue Linie). Ihr Verdienstzuwachs ist deutlich geringer als der ihrer männlichen Altersgenossen. Viele derjenigen, die zu Beginn ihrer Karriere einen sehr hohen Verdienst aufweisen können, erleiden in den darauffolgenden fünf bis zehn Jahren einen Verdiensteinbruch (unterbrochene blaue Linie). Dies spiegelt wahrscheinlich eine Reduzierung der Arbeitszeit oder den kompletten Rückzug aus dem Arbeitsmarkt nach der Geburt eines Kindes wider.
- Die Verdienstpersistenz von Personen mittleren und höheren Alters liegt deutlich höher ([Abbildung 10](#), mittlere und untere Grafiken). Eine Mehrheit derer, die sich mit Ende 40 oder Ende 50 am unteren Ende der Verdienstverteilung wiederfinden, verbleibt über die nächsten 15 Jahre in dieser Position (durchgehende blaue Linie). Gleichzeitig schaffen es jene mit hohen Verdiensten sich an der Spitze zu halten. Bei Frauen ist die Aufwärtsmobilität heraus aus dem niedrigen Verdienstbereich geringer als bei Männern, während es für sie an der Spitze größere Abwärtsrisiken gibt. Dies entspricht dem Muster der jüngeren Jahrgänge.

### 3 Maßnahmen zur Förderung der sozialen Mobilität in Österreich

31. Die statistische Analyse im vorhergehenden Abschnitt zeigt, dass es in Österreich erheblichen Spielraum gibt, verstärkt Maßnahmen zur Förderung sowohl der intergenerationellen als auch der intragenerationellen sozialen Mobilität zu setzen. Ausgehend von den zentralen Erkenntnissen werden in diesem Abschnitt Maßnahmen in vier thematischen Bereichen aufgezeigt, die entscheidend für die soziale Mobilität in Österreich sind. In [Abschnitt 3.1](#) geht es darum, wie Kindern ein guter Start ermöglicht werden kann, indem eine qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung angeboten wird. [Abschnitt 3.2](#) befasst sich mit den Maßnahmen, die in Österreich für einen reibungslosen Übergang junger Menschen von der Schule ins Erwerbsleben gesetzt werden. Der Schwerpunkt von [Abschnitt 3.3](#) liegt auf Maßnahmen für mehr Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, und in [Abschnitt 3.4](#) geht es darum, wie durch Steuer- und Transfersysteme hohe Einkommensverluste abgefedert und Chancenungleichheiten verringert werden können.

### 3.1 Qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung zur Verfügung stellen

32. Eine qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung kann wichtige Impulse zur Aufstiegsmobilität geben. Investitionen in der frühen Kindheit in das Humankapital sind nicht nur insgesamt von großer Bedeutung für Chancen und Entwicklungen im weiteren Leben. Es ist zudem weitreichend belegt, dass formale Kinderbetreuungsangebote bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien stark positive Auswirkungen auf die schulischen Leistungen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten im jungen Erwachsenenalter haben können, da Lücken im kognitiven und sozialen Bereich geschlossen werden können. Die Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in Österreich, d. h. vor allem der Besuch von Kleinkindergruppen (Krippen), Kindergarten oder Kindergruppe, geht tatsächlich mit höherer Bildungsmobilität einher (Schneebaum, Rumpmaier and Altzinger, 2015 [10]). In vielen Ländern besteht jedoch die Sorge, dass Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status aufgrund mangelnder Informationen oder knapper finanzieller Mittel nicht ausreichend in frühkindliche Bildung investieren.

#### Das System für die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ist in Österreich noch immer stark fragmentiert

33. Die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ist in Österreich insgesamt stark fragmentiert: Verwaltung und Finanzierung liegen in der Verantwortung der neun österreichischen Bundesländer, die einen Großteil dieser Verantwortung auf Städte und Gemeinden übertragen. Daraus ergibt sich, dass sich die Systeme selbst innerhalb der einzelnen Bundesländer stark im Hinblick auf Bezeichnung, Verfügbarkeit und Kosten, Öffnungszeiten und Gruppengrößen unterscheiden. Bundesländer und Bundesregierung können gemeinsame grundlegende Standards oder Maßnahmen vereinbaren, wie im Falle des verpflichtenden Kindergartenbesuchs ab einem Alter von fünf Jahren oder der von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Finanzierung für die Ausweitung vorhandener frühkindlicher Betreuungs- und Bildungsangebote und die Sprachförderung von Kindern.<sup>13</sup>

---

13 Die Beteiligung der Bundesregierung in Bereichen, die in die Verantwortung der Bundesländer fallen, wird seit 2008 durch sogenannte 15a-Vereinbarungen (in Anlehnung an den entsprechenden Artikel der österreichischen Verfassung) geregelt, die die Regierungen von Bund und Ländern im Konsens vereinbaren können.

## Österreich hat erheblich in frühkindliche Bildung investiert, aber Teilnahmequoten für unter Dreijährige sind weiterhin niedrig

34. Österreich hat in den letzten zehn Jahren wichtige Schritte unternommen, um die traditionell niedrigen Teilnahmequoten an der frühkindlichen Bildung zu erhöhen. Seit 2010 ist der Besuch des Kindergartens für alle Kinder ab fünf Jahren für mindestens 20 Stunden pro Woche verpflichtend und kostenlos.<sup>14</sup> Die öffentlichen Ausgaben im Bereich frühkindliche Bildung haben sich zwischen 2005 und 2015 von 0,28 auf 0,51 % des BIP nahezu verdoppelt (OECD, 2018 [11]).

35. Diese Maßnahmen scheinen zwar den gewünschten Effekt erheblich höherer Teilnahmequoten zu haben, dennoch liegt Österreich insbesondere der Allerjüngsten weiterhin hinter vielen OECD-Ländern zurück:

- Die Teilnahmequoten von Drei- bis Fünfjährigen sind recht hoch: Rund 90 % der Kinder dieser Altersgruppe nahmen 2016 an der Vorschulbildung teil, was einem Anstieg von fast 15 Prozentpunkten seit 2005 entspricht.<sup>15</sup> Damit liegt Österreich nun über dem OECD-Durchschnitt von 86 %; eine Reihe europäischer Länder erreichen jedoch Quoten von über 95 %, darunter Belgien, Dänemark, Frankreich, Spanien oder das Vereinigte Königreich. Nahezu alle Kinder nehmen am verpflichtenden Kindergartenjahr für Fünfjährige teil; die Quote lag hierfür 2016 bei 97%.<sup>16</sup>
- Die Teilnahmequoten von unter Dreijährigen sind weiterhin niedrig: 2016 nahmen 23 % der unter Dreijährigen an formaler Kinderbetreuung teil, 10 % mehr als noch 2010.<sup>17</sup> Diese Zahl liegt jedoch immer noch weit unter dem OECD-Durchschnitt von 36 % oder Quoten von über 50 % in Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden oder sogar 70 % in Dänemark (Tabelle 1).

---

14 Ab 2016 mussten Eltern in Österreich, deren vierjährige Kinder keinen Kindergarten besuchen, an Beratungsstunden teilnehmen, in denen ihnen die positiven Effekte formaler FBBE auf die sozialen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten von Vorschulkindern dargelegt wurden. Diese Maßnahme wurde mit dem Schuljahr 2017/18 jedoch wieder eingestellt, da sie nicht zu den gewünschten Ergebnissen führte.

15 In nationalen Statistiken wird für 2017/18 sogar eine Einschreibequote von 94 % (Kindergarten und Schule) bzw. 95 % (einschließlich professioneller Tagesmütter) angegeben.

16 Auch hier wird in nationalen Statistiken für 2017/18 eine noch höhere Quote von 98 % bis 99 % angegeben. Daten im Hinblick auf die wenigen Kinder, die nicht teilnehmen, liegen nicht vor. Befreiungen von dem verpflichtenden Kindergartenjahr werden jedoch erteilt, wenn Eltern nachweisen können, dass sie zu Hause oder bei einer Tagesmutter für eine gleichwertige Betreuung, Bildung und Erziehung sorgen und das Kind keine Sprachförderung benötigt. 2017/18 gab es 440 solcher Fälle.

17 In nationalen Statistiken findet sich für 2017/18 erneut eine etwas höhere Einschreibequote von 26 % bis 29 %.

36. Darüber hinaus unterscheiden sich die Teilnahmequoten an der frühkindlichen Bildung in den einzelnen Regionen erheblich, was wirtschaftliche und soziale Faktoren aber auch Unterschiede im Betreuungsangebot widerspiegelt. Der Anteil der unter Dreijährigen in formaler Kinderbetreuung ist in Wien (44%) dreimal höher als in der Steiermark und in Oberösterreich (15% bzw. 16%; Statistik Austria (2018 [12])).
37. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder an formaler Kinderbetreuung teilnehmen, scheint nicht stark vom familiären Hintergrund abzuhängen. Aufgrund geringer Stichprobengrößen müssen die verfügbaren Daten nach sozioökonomischem Hintergrund zwar etwas mit Vorsicht betrachtet werden. Sie weisen jedoch darauf hin, dass in Österreich kein starker Zusammenhang zwischen der Teilnahme an frühkindlicher Bildung von unter Dreijährigen und dem Einkommen der Eltern oder dem Bildungsniveau der Mutter besteht (Tabelle 1). Außerdem haben Kinder aus sozial schwächeren und solche aus bessergestellten Familien in den letzten zehn Jahren anscheinend gleichermaßen von der Ausweitung des Betreuungsangebots profitiert (Till, Klotz and Siegert, 2018 [13]). Sozioökonomische Unterschiede im Hinblick auf die Teilnahme an frühkindlicher Bildung sind in einigen Ländern mit höheren Teilnahmequoten, beispielsweise in den Niederlanden, stärker ausgeprägt. Daraus lässt sich schließen, dass eine Herausforderung bei der weiteren Ausweitung des Angebots in Österreich darin besteht, auch weiterhin sozial benachteiligte Familien zu erreichen, darunter Familien mit Migrationshintergrund, um die Teilnahme ihrer Kinder sicherzustellen.



**Tabelle 1:** Die Teilnahme an formaler Kinderbetreuung in Österreich ist gering, hängt jedoch nicht stark vom sozioökonomischen Hintergrund ab

**Teilnahmequoten für 0- bis 2-Jährige an formaler Kinderbetreuung und Vorschulangeboten in Prozent, ausgewählte OECD-Länder, 2015/16**

Land	Gesamt	Nach verfügbarem Äquivalenzeinkommen des Haushalts			Nach Bildungsniveau der Mutter	
		Unteres Drittel	Mittleres Drittel	Oberes Drittel	Keine Bildung im Tertiärbereich	Bildung im Tertiärbereich
Österreich	23	21	24	25	21	27
Dänemark	74	69	77	76	76	74
Niederlande	57	39	60	71	44	68
Norwegen	53	49	51	58	49	56
Schweden	57	54	59	58	59	57
<b>Durchschnitt OECD-24</b>	<b>34</b>	<b>27</b>	<b>35</b>	<b>43</b>	<b>31</b>	<b>42</b>

**Hinweis:** Die Ergebnisse stellen einen Durchschnittswert für die Jahre 2016 und 2017 dar. Die Daten für Vorschulangebote umfassen auch Kinder, die institutionelle Betreuung (z. B. Kinderkrippen oder Tagesbetreuungseinrichtungen und Vorschulen, sowohl staatlich als auch privat), organisierte Kindertagespflege und (bezahlte) Betreuungsleistungen professioneller Tagesmütter nutzen; Kinder, für die unbezahlte informelle Betreuungsleistungen durch Verwandte, Freunde oder Nachbarn in Anspruch genommen werden, fallen nicht darunter. Die verfügbaren Äquivalenzeinkommen entsprechen dem Haushaltseinkommen nach Steuern und Transferleistungen, in dem das Kind lebt.

**Quelle:** OECD Family Database, [www.oecd.org/els/family/database.htm](http://www.oecd.org/els/family/database.htm)

## Eltern ringen mit einem ungenügenden Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und unflexiblen Öffnungszeiten

38. Eltern, die ihre Kinder formal betreuen lassen möchten, sind mit einem ungenügenden Angebot an Betreuungsplätzen und unflexiblen Öffnungszeiten konfrontiert. Trotz der jüngsten öffentlichen Investitionen übersteigt die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für unter Dreijährige generell das Angebot, auch weil die Kohortenstärke in den letzten Jahren zugenommen hat. In Österreich müssen Eltern für gewöhnlich nachweisen, dass sie erwerbstätig sind – in vielen Fällen, dass sie Vollzeit erwerbstätig sind –, um einen Betreuungsplatz für ihre Kinder zu erhalten. Die eingeschränkten Öffnungszeiten vieler Betreuungseinrichtungen erschweren es Eltern jedoch, Vollzeit zu arbeiten. Kinder unter drei Jahren, die in Österreich eine formale Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, verbringen dort weniger Stunden als es in nahezu allen anderen OECD-Ländern der Fall ist, für die entsprechende Daten vorliegen: durchschnittlich 20 Stunden in einer gewöhnlichen Woche, im Ver-

gleich zu 30 Stunden im OECD-Raum (OECD, 2016 [14]). Hinzu kommt, dass Städte wie Wien eine ganzjährige Kinderbetreuung anbieten, die Betreuungseinrichtungen in vielen kleineren Gemeinden jedoch während der Schulferien teilweise oder ganz geschlossen werden. Außerdem verringern sich durch die lange Dauer der Elternkarenz die Anreize für eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile (siehe [Abschnitt 3.3](#)).

39. Die Kosten der verfügbaren Betreuungsangebote scheinen dagegen nur eine geringfügige Rolle zu spielen, wobei diese von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich sind. Viele Bundesländer bieten staatliche Kindergartenplätze gegen eine geringe Gebühr (z. B. rund 20 Euro pro Monat für die halbtägige Betreuung von Drei- bis Fünfjährigen in Vorarlberg) oder kostenfrei (wie in Nieder- und Oberösterreich für die halbtägige Betreuung von Kindern ab 2,5 Jahren und in Tirol ab vier Jahren) an. Die Kosten für staatliche Kinderbetreuung der Allerjüngsten können jedoch weitaus höher ausfallen: In Vorarlberg kostet die ganztägige Betreuung für Einjährige bis zu 345 Euro monatlich, wobei Familien mit niedrigem Einkommen geringere Gebühren zahlen und die Kinderbetreuung für die ärmsten 20% der Bevölkerung im Grunde genommen kostenfrei ist. Im Burgenland und in Wien wiederum ist der Besuch staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen sowie des Kindergartens kostenfrei, wobei Eltern die Mahlzeiten selbst bezahlen müssen und nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen zur Verfügung steht.<sup>18</sup>
40. Bis Ende 2018 konnten Familien in Österreich die Kosten für Kinderbetreuung in Höhe von bis zu 2.300 Euro pro Kind unter 10 Jahren jährlich von der Einkommensteuerbemessungsgrundlage absetzen. Mit der Einführung des neuen Steuerabsetzbetrags Familienbonus Plus im Jahr 2019 wurde diese Regelung abgeschafft (siehe unten).

### Die Zahl der Pädagoginnen und Pädagogen ist gestiegen, doch der Mangel an qualifiziertem Personal stellt weiterhin eine Herausforderung dar

41. Durch die umfangreichen Investitionen in die frühkindliche Bildung in Österreich konnte die Zahl der Beschäftigten erhöht und damit auch der Betreuungsschlüssel, insbesondere in den Kindergärten, verbessert werden. Die Zahl der Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten ist zwischen 2005 und 2016 um 48% gestiegen, wodurch die Zahl der Kinder pro Pädagogin/Pädagogen um 21% zurückgegangen ist. Sowohl im Bereich Kleinkindergruppen/Krippen (d. h. bei den unter Dreijährigen) als auch im Kindergartenbereich entspricht das Verhältnis

---

18 Die Gebühren für nichtstaatliche Tagesbetreuung werden gemeinsam von den Anbietern und den Städten und Gemeinden festgelegt; sie können sich stark unterscheiden und sind abhängig vom verfügbaren Einkommen der Familie, der Anzahl der Betreuer und der Anzahl der Geschwister.

zwischen der Anzahl der Kinder und der Anzahl an des pädagogischen Personals in Österreich weitgehend dem Durchschnittswert der OECD-Länder, für die Daten vorliegen (OECD, 2018 [15]).

42. Der Personalmangel in der Kinderbetreuung stellt jedoch eine Herausforderung im Hinblick auf die Gewährleistung qualitativ hochwertiger Angebote und insbesondere für die weitere Ausweitung des Betreuungsangebots dar. Das durchschnittliche Einstiegsgehalt für Elementarpädagoginnen und -pädagogen ist meist relativ niedrig, wobei international vergleichbare Daten fehlen. Das AMS gibt in seinem Karrierekompass einen Bruttoeinstiegsverdienst von durchschnittlich etwa 2.200 Euro zuzüglich Bonuszahlungen an (Arbeitsmarktservice, 2018 [16]). Die Gehälter unterscheiden sich jedoch zwischen den Bundesländern, da sie von den örtlichen Kollektivverträgen abhängen. Die Mehrzahl der Pädagoginnen und Pädagogen hat eine fünfjährige Ausbildung an einer Berufsbildenden Höheren Schule (BHS) absolviert. Diese Programme schließen an das 8. Schuljahr an und beinhalten sowohl allgemein- also auch berufsbildende Komponenten. Neben einem höheren Berufsabschluss erhalten Absolventinnen und Absolventen die Matura und somit einen Zugang zum tertiären Bildungssystem. Personen, die bereits eine andere Ausbildung mit Matura abgeschlossen haben, können den gleichen Abschluss durch eine zweijährige postsekundäre Ausbildung an einem Kolleg erlangen. Betreuungseinrichtungen beschäftigen zudem pädagogische Assistentinnen und Assistenten, für die erst vor Kurzem landesweit einheitliche Ausbildungsprogramme in Form der 2019 eingeführten dreijährigen pädagogischen Assistenz-ausbildung (Fachschule für pädagogische Assistenzberufe) geschaffen wurden.
43. Vor dem Hintergrund einer niedrigen Arbeitslosenquote und dem Fachkräftemangel in Österreich haben Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung daher erhebliche Probleme, qualifiziertes Personal zu finden und zu halten. Die Gemeinden konkurrieren oft um Personal, indem sie zusätzliche Sachleistungen anbieten. Dennoch ziehen viele Bewerberinnen und Bewerber in Bundesländer, in denen höhere Gehälter gezahlt werden, gehen ins Ausland oder wechseln in Branchen, die vorteilhaftere Perspektiven bieten. Viele junge Menschen nehmen nach Abschluss ihrer Ausbildung ein Studium auf: In Vorarlberg beispielsweise nimmt nur die Hälfte der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen auch direkt ihren gelernten Beruf auf.

### Weitere Investitionen werden notwendig sein, um die Qualität und den Status von Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern

44. Um die niedrigen Teilnahmequoten weiter zu erhöhen und die Defizite im Hinblick auf qualifiziertes Personal in der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung anzugehen, sollte der Stellenwert der formalen Kinderbetreuung und

des Berufs der Elementarpädagoginnen und -pädagogen verbessert werden. In der Öffentlichkeit werden frühkindliche Bildungseinrichtungen für die Jüngsten allzu oft noch immer als Institutionen betrachtet, die vorrangig der „Betreuung“, jedoch nicht der „Bildung“ dienen. Darin spiegeln sich der Mangel an einheitlichen Qualitätsstandards über die Bundesländer hinweg, die für den Inhalt und die Umsetzung von frühkindlicher Bildung zuständig sind, sowie die niedrigen Ausbildungsanforderungen für Elementarpädagoginnen und -pädagogen, wider.

45. Wenn diese Probleme angegangen werden sollen, bedarf es wohl letztlich einer Debatte darüber, ob ein Teil der Verantwortlichkeiten für die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung von den Bundesländern auf den Bund übergehen sollte. Dann wäre es möglich, einheitliche Qualitätsstandards über alle Bundesländer hinweg einzuführen und die Anforderungen in Bezug auf das Bildungsniveau von Pädagoginnen und Pädagogen in der Kinderbetreuung, und damit auch ihre Bezahlung, zu erhöhen und so die Attraktivität des Berufs zu steigern. Im Gegenzug müssten sich die Bundesbehörden an den Kosten für die Anstellung und Ausbildung zusätzlicher Pädagoginnen und Pädagogen beteiligen, flexiblere Öffnungszeiten ermöglichen und das Kinderbetreuungsangebot im ländlichen Raum verbessern.
46. Auch nach dem kürzlich erfolgten Anstieg der öffentlichen Ausgaben für frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung in Österreich gibt es beträchtlichen Spielraum für eine weitere Erhöhung der Mittel: Die nordischen Länder, Frankreich und Korea investieren im Verhältnis zu ihrem BIP derzeit zwei- bis dreimal so viel wie Österreich in diesem Bereich (OECD, 2018 [11]).

### 3.2 Einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Erwerbsleben fördern

Junge Menschen in Österreich schneiden in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt generell gut ab, doch die Quoten für frühzeitige Schulabgänge sind nach wie vor zu hoch

47. Junge Menschen in Österreich schneiden in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt insgesamt relativ gut ab. In der jüngsten PISA-Erhebung von 2015 liegen die 15-Jährigen im Mittelfeld, wobei sie in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern etwas besser und bei der Lesekompetenz etwas schlechter abschneiden als der OECD-Durchschnitt (OECD, 2017 [17]). Auch in der OECD-Erhebung über die Kompetenzen Erwachsener (PIAAC) liegen junge Erwachsene (16 bis 24 Jahre) in Österreich hinsichtlich ihrer Lese- und Problemlösungskompetenz im mittleren Bereich und in Bezug auf ihre Mathematikkompetenz über dem Durchschnittswert (OECD, 2013 [18]). Die Quoten für Abschlüsse im Sekundarbereich II sind gestiegen, und der Anteil junger Menschen, die sich weder in Beschäftigung noch

in Bildung oder Ausbildung befinden (englisch: not in employment, education or training, NEET) war 2017 mit 10,3% unter den 15- bis 29-Jährigen weitaus geringer als im OECD-Durchschnitt (13,4%; OECD (2016 [19])).

48. Österreich könnte jedoch weitere Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass alle junge Menschen einen Abschluss im Sekundarbereich II erlangen und der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben erfolgreich verläuft. Unter den jungen Erwachsenen im Alter von 25 bis 34 Jahren hat noch immer jeder Zehnte keinen Abschluss im Sekundarbereich II (11% im Jahr 2017, im Vergleich zu durchschnittlich 15% im OECD-Raum). Für diese Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ist das Risiko, weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung zu sein, fünfmal höher als für Gleichaltrige mit höherem Bildungsniveau.<sup>19</sup> Sie werden wahrscheinlich im Laufe ihres gesamten Arbeitslebens auch größere Schwierigkeiten haben, in der wissensbasierten Wirtschaft Österreichs eine hochwertige Beschäftigung zu finden und zu behalten. Unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist die Wahrscheinlichkeit, nicht über einen Abschluss im Sekundarbereich II zu verfügen, besonders hoch: Die Schulabbrecherquote unter Migrantinnen und Migranten war 2017 in Österreich 3,5-mal höher als unter den im Inland Geborenen; im EU-Durchschnitt liegt das Verhältnis im Vergleich dazu lediglich bei zwei zu eins (Eurostat, 2019 [20]).<sup>20</sup>

## Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich ist in Österreich gering

49. Ein Einflussfaktor hierbei ist, dass die Bildungsergebnisse junger Menschen in Österreich stärker vom sozioökonomischen Hintergrund abhängen als dies im OECD-Durchschnitt der Fall ist. In der PISA-Studie von 2015 wurden 16% der Abweichungen in den Testergebnissen der Schüler auf ihre sozioökonomische Situation zurückgeführt; im OECD-Raum insgesamt liegt dieser Wert bei durchschnittlich 13% (OECD, 2017 [17]). Der Anteil „resilienter Schüler“, also jener Schülerinnen und Schüler, die aus sozial benachteiligten Verhältnissen kommen, aber sehr gute schulische Leistungen erbringen, ist in Österreich niedriger als im OECD-Durchschnitt (19% im Vergleich zu 26%; OECD (2016 [6]))<sup>21</sup>. Darüber hinaus sind die geschlechtsspe-

---

19 Unter jungen Menschen Ende 20 ohne Abschluss im Sekundarbereich II beträgt die NEET-Quote 48%, im Vergleich zu 11% unter jungen Menschen mit Abschluss im Sekundarbereich II oder einem postsekundären nichttertiären Bildungsabschluss und 7% unter denjenigen mit einem Abschluss im tertiären Bereich (OECD-Berechnungen auf der Grundlage der EU-Arbeitskräfteerhebung).

20 Diese Angabe bezieht sich auf die jüngere Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen.

21 „Resiliente“ Schüler sind diejenigen im unteren Viertel des PISA-Index des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status im Land/der Volkswirtschaft der Erhebung, die im Vergleich mit Schülerinnen und Schülern aller Länder/Volkswirtschaften Leistungen im obersten Viertel erzielen, nach Berücksichtigung des sozioökonomischen Status.

zifischen Unterschiede hinsichtlich der Leistungen in den naturwissenschaftlichen Fächern in Österreich höher als in allen anderen OECD-Ländern, wobei dieser Wert in den letzten zehn Jahren signifikant gestiegen ist. Die Unterschiede der Testergebnisse von Migrantinnen und Migranten und im Inland Geborenen bewegen sich in einem ähnlichen Bereich wie im OECD-Durchschnitt, allerdings ist in Österreich ein relativ großer Unterschied zwischen Migrantinnen und Migranten und im Inland Geborenen hinsichtlich der Wiederholung eines Schuljahres zu verzeichnen.

### Die frühzeitige Trennung von Schülern und Schülerinnen im Sekundar-schulbereich erschwert es Kindern aus sozial benachteiligten Verhältnissen zu bessergestellten Gleichaltrigen aufzuschließen

50. Eine mögliche Ursache für die geringe Chancengerechtigkeit innerhalb des österreichischen Bildungssystems – und damit für die in [Abschnitt 2.1](#) dargelegte geringe Bildungsmobilität – ist die Trennung der Bildungswege mit Beginn der Sekundarstufe im frühen Alter von 10 Jahren (verglichen mit 14 Jahren im OECD-Durchschnitt). Empirische Studien aus Ländern wie Finnland, Deutschland, Schweden und der Schweiz lassen darauf schließen, dass ein Zusammenhang zwischen einer frühzeitigen Trennung von Schülerinnen und Schülern in unterschiedliche Bildungswege oder Schulformen entsprechend ihrer Fähigkeiten und einer Weitergabe von Vor- und Nachteilen über Generationen hinweg besteht (siehe D’Addio (2007 [21]) und Causa and Johansson (2010 [22])). Durch eine frühzeitige Trennung verringern sich die Möglichkeiten des täglichen Umgangs von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen miteinander, was es Kindern aus sozial benachteiligten Familien erschwert, zu Gleichaltrigen aus bessergestellten Familien aufzuschließen. Ergebnisse der PISA-Studie weisen außerdem darauf hin, dass die Motivation von Schülerinnen und Schülern, Mathematikkompetenzen zu erwerben, in Bildungssystemen, in denen diese in unterschiedliche Schulformen oder Bildungsprogramme eingeteilt oder gruppiert werden, geringer ausfällt (OECD, 2014 [23]). Die Trennung der Schülerinnen und Schüler in die verschiedenen Bildungszweige basiert formal zwar auf den schulischen Leistungen und den Empfehlungen der Lehrerinnen und Lehrer, allerdings spielen die sozioökonomischen Verhältnisse eine wichtige Rolle bei der Entscheidung von Familien, welchen Bildungsweg die Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Volksschulbildung einschlagen sollen (OECD, 2017 [17]).

### Die kürzlich eingeführte Ausbildungsverpflichtung und Ausbildungs-garantie sollte die Anzahl frühzeitiger Schulabgänge weiter reduzieren

51. Um die Anzahl frühzeitiger Schulabgänge zu reduzieren wurde in Österreich kürzlich für alle jungen Menschen bis zu einem Alter von 18 Jahren eine Ausbildungsverpflichtung (AusBildung bis 18) eingeführt. Seit Juli 2017 sind alle Jugendlichen verpflichtet, nach Erfüllung der neunjährigen Schulpflicht ihren Bildungs- oder

Ausbildungsweg durch den Besuch einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schuleinrichtung der Sekundarstufe II, durch eine Lehre oder eine andere Form der Ausbildung fortzusetzen.<sup>22</sup> Es wurde ein Berichtssystem eingeführt, das sicherstellt, dass alle jungen Menschen, die unter die Ausbildungspflicht fallen, aber seit vier Monaten nicht mehr an Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen haben, von lokalen Koordinierungsstellen kontaktiert werden, die sie bei einer Rückkehr in das Bildungs- oder Ausbildungssystem unterstützen. Die Ausbildungsverpflichtung kann ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Schulabschlussquoten sein, auch weil damit ein klares Zeichen an Bildungsbehörden, Eltern und Schüler gesendet wird, dass die Reduzierung der Anzahl frühzeitiger Schulabgänge politische Priorität hat. Eltern, die nicht dafür sorgen, dass ihre Kinder der Ausbildungspflicht nachkommen, müssen mit Sanktionen rechnen.

52. Neben der Ausbildungsverpflichtung wurde in Österreich 2017 auch eine Ausbildungsgarantie bis 25 eingeführt. Diese richtet sich an Jugendliche, die zwischen 19 und 24 Jahre alt und als arbeitslos vorgemerkt sind bzw. lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Dieses Programm des AMS versteht sich als Angebotspaket, das aus einem Mix an Qualifizierungsmaßnahmen besteht und 2018 18.000 Jugendliche erreichte. Es gibt Spielraum für einen weiteren Ausbau dieses Programms.

## Österreich sollte die Finanzierung sozioökonomisch benachteiligter Schulen verbessern

53. Die Bildungsergebnisse schwächerer Schülerinnen und Schüler in Österreich könnten verbessert werden, indem systematischer Gelder in die Schulen fließen, die einen höheren Anteil an Schülerinnen und Schülern mit niedrigem sozioökonomischen Status aufweisen. Obwohl die Bildungsausgaben im Sekundarschulbereich in Österreich mit umgerechnet rund 15.500 US-Dollar pro Schüler und Jahr zu den höchsten im OECD-Raum zählen (OECD, 2018 [15]), ist es innerhalb des österreichischen Systems der Bildungsfinanzierung nur in sehr geringem Umfang möglich, Schulen mit einem höheren Anteil an Schülern mit niedrigem sozioökonomischen Status mehr Ressourcen zuzuweisen. Zusätzliche Mittel könnten zu einer Verbesserung der Bildungsergebnisse von Schülern an sozioökonomisch benachteiligten Schulen beitragen, wenn sie dazu genutzt werden, die Klassengrößen zu reduzieren, die Infrastruktur zu verbessern oder spezialisiertes Betreuungspersonal einzustellen, beispielsweise Sozialarbeiter oder Schulpsychologen.

---

22 Für Jugendliche über 18 besteht keine Verpflichtung zur weiteren Ausbildung oder zum Erwerb eines Abschlusses. Die Ausbildungsverpflichtung gilt außerdem nicht für junge Asylsuchende.

Eine geeignete Lösung, die in der Vergangenheit bereits auf der politischen Agenda in Österreich stand, könnte die sogenannte indexbasierte Finanzierung sein, bei der die finanzielle Förderung von Schulen über einen Sozialindex an den Grad der Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler geknüpft ist (Bacher, 2015 [24]; Bruneforth et al., 2016 [25]). Im vorgeschlagenen Konzept berechnet sich ein möglicher Sozialindex aus dem Bildungs- und Beschäftigungsgrad der Eltern sowie aus Indikatoren für Migrationshintergrund und Alltagssprache. Eine Herausforderung eines derartigen Ansatzes besteht darin, dass im Falle fehlender zusätzlicher Finanzmittel in angemessener Höhe eine Zuweisung höherer Ressourcen an sozioökonomisch benachteiligte Schulen nur erfolgen kann, wenn gleichzeitig Kürzungen bei der Finanzierung von Schulen mit durchschnittlich bessergestellten Schülern vorgenommen werden, d. h. typischerweise den allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS). Eine rezente Langzeitstudie aus den Vereinigten Staaten, welche die Effekte zahlreicher Schulfinanzreformen seit Mitte der 1980er Jahre untersucht, kommt zu dem Schluss, dass größere Mittelzuwendungen für Schulen in benachteiligten Schulbezirken einen signifikant positiven Effekt auf die Einkommensmobilität zwischen den Generationen haben. Dies trifft insbesondere auf Schüler aus einkommensschwachen Familien zu (Biasi, 2019 [26]).

54. Detaillierte Informationen über die schulischen Leistungen erhalten die Bildungsbehörden durch die sogenannten Bildungsstandards – Überprüfungen, die alle Schüler in der 4. bzw. 8. Schulstufe durchlaufen müssen. Die Daten werden herangezogen, um zu erkennen, welche Schulen unterdurchschnittliche Ergebnisse liefern, und der Schulleitung zugänglich gemacht, jedoch nicht veröffentlicht.<sup>23</sup>

## Das österreichische System der beruflichen Bildung und Ausbildung ist ein Motor der sozialen Mobilität

55. Das österreichische System der beruflichen Bildung und Ausbildung ist ein wichtiger Faktor für die guten Arbeitsmarktergebnisse junger Menschen in Österreich. Es bietet Schülerinnen und Schülern, die den tertiären Bildungsweg nicht beschreiten, einen attraktiven Einstieg ins Beschäftigungsleben und hilft ihnen, die für den Arbeitsmarkt notwendigen Kompetenzen zu entwickeln und frühzeitig

---

23 Die Bildungsstandards werden demnächst durch Instrumente zur „Individuellen Kompetenz- und Potentialmessung (iKPM)“ ersetzt, einem ähnlichen Überprüfungspaket, das dann jedoch in Klassenstufe 3 bzw. 7 zur Anwendung kommt. Der Vorverlegung der Überprüfung liegt der Gedanke zugrunde, dass Schulen und deren Lehrerinnen und Lehrer dann noch ein weiteres Jahr mit leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern im Grundschulbereich arbeiten können, bevor die Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse unterschiedliche Bildungswege einschlagen.



praktische Erfahrungen zu sammeln. Die Bedeutung und Attraktivität der beruflichen Ausbildung in Österreich spiegelt sich in einer der höchsten Einschreibequoten für eine Berufsausbildung der OECD-Länder wider: Mehr als zwei Drittel (69 %) der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II entschieden sich 2016 in Österreich für die Teilnahme an einem Berufsbildungsprogramm (OECD, 2018 [15]).

56. Insbesondere das System der Lehrlingsausbildung, das in Österreich eine wichtige Rolle spielt, bietet Berufsschülerinnen und Berufsschülern die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten direkt in der praktischen Arbeit zu entwickeln: 2016 kombinierte dabei nahezu die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II in Berufsausbildung, bzw. 32 % aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, schulische Bildung und die Ausbildung am Arbeitsplatz miteinander. Knapp drei Viertel (73 %) der jungen Menschen, die 2015 eine Lehrlingsausbildung abschlossen, standen 18 Monate später in einem Beschäftigungsverhältnis, wobei es durchschnittlich weniger als zwei Monate dauerte, bis sie eine Arbeitsstelle gefunden hatten. Das Durchschnittsgehalt betrug dabei 2.100 Euro, im Vergleich zu 2.900 Euro für Absolventen des tertiären Bildungsbereichs (Statistik Austria, 2019 [27]).
57. Eine große Herausforderung, um die Attraktivität der Lehrlingsausbildung in Österreich und ihre Rolle für die Aufwärtsmobilität zu bewahren, stellt die Anpassung des Systems an die sich wandelnde Arbeitswelt dar. Die sich ändernden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt können zu einem Missverhältnis der Qualifikationen führen. Der Inhalt modernisierter oder neuer Lehrberufspläne muss dies berücksichtigen. Ein erster Schritt wurde mit dem Lehrberufspaket 2017 gesetzt, mit dem acht der rund 200 Lehrberufe an die Digitalisierung von Kompetenzen angepasst wurden. Es gibt aber auch ein Problem von regionalen Missverhältnissen zu regeln, da in Westösterreich ein größeres Angebot an Lehrstellen besteht als in Ostösterreich.

### Es gibt maßgeschneiderte Lösungen für junge Menschen, die noch nicht für eine Berufsausbildung bereit sind

58. Wie in den meisten Ländern gibt es auch in Österreich eine signifikante Minderheit junger Menschen, die von der Schule abgehen, ohne grundlegende Lese- und Alltagsmathematikkompetenzen erworben zu haben. Im Rahmen der OECD-Erhebung über die Kompetenzen Erwachsener (PIAAC) fielen 12 % der 16- bis 24-Jährigen in die Lesekompetenzstufe 1 oder darunter, was bedeutet, dass sie typischerweise nur kurze Texte lesen können, Schwierigkeiten haben, deren Inhalt zu umschreiben, und nur eingeschränkt Schlussfolgerungen aus ihnen ziehen können (OECD-Durchschnitt: 14 %). Ein genauso hoher Anteil, 12 %, erreichte maximal die Mathematikkompetenzstufe 1, verfügt also bestenfalls über ein sehr grundlegendes

Verständnis für mathematische Operationen (19% im OECD-Durchschnitt, OECD (2016 [28])). Diese jungen Menschen werden große Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz zu finden, da die Kompetenzerfordernisse der Arbeitgeber gestiegen und Berufe, in denen traditionell gering qualifizierte Arbeitnehmer tätig waren, verschwunden sind.

59. Österreich bietet diesen jungen Menschen maßgeschneiderte Lösungen an, um sie beim Erwerb von Kompetenzen und bei der Rückkehr in das Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Schülerinnen und Schülern, die keine Lehrstelle in einem Unternehmen finden oder ihre Lehre nicht abschließen, bietet das AMS eine Ausbildungsgarantie durch eine überbetriebliche Lehrausbildung (ÜBA) in Ausbildungseinrichtungen an. Hierbei schließt die Ausbildungseinrichtung einen Ausbildungsvertrag mit dem Lehrling und übernimmt die Ausbildung, bis der Lehrling in eine betriebliche Lehrstelle vermittelt werden kann. Schülerinnen und Schüler, die nicht erfolgreich vermittelt werden, erhalten, normalerweise nach drei Jahren, einen regulären Lehrabschluss direkt durch die Ausbildungseinrichtung.

Das Jugendcoaching ist ein innovativer Lösungsansatz, um benachteiligten Schülerinnen und Schülern und Jugendlichen außerhalb von Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung soziale Unterstützung zu bieten

60. Im Rahmen des Jugendcoaching-Programms erhalten benachteiligte Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren in Österreich soziale Unterstützung und Orientierung in Bezug auf ihre berufliche Laufbahn. Ziel ist es, zu verhindern, dass Jugendliche die Schule abbrechen, sowie Jugendliche, die die Schule bereits abgebrochen haben, wieder in das Bildungssystem oder den Arbeitsmarkt einzubinden.<sup>24</sup> Der Umfang der Unterstützung variiert in Abhängigkeit von der individuellen Situation der Jugendlichen und reicht von beratenden Erstgesprächen von bis zu acht Stunden (Stufe 1) über eine intensivere Beratung (Stufe 2) bis hin zu engmaschiger Begleitung im Sinne eines Case Management, die sich bis zu einem Jahr erstrecken kann (Stufe 3). Mit der Einführung der Ausbildungsverpflichtung besteht nun für alle Jugendlichen bis Vollendung des 18. Lebensjahrs eine Ausbildungspflicht; im Mittelpunkt des Jugendcoachings steht daher oft die Unterstützung beim Wechsel eines Bildungs- oder Ausbildungsprogramms, mit dem die Jugendlichen unzufrieden sind.

---

24 Das Programm baut auf einer früheren Initiative mit demselben Titel auf, in dessen Mittelpunkt junge Menschen mit geistigen Behinderungen standen. Ab 2001 gab es ein zweites, ähnliches Programm namens Clearing, das zehn Jahre lief.

61. Das Jugendcoaching-Programm arbeitet eng mit Sekundarschulen in ganz Österreich zusammen, um Jugendliche über das Programm zu informieren und diejenigen zu erreichen, die Unterstützung benötigen. Je nach Schulform und Größe der Schule sind die Mitarbeiter des Coaching-Programms einige Stunden pro Woche oder mehrere Stunden täglich in der Schule anwesend. In dieser Zeit machen sie das Programm in den Klassen bekannt, stimmen sich mit Lehrerinnen und Lehrern ab und stehen den Schülerinnen und Schülern kurzfristig für Beratungsgespräche zur Verfügung. Sie versuchen außerdem, die Eltern über das Programm zu informieren. Im Mittelpunkt steht darüber hinaus zunehmend die Kontaktaufnahme zu Jugendlichen, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden, z. B. durch Präsenz in Jugendzentren. 17% aller Fälle sind Jugendliche, die zur NEET-Gruppe zählen und oftmals eine intensivere Unterstützung benötigen als die meisten anderen Nutzer des Programms.
62. Das Jugendcoaching-Programm wird teilweise durch den Europäischen Sozialfonds (und folglich bis 2020) finanziert und durch private oder gemeinnützige Anbieter durchgeführt, die an einer öffentlichen Ausschreibung teilnehmen müssen, um für das Programm ausgewählt zu werden. Derzeit gibt es in Österreich rund 450 Jugendcoach-Vollbeschäftigtenäquivalente in unterschiedlichen Berufsgruppen (Sozialarbeiter, Psychologen und andere Berufe). Damit können den jugendlichen Nutzerinnen und Nutzern umfangreiche Leistungen angeboten werden. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendcoaching verfügen außerdem über besondere Fremdsprachenkenntnisse, beispielsweise Türkisch, Bosnisch, Serbisch, Kroatisch oder Farsi, was die Zusammenarbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund erleichtert. Jährlich gibt es rund 51.000 Programmteilnahmen – die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer liegt knapp darunter.
63. Die sogenannten Produktionsschulen haben sich als ein wirksames Angebot erwiesen, das an das Jugendcoaching anschließt und sich an besonders benachteiligte Jugendliche richtet, die nicht direkt in eine betriebliche Lehrstelle vermittelt werden können. Junge Menschen bis zu einem Alter von 21 Jahren, die Lernschwierigkeiten haben oder sozial oder emotional benachteiligt sind, erhalten hier Unterstützung bei der Entwicklung von Basisqualifikationen und sozialen Kompetenzen, um sie wieder in das Bildungssystem und schließlich auch in den Arbeitsmarkt einzubinden. Das Programm wurde 2008 eingeführt und während der Wirtschaftskrise in den Jahren 2009/10 stark ausgebaut.

### 3.3 Mehr Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt schaffen

64. Der Arbeitsmarkt in Österreich ist durch erhebliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern gekennzeichnet. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Erwerbseinkommen, sprich das kumulative Lohngefälle zwischen Männern und Frauen im Verlauf des Arbeitslebens, liegen in Österreich bei 43% und damit über dem OECD-Durchschnitt von 41% (OECD, 2018 [8]). Die Unterschiede sind dabei in Österreich vorrangig auf die unterschiedliche Anzahl der Arbeitsstunden und den unterschiedlichen Stundenlohn von Männern und Frauen zurückzuführen, und nicht auf Unterschiede in den Beschäftigungsquoten. Die Beschäftigungsquote von Frauen liegt in Österreich zwar über dem OECD-Durchschnitt, geht jedoch mit einem höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigung einher. Wie nahezu alle OECD-Länder hat auch Österreich in den letzten zehn Jahren Fortschritte erzielt, um das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen abzubauen, allerdings fiel der Rückgang im internationalen Vergleich relativ moderat aus (-3%, im Vergleich zu -5% im OECD-Durchschnitt).
65. Diese Unterschiede spiegeln vorrangig die geschlechtsspezifischen Muster im Arbeitskräfteangebot von Paaren mit Kindern wider (OECD, 2015 [29]). In Österreich besteht weiterhin die Tendenz, dass sich Frauen bei Geburt eines Kindes aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen und oftmals mehrere Jahre nicht arbeiten oder nur eine Teilzeitbeschäftigung ausüben (Abbildung 9, Teil B). Bei Paaren mit Kindern ist weiterhin das traditionelle Alleinverdiener- oder Anderthalb-Verdiener-Modell die Norm: Nur bei rund einem von vier Kindern im Alter unter 14 Jahren in Paarhaushalten arbeiten beide Elternteile in Vollzeit (OECD, 2016 [30]). Dieses Muster hat direkte Auswirkungen auf den Verdienst: Das geschlechtsspezifische Lohngefälle in Österreich zählt für junge Menschen zwischen 20 und 30 zu den niedrigsten im OECD-Vergleich, steigt jedoch ab 30 bis Anfang 40 sprunghaft an.
66. Diese beträchtlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede sind zum Teil Ausdruck traditioneller Ansichten über Geschlechterrollen in der Gesellschaft<sup>25</sup>, insbesondere über die Rolle von Müttern, resultieren aber auch aus politischen Faktoren. Dazu zählen das ungenügende Angebot an Möglichkeiten der Kinderbetreuung (Abschnitt 3.1) und relativ schwache Anreize für eine gerechtere Aufteilung familiärer und beruflicher Verpflichtungen durch das Steuer- und Transfersystem.

---

25 2012 – das ist das letzte Jahr, für das Daten verfügbar sind – waren nahezu die Hälfte der Österreicher der Meinung, dass Mütter mit Kindern, die noch nicht zur Schule gehen, zu Hause bleiben sollten. Nur 2% der Befragten gaben an, dass sie Vollzeit arbeiten sollten, was dem niedrigsten Wert in den 26 untersuchten OECD-Ländern entspricht (OECD, 2017 [45]).

## Das österreichische System der Elternkarenz fördert Teilzeitbeschäftigung und bietet Eltern relativ schwache Anreize, Betreuungspflichten aufzuteilen

67. Österreich bietet relativ großzügige Elterngeld-Leistungen in Form des Kinderbetreuungsgelds an. Dieses wird, anders als in vielen OECD-Ländern, unabhängig von der vorherigen Erwerbstätigkeit gezahlt und ist formell auch nicht an die Elternkarenz (d. h. eine Freistellung durch den Arbeitgeber) gekoppelt. Nach der jüngsten Reform können Eltern, deren Kinder ab dem 1. März 2017 geboren wurden, zwischen zwei Zahlungsvarianten wählen:<sup>26</sup>
- eine pauschale Leistung mit einer Anspruchsdauer zwischen 12 und 28 Monaten ab dem Tag der Geburt (wenn ein Elternteil die Kinderbetreuung übernimmt) oder zwischen 15 bis 35 Monaten (wenn sich beide Elternteile abwechseln), wobei 20 % für den zweiten Elternteil vorgesehen sind. Für die kürzeste Anspruchsdauer beläuft sich die pauschale Leistung auf rund 1.030 Euro monatlich, frei von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Diese Variante ist meist für Eltern mit geringem Einkommen, jene, die während des Bezugs weiter in Teilzeiterwerbsbeteiligung bleiben wollen und Eltern ohne vorherige Erwerbstätigkeit attraktiver;
  - ein einkommensabhängiges Betreuungsgeld (falls die Eltern vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren), das für ersten 12 Monate gezahlt wird, wenn sich ein Elternteil um die Betreuung kümmert, oder für bis zu 14 Monate, wenn sich beide Eltern der Kinderbetreuung widmen. Die Leistung ersetzt 80 % der letzten Einkünfte bis zu einer Höhe von 2.000 Euro monatlich und ist ebenfalls steuerfrei. Diese Variante ist für Eltern mit mittlerem oder hohem Einkommen vorteilhafter.

Die Zahlungen erfolgen unabhängig davon, ob für das Kleinkind formale Betreuungsangebote in Anspruch genommen werden.

68. Obschon die Auswirkungen der jüngsten Kinderbetreuungsgeldreform noch nicht evaluiert wurden, scheinen die Merkmale des österreichischen Kinderbetreuungsgelds zu den hohen Quoten der Nichterwerbstätigkeit oder Teilzeitbeschäftigung unter Müttern sowie der geringen Teilnahmequote an formaler Kinderbetreuung

---

26 Das hier beschriebene System, einschließlich des Partnerschaftsbonus, gilt für alle Kinder, die nach dem 1. März 2017 geboren wurden. Ein anderes System mit vier Pauschalvarianten gilt weiterhin für alle Kinder, die zwischen Januar 2010 und Februar 2017 geboren wurden. Für weitere Informationen siehe OECD (2018 [31]) und (Rille-Pfeiffer, Dearing and Schmidt (2018 [47])).

beizutragen (siehe [Abschnitt 3.1](#)). Neben der langen Bezugsdauer und der relativ großzügigen Bezugshöhe profitieren die Bezieher des Kinderbetreuungsgelds von hohen Zuverdienstgrenzen. Während des Bezugs von pauschalem Kinderbetreuungsgeld darf der Zuverdienst bis zu 60 % der letzten Einkünfte, mindestens jedoch 16.200 Euro pro Jahr betragen; bei Bezug des meist höheren einkommensabhängigen Betreuungsgelds gilt eine Zuverdienstgrenze von 6.800 Euro. Damit wird es angesichts des begrenzten Angebots an formaler Kinderbetreuung in Fällen, in denen nicht beide Elternteile Vollzeit arbeiten, attraktiv, Modelle zu leben, in denen ein Elternteil – meist die Mutter – Teilzeit oder gar nicht arbeitet und stattdessen zu Hause die Kinder betreut.

69. Das System bietet außerdem nur wenige Anreize, die Betreuungspflichten ausgeglichen aufzuteilen. Sowohl bei der pauschalen Leistung als auch beim einkommensabhängigen Modell ist ein bestimmter Teil der Gesamtanspruchsdauer für den zweiten Elternteil vorgesehen, der nicht übertragen werden kann. Es gibt einige wenige direkte Anreize für den zweiten Elternteil – meist der Vater –, die Betreuungszeit über diese zwei oder drei Monate hinaus auszudehnen. Unabhängig von der gewählten Variante wird ein Partnerschaftsbonus gewährt, wenn Eltern, deren Kinder nach dem 1. März 2017 geboren wurden, das Kinderbetreuungsgeld zu annähernd gleichen Teilen beziehen, d. h. meist im Verhältnis 60:40. Der Bonus beträgt 500 Euro pro Elternteil.

### Auch das Steuersystem setzt Anreize gegen die Vollzeitarbeit von Zweitverdienern

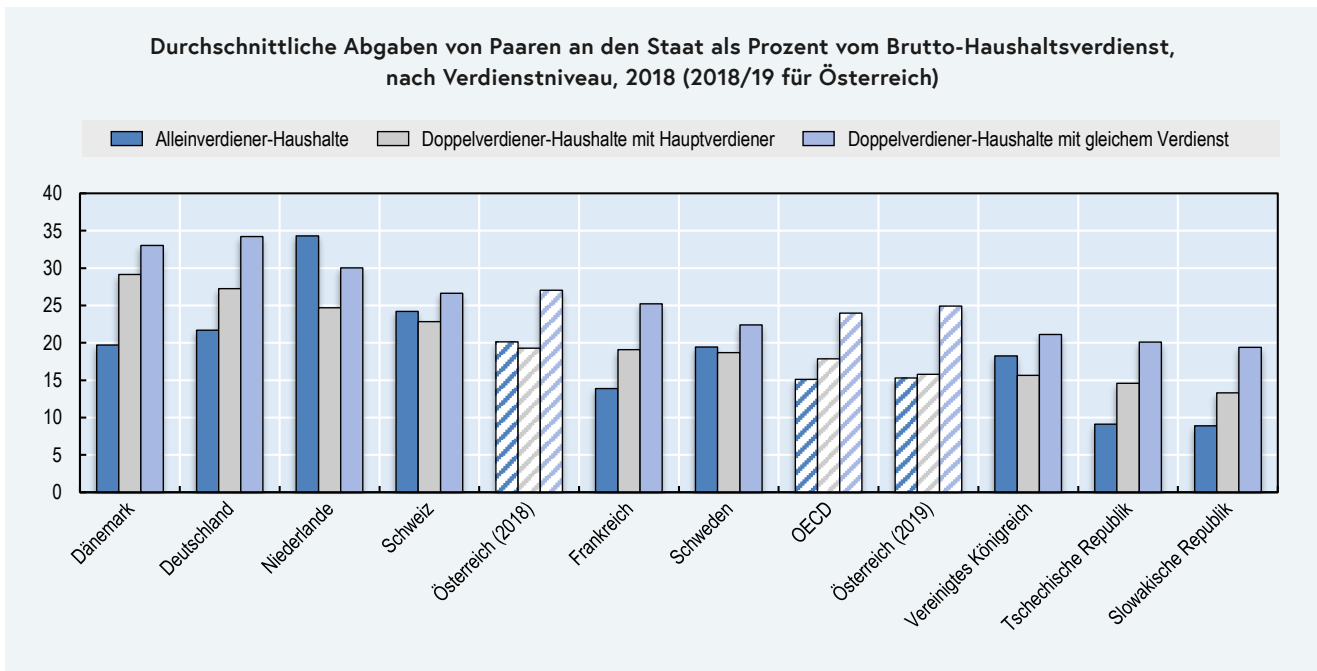
70. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt spiegeln auch wider, dass es für Paare aufgrund des österreichischen Steuer- und Transfersystems auch nach den jüngsten Steuerreformen relativ vorteilhaft ist, auf das Alleinverdiener- oder Anderthalb-Verdiener-Modell zu setzen.<sup>27</sup>
71. Generell schafft das österreichische System der individuellen Einkommensbesteuerung, mit Freibeträgen für den Erwerbstätigen selbst sowie für Kinder, mehr Anreize für Doppelverdiener-Haushalte als ein System der Familienbesteuerung. Durch die Steuerreform 2019 wurde die Steuerlast für Familien zudem erheblich gesenkt. Der bisherige Kinderfreibetrag wurde durch den Familienbonus Plus ersetzt, einen Steuerabsetzbetrag in Höhe von 1.500 Euro pro Kind.

---

27 Eine umfassende Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen des österreichischen Steuer- und Transfersystems findet sich bei Schratzenstaller und Dellinger (2017 [46]).

72. Es gibt in Österreich aber vergleichsweise geringe finanzielle Anreize für Zweitverdiener, Vollzeit zu arbeiten. Simulationen unter Nutzung des Steuer- und Transfermodells der OECD zeigen, dass die Netto-Steuerbelastung einer Familie im Verhältnis zum Bruttohaushaltsverdienst nur geringfügig ansteigt, wenn einer der bisher nicht erwerbstätigen Ehepartner eine Teilzeitbeschäftigung aufnimmt, beispielsweise von 15 % auf 16 %, wenn der Ehepartner 33 % des Durchschnittsverdiensts erhält (Abbildung 11; Szenario: Paar mit zwei Kindern, der Hauptverdiener arbeitet Vollzeit mit Durchschnittsverdienst). Die Steuerlast steigt jedoch rapide, wenn sich der Verdienst des Zweitverdieners erhöht, und zwar auf 25 %, wenn der Verdienst dem Durchschnittsverdienst entspricht. Vor der Steuerreform 2019 fiel der Vorteil bei Teilzeitbeschäftigung noch höher aus, da die Netto-Steuerbelastung einer Familie relativ zum Haushaltseinkommen sogar leicht sank, wenn ein bis dahin nicht erwerbstätiger Ehepartner eine Teilzeitbeschäftigung aufnahm.
73. Die Steuerreform 2019 brachte allen drei Formen berufstätiger Familien – Alleinverdiener-Haushalte, Doppelverdiener-Haushalte mit einem Hauptverdiener und Doppelverdiener-Haushalte, bei denen beide Partner gleich viel verdienen – erhebliche steuerliche Entlastungen. Die Steuerlast sinkt jedoch für Alleinverdiener-Familien stärker (-5 Prozentpunkte) als für Familien, in denen der Partner Teilzeit (-3 Prozentpunkte) oder Vollzeit (-2 Prozentpunkte) arbeitet. Nach der Reform entsprechen die durchschnittlichen Abgaben eines Paares an den Staat nun im Falle von Alleinverdiener-Haushalten dem OECD-Durchschnitt (15 %), und liegen für Doppelverdiener-Haushalte mit einem Hauptverdiener unter dem OECD-Durchschnitt (16 % im Vergleich zu 18 %) bzw. für Doppelverdiener-Haushalte, bei denen beide Partner gleich viel verdienen, geringfügig über dem OECD-Durchschnitt (25 % im Vergleich zu 24 %).

**Abbildung 11:** Das österreichische Steuer- und Transfersystem ist auch nach der jüngsten Steuerreform vorteilhaft für Anderthalb-Verdiener-Haushalte



**Hinweis:** Die Daten für Österreich 2019 sind vorläufig. Alleinverdiener-Haushalte verfügen über ein Einkommen von 100% des Durchschnittsgehalts. Doppelverdiener-Haushalte mit einem Hauptverdiener verfügen über ein Einkommen von 100% + ein Einkommen von 33% des Durchschnittsgehalts. Doppelverdiener-Haushalte, bei denen beide Partner gleich viel verdienen, verfügen über ein Einkommen von 100% + 100% des Durchschnittsgehalts. Es wird davon ausgegangen, dass die Paare zwei Kinder im Alter von 11 und 6 Jahren haben. Länder gereiht in absteigender Reihenfolge der durchschnittlichen Abgaben von Doppelverdiener-Haushalten mit einem Hauptverdiener.

**Quelle:** OECD Steuer- und Transfermodell, [www.oecd.org/social/benefits-and-wages](http://www.oecd.org/social/benefits-and-wages)

74. Was Teilzeitbeschäftigung für Zweitverdiener in Österreich so attraktiv macht – wie der in Abbildung 11 dargestellte sprunghafte Anstieg der Netto-Steuerlast bei einem Wechsel von Teilzeit- zu Vollzeitbeschäftigung des Zweitverdieners zeigt –, ist die Kombination aus großzügigen Steuerfreibeträgen und relativ hohen Grenzsteuersätzen in den untersten Einkommensschichten. Die ersten 11.000 Euro des individuellen Arbeitsverdiensts sind steuerfrei; dieser Betrag entspricht rund einem Viertel des Durchschnittsverdiensts (OECD, 2018 [31]). Haushalte, in denen das Einkommen des Zweitverdieners maximal 6.000 Euro beträgt, haben Anspruch auf einen zusätzlichen Alleinverdienerabsetzbetrag pro Kind.<sup>28</sup> Das macht es für

28 Dieser Absetzbetrag verfällt nicht, d. h. er wird Familien mit einer Steuerlast unterhalb des Werts des Absetzbetrags als negative Einkommensteuer ausgezahlt. Er beläuft sich auf 494 Euro für das erste Kind, 175 Euro für das zweite Kind und 220 Euro für jedes weitere Kind.



Zweitverdiener attraktiv, nur wenige Stunden zu arbeiten.<sup>29</sup> Jeder Euro, der über diese 11.000 Euro hinaus verdient wird, ist mit 25 % zu versteuern (2016 waren es noch 36 %); ab 18.000 Euro steigt der Grenzsteuersatz auf 35%. Zweitverdiener, die Teilzeit arbeiten und 33 % des Durchschnittsgehalts verdienen (das zweite in [Abbildung 11](#), dargestellte Szenario, 2018 rund 15.700 Euro) zahlen also immer noch nur auf einen geringen Teil ihres Verdiensts Steuern, müssten aber einen erheblichen Teil jedes darüber hinaus verdienten Euro abführen, sobald sich ihre Arbeitszeit und damit ihr Verdienst erhöht.

75. Österreich könnte die Anreize für Zweitverdiener, ihre Arbeitszeiten auszuweiten, am einfachsten durch eine weitere Senkung der Grenzsteuersätze oder Sozialversicherungsabgaben in den unteren Einkommensschichten erhöhen. Eine Möglichkeit, mehr Anreize für den Zweitverdiener in Familien mit Kindern zu schaffen, wäre die Aufteilung des Steuerabsetzbetrags Familienbonus Plus, sodass beiden Partnern jeweils die Hälfte zustehen würde.

### Ungleiche Arbeitszeiten und der fehlende Zugang zu familienfreundlichen Arbeitsplätzen reduzieren soziale Mobilität und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

76. In Österreich gibt es unter vollzeitbeschäftigten Männern eine Kultur der langen Arbeitszeiten: Sie machen durchschnittlich 40 % mehr Überstunden als Frauen (d. h. mehr als 50 Wochenstunden). Im Gegenzug ist der Anteil an teilzeitbeschäftigter Frauen höher als in den meisten anderen OECD-Ländern. Vollzeitbeschäftigte in Österreich geben an, weniger Freizeit zu haben als in den meisten anderen OECD-Ländern. Lange Arbeitszeiten können sich negativ auf die Gesundheit und das Wohlbefinden auswirken. Sie verstärken auch die Kluft zwischen Männern und Frauen, zum Beispiel in Bezug auf unbezahlte Arbeits- und Betreuungsaktivitäten. Dieses Muster scheint sich jedoch etwas abzuschwächen, da der Anteil der Überstundenbeschäftigten von 11 % im Jahr 2005 auf 6,8 % im Jahr 2016 zurückging.
77. Maßnahmen am Arbeitsplatz, die eine ausgewogenere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, können Männern und Frauen helfen, bessere Regelungen für die gemeinsame Fürsorge und allgemein bessere Ergebnisse hinsichtlich des Wohlbefindens zu erreichen. Dies könnte unter anderem durch die Verringerung

---

29 Inzwischen ist der Kinderfreibetrag so gestaltet, dass er steigt, wenn er zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt wird, wodurch Haushalte begünstigt werden, in denen es einen steuerpflichtigen Zweitverdiener gibt. Der Freibetrag ist jedoch mit 440 Euro bei Geltendmachung durch ein Elternteil bzw. zwei Mal 300 Euro bei Geltendmachung durch beide Elternteile relativ niedrig.

der langen Arbeitszeiten bei Männern und durch den Abbau der Barrieren für Vollzeitbeschäftigung bei Frauen geschehen. Mehrere freiwillige Audit-Prüfungen existieren in Österreich. Diese vergleichen, analysieren und evaluieren betriebliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Programme bleiben jedoch freiwillig. Einige gemeinnützige Vereine sammeln Informationen und beraten Unternehmen proaktiv, um sich in diese Richtung zu verbessern. Zum Beispiel bietet die NGO ABZ Austria den Unternehmen die Möglichkeit, sich über betriebliche Rahmenbedingungen, die für die Väterbeteiligung an Elternkarenz und Betreuungsarbeit bestehen, zu informieren, auf Grundlage von ausgewählten betrieblichen Fallbeispielen in männerdominierten Branchen (Bergmann et al., 2017 [32]). Die gemeinnützige Familie & Beruf Management GmbH hat einen beruf- und familie-Index für österreichische Unternehmen entwickelt und das Netzwerk „Unternehmen für Familien“ dokumentiert bewährte Verfahren, die zwischen Unternehmen ausgetauscht werden können.<sup>30</sup>

## Die Pflegebetreuung älterer Familienmitglieder stellt eine zunehmende Herausforderung für die Vereinbarkeit mit der Arbeit dar

78. Eine weitere Herausforderung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ergibt sich im Bereich der Altenpflege. In Österreich werden vier von fünf pflegebedürftigen älteren Menschen von ihren Familienmitgliedern betreut, dies ist ein höherer Anteil als in vergleichbaren Ländern (OECD, 2017 [33]). Die erhöhte Lebenserwartung und der erhöhte Pflegebedarf bei chronischen Krankheiten stellen neue Anforderungen an die Angehörigen von abhängigen älteren Menschen dar. Dieser wachsende Pflegebedarf erfordert umfassende Anpassungen der öffentlichen zugänglichen Pflegesysteme, um Familienangehörigen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.
79. In der Tat ist etwa ein Drittel der pflegenden Angehörigen beschäftigt, von denen die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht (BMASGK, 2018 [34]). Seit 2014 können diese pflegenden Angehörigen für bis zu sechs Monate ein Voll- oder Teilzeitpflegekarenzgeld beantragen, das auf der Grundlage der Leistungen der Arbeitslosenversicherung berechnet wird. Viele der pflegenden Angehörigen (13%) geben an, ihre Arbeit aufgeben zu haben, um sich um ihre älteren Familienmitglieder kümmern zu können. Mehr als die Hälfte der befragten pflegenden Angehörigen ist der Ansicht, dass die Höhe des Pflegegelds nicht ausreicht, um den Pflegebedarf finanziell zu decken.

---

30 Siehe [www.familieundberuf.at/services/der-berufundfamilie-index](http://www.familieundberuf.at/services/der-berufundfamilie-index) und [www.unternehmen-fuer-familien.at/best-practices](http://www.unternehmen-fuer-familien.at/best-practices)

80. Der subjektive Gesundheitszustand ist bei pflegenden Angehörigen erheblich schlechter als bei Nichtpflegenden. Es werden verstärkte Unterstützungsmaßnahmen erforderlich sein, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu fördern, indem beispielsweise das Bewusstsein der Arbeitgeber geschärft wird und Gruppen von derzeit von bestimmten Leistungen ausgegrenzten Arbeitnehmern wie Selbständigen ebenfalls Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen gewährt wird.

### **3.4 Steuer- und Transfersysteme so gestalten, dass hohe Einkommensverluste abgefedert und Chancenungleichheiten verringert werden**

81. Das Steuer- und Transfersystem spielt bei der Förderung der Aufstiegsmobilität und der Reduzierung der Abstiegsmobilität, sowohl zwischen den Generationen als auch im Lebensverlauf, eine wichtige Rolle. Sozialtransfers schützen vor hohen Einkommensverlusten im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder der Geburt eines Kindes und helfen damit, Abstiegsmobilität zu verhindern. Sie können auch Aufstiegsmobilität fördern, indem sie Menschen dabei unterstützen, ihr Einkommenspotenzial zu wahren und weiterzuentwickeln und in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren. Durch Steuern werden nicht nur die Mittel aufgebracht, die notwendig sind, um über die Finanzierung von Sozialtransfers oder Investitionen in Bildung und Gesundheitswesen Chancengleichheit zwischen benachteiligten und bessergestellten Personengruppen herzustellen. Sie können auch zusätzliche Anreize schaffen, eine Arbeit aufzunehmen, die Arbeitszeiten auszuweiten oder Vermögenswerte zu schaffen. Ist ein Steuer- und Transfersystem nicht gut ausgestaltet, kann es Aufstiegsmobilität mindern, indem zu wenige Arbeitsanreize geschaffen oder möglicherweise bestehende Chancenungleichheiten verfestigt werden.

### **Österreich leistet wirksamen Schutz vor Verdienstauffälligkeiten durch Arbeitslosigkeit**

82. Österreich stellt Personen und Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, eine angemessene Einkommenssicherung durch ein dreistufiges Unterstützungssystem zur Verfügung. Arbeitsuchende, die die Kriterien im Hinblick auf Beschäftigungs- und Sozialversicherungszeiten erfüllen, haben grundsätzlich Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG), das generell 55 % des bisherigen Nettoverdiensts ersetzt. Das entspricht dem OECD-Durchschnittswert in der Anfangsphase der Arbeitslosigkeit für eine alleinstehende Person mit einem bisherigen Durchschnitts-Nettoverdienst (Abbildung 12, Teil A). ALG-Leistungen werden für einen

relativ kurzen Zeitraum von maximal 20 Wochen gezahlt;<sup>31</sup> danach haben Arbeitssuchende Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung in Form der Notstandshilfe (NH). Die Notstandshilfe beträgt normalerweise bis zu 92% des bisher erhaltenen Arbeitslosengeldes und kann prinzipiell unbegrenzt bezogen werden.<sup>32</sup> Das ist im Vergleich zu den meisten anderen OECD-Ländern relativ großzügig: Dort erhalten Langzeitarbeitslose meist geringere Sozialhilfeleistungen, eventuell ergänzt durch Wohngeld.<sup>33</sup>

**Abbildung 12:** Österreich stellt Arbeitslosen angemessene Einkommensunterstützung zur Verfügung



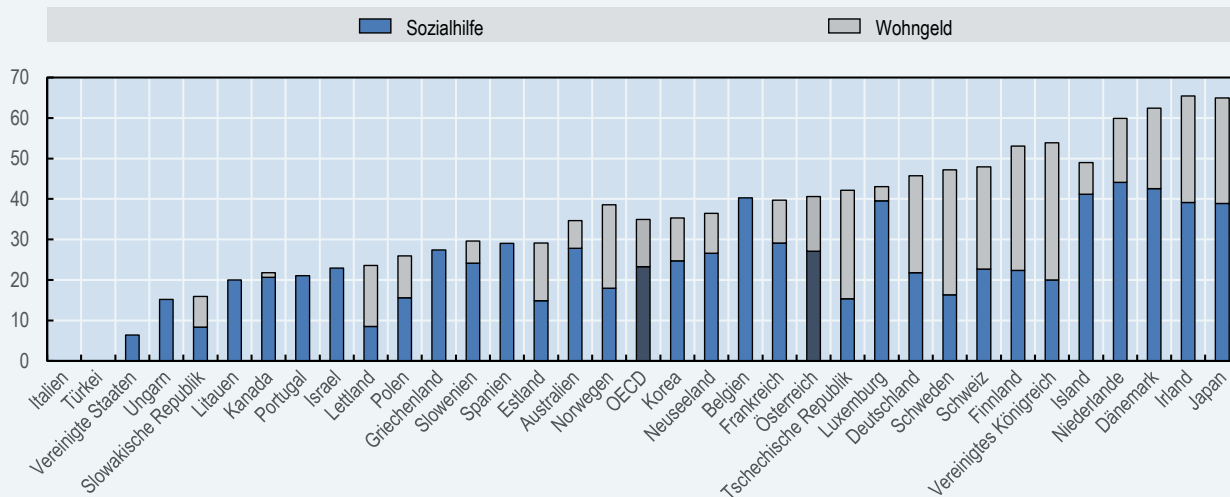
31 Diese Dauer ist üblich für Personen, die in den letzten 24 Monaten mindestens 52 Wochen lang einer versicherungspflichtigen Tätigkeit nachgegangen sind. Bei Arbeitssuchenden, die älter sind und länger Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, erhöht sich die Bezugsdauer auf maximal 52 Wochen für über 50-Jährige, die mindestens 9 Jahre versicherungspflichtig beschäftigt waren.

32 Bis Mitte 2018 wurde das Einkommen des Partners / der Partnerin auf die Notstandshilfe angerechnet.

33 Nach 18 Monaten Arbeitslosigkeit erhält eine alleinstehende Person mit einem bisherigen Verdienst in Höhe des nationalen Durchschnittsgehalts in Österreich 51% des bisherigen Verdiensts; im OECD-Durchschnitt sind es 38%, in Deutschland beispielsweise 34%. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat in Österreich in den letzten Jahren zugenommen: Der Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit stieg zwischen 2007 und 2017 von 27,2% auf 33,4% (im OECD-Durchschnitt lag dieser Wert 2017 bei 31,0%; OECD (2018 [8])).

**Teil B: Leistungen bei Erwerbslosigkeit für Arbeitsuchende ohne entsprechende Beschäftigungs- und Sozialversicherungszeiten**

**Sozialhilfe und Wohngeld für eine alleinstehende Person in Prozent des verfügbaren Medianeinkommens, 2018 (2019 für Österreich)**



**Hinweis:** Die Daten für Österreich für 2019 sind vorläufig. **Teil A:** Berechnungen für eine alleinstehende Person ohne Kinder mit einem bisherigen Verdienst in Höhe des Durchschnittsgehalts. Sofern zutreffend, wird davon ausgegangen, dass Wohngeld und Sozialhilfeleistungen als Zahlungen erfolgen. **Teil B:** Für Österreich bezieht sich Sozialhilfe auf die sogenannte bedarfsorientierte Mindestsicherung, Wohngeld umfasst die für das Wohnen vorgesehene Leistung im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung sowie einen Mietzuschuss für Personen mit hohen Wohnkosten, die sogenannte Mietbeihilfe. In beiden Fällen wurden für die Simulationen die Bezugsgrößen von Wien genutzt.

**Quelle:** OECD Steuer- und Transfermodell, [www.oecd.org/social/benefits-and-wages.htm](http://www.oecd.org/social/benefits-and-wages.htm)

83. Erwerbsfähige Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen, die keinen Anspruch auf versicherungsbasierte ALG- oder NH-Leistungen haben, oder Personen mit einem niedrigen Einkommen aus solchen Leistungen oder aus Beschäftigung, können Anspruch auf die beitragsunabhängige bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) haben.<sup>34</sup> Bis 2019 waren die Höhe der BMS und die Anspruchsvoraussetzungen nicht überall gleich: 2019 belief sich die BMS beispielsweise in Wien für eine alleinstehende Person auf rund 885 Euro, einschließlich der für das Wohnen vorgesehenen Summe in Höhe von 25%. Im Verhältnis zum Medianeinkommen liegt dies über dem OECD-Durchschnitt und zwischen der Höhe der Leistungen in Frankreich und Deutschland (Abbildung 12, Teil B). Mit der jüngsten BMS-Reform im Jahr 2019 (Sozialhilfe-Grundsatzgesetz) wurden die Zulassungskriterien harmonisiert und ein Höchstsatz von 885 Euro für eine alleinstehende Person festgelegt.

34 Die BMS löste 2010 die neun bundesländerspezifischen Sozialhilferegeln ab. Auf Bundesebene konnten nun allgemeine Mindestrichtlinien, Leistungssätze und einige Anspruchsvoraussetzungen festgelegt werden. Mit der jüngsten Reform Mitte 2019 (Sozialhilfe-Grundsatzgesetz) wurden die Leistungs- und Anspruchsberechtigungsregeln weiter harmonisiert. Sie wird Anfang 2020 in Kraft treten.

Viele Haushalte, die BMS beziehen, erzielen zumindest gewisse Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder aus der Arbeitslosenversicherung – eine weitere große Empfängergruppe bilden Jugendliche und Migrantinnen und Migranten, die keine Sozialversicherungszeiten nachweisen können. Mit der BMS-Reform wurden die Leistungssätze für Personen mit unzureichenden Deutschkenntnissen gekürzt. Während die Leistungssätze für Alleinerziehende und Menschen mit Behinderungen angehoben wurden, wurden die Höchstsätze für die Unterstützung von Kindern stark degressiv gestaltet und damit die BMS für Familien mit mehreren Kindern deutlich gesenkt.<sup>35</sup> Die Umsetzung der Reform auf Landesebene ist für Anfang 2020 geplant (Parlament der Republik Österreich, 2019 [35])

84. Das österreichische Transfersystem ist insgesamt vergleichsweise wirksam, was das Aufstocken niedriger Einkommen anbelangt – die Armutsquote unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zählt zu den zehn niedrigsten im OECD-Raum und lag 2015 bei 8,7% (die Armutsquote vor Steuern und Transferleistungen liegt bei 20,9%).

### Österreich könnte noch mehr Unterstützung im Beschäftigungsbereich für Arbeitsuchende leisten, insbesondere für Empfängerinnen und Empfänger von BMS, um die Aufstiegsmobilität zu verbessern

85. Die Anforderung, sich aktiv auf Arbeitssuche zu begeben, kann in Verbindung mit einer qualitativ hochwertigen Unterstützung im Beschäftigungsbereich ein wirksames Mittel sein, um Zeiten der Arbeitslosigkeit und damit die Verstetigung eines niedrigen Einkommens zu reduzieren und die Aufstiegsmobilität am unteren Ende der Einkommensverteilung zu gewährleisten.
86. Registrierte Arbeitsuchende zu aktiver Stellensuche zu motivieren und sie hierbei zu unterstützen scheint in Österreich eine Politikpriorität zu sein. Empfängerinnen und Empfänger aller drei Formen der Sozialleistungen (ALG, NH und BMS) im erwerbsfähigen Alter müssen sich beim AMS registrieren lassen und aktiv auf Arbeitssuche begeben, um Leistungen zu erhalten, und können mit Sanktionen belegt werden, wenn sie geeignete Stellenangebote ablehnen. Die für aktive Arbeitsmarktprogramme zur Verfügung stehenden Mittel scheinen weitgehend ausreichend zu sein: Die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme beliefen sich 2016 auf 0,58% des BIP, womit sie EU-weit im oberen Bereich lagen und mehr als doppelt so hoch waren wie in Deutschland (0,26%). Dies erklärt sich jedoch teilweise durch die höhere An-

---

35 Für das erste Kind werden 25% des Leistungssatzes eines Erwachsenen berechnet, für das zweite Kind 15% und ab dem dritten Kind 5%.

zahl an Arbeitsuchenden: Sowohl im Hinblick auf die Zahlen zur aktiven Programmteilnahme als auch bei den Ausgaben für Interventionen auf dem Arbeitsmarkt pro Arbeitsuchendem lag Österreich 2016 im Mittelfeld und in beiden Bereichen nur geringfügig vor Deutschland (Eurostat, 2018 [36]; 2018 [37]).

87. Die österreichischen Bundesländer haben lange Zeit keinen besonderen Schwerpunkt auf Arbeitsanreize und die systematische Aktivierung von Leistungsempfängerinnen und -empfängern mit Mindesteinkommen gelegt; dies ändert sich jedoch seit Einführung der BMS langsam. Heute stehen BMS-Empfängerinnen und -Empfängern im erwerbsfähigen Alter grundsätzlich dieselben Aktivierungs- und Unterstützungsleistungen des AMS zur Verfügung wie den Empfängerinnen und Empfängern versicherungsbasierter Leistungen (d. h. ALG und NH). Die Sozialämter leiten die Daten zu BMS-Empfängerinnen und -Empfängern im erwerbsfähigen Alter monatlich an das AMS weiter; das AMS wiederum lädt Informationen zur Teilnahme der Empfängerinnen und Empfänger an Programmen und mögliche Verstöße gegen die Verpflichtung zur aktiven Arbeitssuche in eine zentrale Datenbank, die von den Sozialämtern abgerufen werden kann. In den letzten Jahren und vor der BMS-Reform haben einige Bundesländer darüber hinaus die Höhe der Leistungen angepasst und finanzielle Anreize zur Arbeitsaufnahme eingeführt. In Wien ging die Entwicklung beispielsweise ausdrücklich hin zu einem Ansatz der „gegenseitigen Verpflichtung“ für BMS-Empfängerinnen und -Empfänger; hier wurden außerdem differenzierte Sätze für jugendliche und inaktive Empfängerinnen und Empfänger sowie Einmalzahlungen bei Aufnahme einer Arbeit eingeführt. Wie oben erwähnt werden die Bundesländer mit der Umsetzung des neuen Sozialhilfe-Grundgesetzes im Laufe des Jahres 2019 weniger Spielraum haben, leistungsrechtliche Regelungen auf lokaler Ebene anzupassen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Umsetzung der BMS-Reform auf Bundesländerebene die Beibehaltung spezifischer Regelungen ermöglicht. Der Regelsatz wurde ferner als „maximaler“ Satz angegeben, was bedeutet, dass die Bundesländer gegebenenfalls niedrigere, aber keine höheren Sätze festsetzen können.
88. Doch es gibt noch immer Möglichkeiten, die Unterstützung im Beschäftigungsbereich zu verbessern und die systematische Aktivierung von BMS-Empfängerinnen und BMS-Empfängern sicherzustellen. Die Fallbelastung der AMS-Sachbearbeiterinnen und AMS-Sachbearbeiter ist beispielsweise zu hoch: Eine AMS-Mitarbeiterin bzw. ein AMS-Mitarbeiter in Wien ist im Durchschnitt für 250 Arbeitsuchende gleichzeitig zuständig, was dazu führt, dass für ein monatliches Gespräch jeweils rund fünf bis sieben Minuten zur Verfügung stehen. Damit bleibt zu wenig Zeit, um qualitativ hochwertige Unterstützung bei der Stellensuche zu leisten und die Arbeitsuchenden in die Programme zu vermitteln, von denen sie wahrscheinlich am meisten profitieren würden. Darüber hinaus unterscheiden sich die Unterstützungs- und Aktivierungsmaßnahmen, die den BMS-Empfängerinnen und BMS-Empfängern

angeboten werden, erheblich. Es gibt weiterhin keine einheitlichen Mindeststandards über die Bundesländer hinweg, weder für die Höhe der Zahlungen noch im Hinblick auf die Rechte und Verpflichtungen der Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Dies ermöglicht es den Bundesländern, ihre Unterstützungsleistungen an örtliche Gegebenheiten anzupassen, führt jedoch auch zu unberechtigten Unterschieden bei der Höhe der Leistungen, den bei der Bedürftigkeitsprüfung angelegten Kriterien oder im Hinblick darauf, in welchem Maße die Einhaltung der Verpflichtung zur aktiven Arbeitssuche überwacht und eingefordert wird.

### Die jüngsten Senkungen der Grenzsteuersätze für Geringverdiener sollten (Vollzeit-)Beschäftigung fördern, doch Menschen am untersten Ende der Skala profitieren eventuell nicht davon

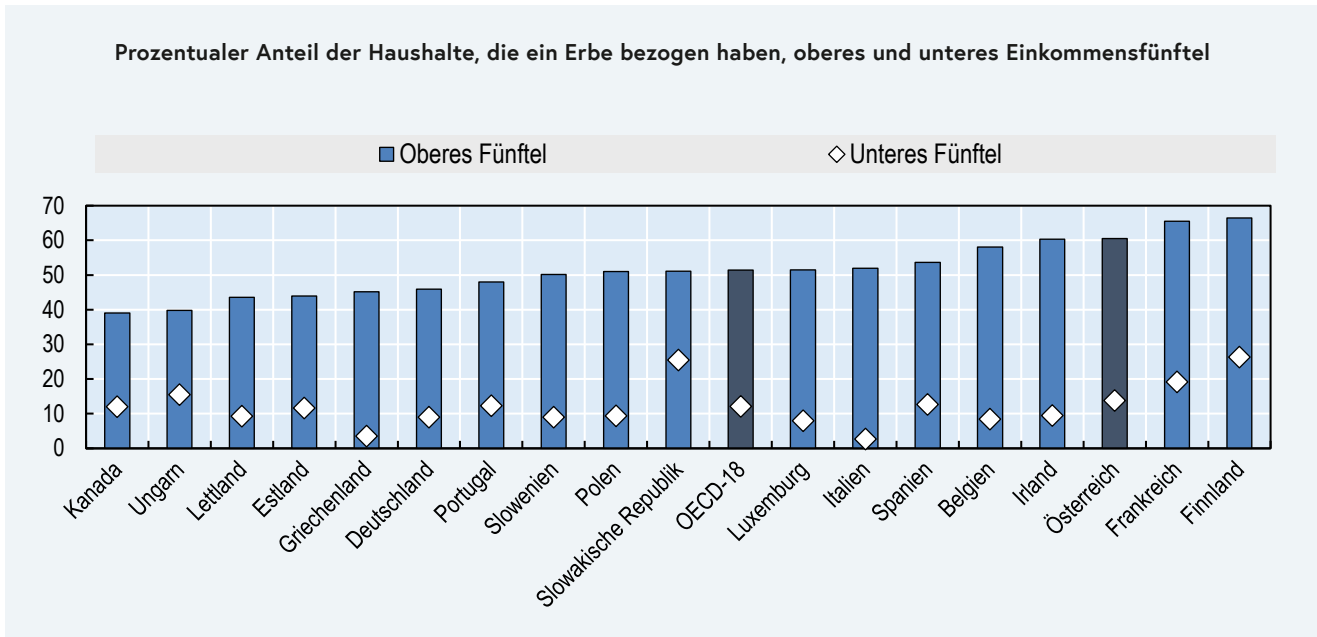
89. Österreich hat Maßnahmen ergriffen, um die Steuerlast für Geringverdiener zu senken und damit stärkere Arbeitsanreize zu schaffen und das verfügbare Einkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung zu erhöhen. Im Rahmen einer großen Steuerreform 2016 wurden in Österreich zwei neue Tarifstufen eingeführt und damit die bisher hohen Grenzsteuersätze in den unteren Einkommensschichten erheblich gesenkt. Mit der Reform wurden außerdem die Regelungen zur Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für Geringverdiener ausgeweitet, eine Maßnahme, mit der Beschäftigung gefördert wird, da sie im Wesentlichen wie eine negative Einkommensteuer fungiert. Beide Maßnahmen sollten stärkere Anreize für die Aufnahme einer Beschäftigung oder der Erhöhung der Arbeitszeit, insbesondere von Zweitverdienern, schaffen. Mit der Einführung des Familienbonus Plus 2019, der auch den bisherigen Kinderfreibetrag ersetzt, wurde die Steuerlast für Familien mit Kindern gesenkt, wie in [Abbildung 11](#) dargestellt. Derartige Steuer-senkungen können zwar ein wirksamer Anreiz für die Aufnahme einer (Vollzeit-) Beschäftigung sein und das verfügbare Haushaltseinkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung erhöhen, sie kommen jedoch nur Haushalten zugute, die einkommensteuerpflichtig sind; Menschen mit einem sehr geringen Verdienst, darunter viele Teilzeitkräfte, profitieren demnach nicht davon.



## Österreich sollte Vermögens- oder Erbschaftssteuern als ein Mittel in Betracht ziehen, der Konzentration von Vermögenswerten entgegenzuwirken und Chancenungleichheiten abzubauen

90. Während die Einkommen in Österreich relativ gleichmäßig verteilt sind (Gini-Index von 0,28 im Jahr 2016, im Vergleich zu 0,32 im OECD-Durchschnitt), ist das Haushaltsvermögen stark konzentriert. 2014 besaßen die wohlhabendsten 10 % der österreichischen Haushalte 56 % des Haushaltsvermögens; das ist der achthöchste Wert unter den 27 OECD-Ländern, für die Daten verfügbar sind (Balestra and Tonkin, 2018 [38]). Dies spiegelt zum Teil die niedrige Wohneigentumsquote von rund 30 % in Österreich wider – nur in Kanada, den Vereinigten Staaten, Dänemark, Norwegen und den Niederlanden liegt der Wert noch darunter. Im Ländervergleich ist erkennbar, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem weit verbreiteten Vorhandensein von Wohneigentum und einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung. Andererseits haben finanzielle Vermögenswerte in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern einen weitaus höheren Anteil am Gesamt-Bruttovermögen der Haushalte.
91. Es besteht jedoch auch ein Zusammenhang zwischen der hohen Konzentration von Vermögenswerten und der Tatsache, dass Eigentum und andere Vermögenswerte oder Erbschaften in Österreich nicht oder nur geringfügig besteuert werden. Der Anteil der Vermögenssteuer an den Steuereinnahmen war 2017 der sechsniedrigste im gesamten OECD-Raum (OECD, 2018 [39]). Österreich hat jedoch im Zuge der Steuerreform 2016 die Kapitalertragssteuer und den Einkommensteuersatz für die Veräußerung von Grundstücken angehoben.
92. Die Einführung von Steuern auf Vermögenswerte oder auf die Übertragung von Vermögenswerten wäre eine Möglichkeit, die hohe Vermögenskonzentration zu reduzieren und gleichzeitig Gelder einzunehmen, mit denen die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit weiter gesenkt werden kann. Auch Erbschafts- und Schenkungssteuern – diese wurden in Österreich 2008, einem internationalen Trend folgend, abgeschafft – können dazu beitragen, den sogenannten „Sticky-Ceiling“-Effekt abzumildern, d. h. dass Vermögenswerte nicht mehr nur bei den Wohlhabenden „hängenbleiben“ und die intergenerationelle soziale Mobilität gestärkt wird. Vererbung kann die soziale Mobilität beeinträchtigen, insbesondere wenn Vermögen am oberen Rand der Verteilung konzentriert ist und mit anderen Vorteilen verbunden ist, die wohlhabende Eltern ihren Kindern bieten (engagiertere Elternschaft, bessere Schulbildung, soziales Kapital usw.) (Reeves, 2017 [40]). Tatsächlich erhalten 61 % der 20 % der reichsten österreichischen Haushalte eine Erbschaft (OECD-Durchschnitt: 51 %), während dies nur bei 14 % der 20 % der am wenigsten wohlhabenden Haushalte (OECD: 12 %) der Fall ist (Abbildung 13)

Abbildung 13: Vermögendere Haushalte erben deutlich häufiger



Quelle: Balestra and Tonkin (2018 [38]) auf Grundlage der OECD Wealth Distribution Database

93. Jüngste Untersuchungen der OECD gelangen zu dem Schluss, dass im Hinblick auf Gerechtigkeit und Wirksamkeit mit gut konzipierten Kapitalertragssteuern – einschließlich Steuern auf Kapitalgewinne – und Erbschafts- und Schenkungssteuern besser gefahren wird als mit einer zusätzlichen Netto-Vermögenssteuer, auch wenn Letztere ein (unzureichender) Ersatz für diese Steuern sein kann (OECD, 2018 [41]). In Ermangelung einer Erbschaftsbesteuerung spielen Erbschaften in Österreich eine größere Rolle als in den meisten anderen Euro-Ländern (Leitner, 2015 [42]). Eine bessere Angleichung von Erbschafts-, Vermögens- und Immobilienbesteuerung an vergleichbare OECD-Länder könnte dazu beitragen, die Ungleichheiten im Vermögen abzubauen und die soziale Mobilität zu fördern.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Altzinger, W. et al. (2013)**, "Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich", Statistische Nachrichten, Vol. 68/1, pp. 48–62. [44]
- Arbeitsmarktservice (2018)**, Karrierekompass – Kindergartenpädagogin/-pädagogin (Elementarpädagogin/-pädagogin), [https://www.karrierekompass.at/berufe/1920-Kindergartenpaedagoge~Kindergartenpaedagogin\\_Elementarpaedagoge~Elementarpaedagogin/](https://www.karrierekompass.at/berufe/1920-Kindergartenpaedagoge~Kindergartenpaedagogin_Elementarpaedagoge~Elementarpaedagogin/) (accessed on 10 June 2019). [16]
- Bacher, J. (2015)**, "Indexbasierte Finanzierung des österreichischen Schulsystems. Zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen", Schulverwaltung Aktuell – Zeitschrift für Schulentwicklung und Schulmanagement, Vol. 2010/4, pp. 102–105. [24]
- Balestra, C. and R. Tonkin (2018)**, "Inequalities in household wealth across OECD countries: Evidence from the OECD Wealth Distribution Database", Statistics and Data Working Paper, No. 2018/01, OECD, Paris, <https://doi.org/10.1787/7e1bf673-en>. [38]
- Bergmann, N. et al. (2017)**, Männer und Vereinbarkeit von Beruf und Familie in männerdominierten Branchen: Betriebliche Fallbeispiele, L&R Sozialforschung, Vienna, Austria, [http://maennerundvereinbarkeit.at/wp-content/uploads/2017/01/Bericht\\_Betriebliche-Fallbeispiele\\_LR\\_2017.pdf](http://maennerundvereinbarkeit.at/wp-content/uploads/2017/01/Bericht_Betriebliche-Fallbeispiele_LR_2017.pdf). [32]
- Biasi, B. (2019)**, "School Finance Equalization Increases Intergenerational Mobility: Evidence from a Simulated Instruments Approach", NBER Working Paper, Vol. 25600, <http://www.nber.org/papers/w25600>. [26]
- BMASGK (2018)**, Angehörigenpflege in Österreich Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke, <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=664>. [34]
- Bruneforth, M. et al. (eds.) (2016)**, Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen, Leykam Buchverlagsgesellschaft m. b.H., Graz, <http://dx.doi.org/10.17888/nbb2015-2>. [25]
- Buzek, A. (2017)**, Arbeitsmarktdatenbank (AMDB) Tabellenbeschreibung UNI-Status, AMS & Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, [https://arbeitsmarktdatenbank.at/docs/Beschreibung\\_AM-Datenbank-Tabellen%20Uni\\_Status.pdf](https://arbeitsmarktdatenbank.at/docs/Beschreibung_AM-Datenbank-Tabellen%20Uni_Status.pdf). [48]
- Causa, O. and Å. Johansson (2010)**, "Intergenerational Social Mobility in OECD Countries", OECD Journal: Economic Studies, Vol. 2010/1, [https://dx.doi.org/10.1787/eco\\_studies-2010-5km33scz5rjj](https://dx.doi.org/10.1787/eco_studies-2010-5km33scz5rjj). [22]
- D'Addio, A. (2007)**, "Intergenerational Transmission of Disadvantage: Mobility or Immobility Across Generations?", OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 52, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/217730505550>. [21]

- Eurostat (2019)**, Early leavers from education and training by sex and country of birth, [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat\\_lfse\\_02&lang=en](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat_lfse_02&lang=en). [20]
- Eurostat (2018)**, Activation-Support - LMP participants per 100 persons wanting to work, [https://webgate.ec.europa.eu/empl/redisstat/databrowser/view/LMP\\_IND\\_ACTSUP/default/table?category=lmp\\_indic](https://webgate.ec.europa.eu/empl/redisstat/databrowser/view/LMP_IND_ACTSUP/default/table?category=lmp_indic). [37]
- Eurostat (2018)**, LMP expenditure, [https://webgate.ec.europa.eu/empl/redisstat/databrowser/view/LMP\\_IND\\_EXP/default/table?category=lmp\\_indic](https://webgate.ec.europa.eu/empl/redisstat/databrowser/view/LMP_IND_EXP/default/table?category=lmp_indic). [36]
- Fessler, P., P. Mooslechner and M. Schürz (2011)**, “Intergenerational transmission of educational attainment in Austria”, *Empirica*, Vol. 39/1, pp. 65-86, <http://dx.doi.org/10.1007/s10663-010-9156-x>. [5]
- Fessler, P. and A. Schneebaum (2012)**, “Gender and Educational Attainment Across Generations in Austria”, *Feminist Economics*, Vol. 18/1, pp. 161-188, <http://dx.doi.org/10.1080/13545701.2012.657661>. [43]
- Leitner, S. (2015)**, Auf einen Blick Vermögensungleichheit und die Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/11473.pdf>. [42]
- OECD (2019)**, “Education at a glance: Educational attainment and labour-force status”, OECD Education Statistics, <https://dx.doi.org/10.1787/889e8641-en>. [50]
- OECD (2019)**, OECD Income Distribution Database (IDD), <http://oe.cd/idd>. [2]
- OECD (2018)**, A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264301085-en>. [1]
- OECD (2018)**, Education at a Glance 2018: OECD Indicators, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/eag-2018-en>. [15]
- OECD (2018)**, Equity in Education: Breaking Down Barriers to Social Mobility, PISA, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264073234-en>. [7]
- OECD (2018)**, OECD Employment Outlook 2018, OECD Publishing, Paris, [https://dx.doi.org/10.1787/empl\\_outlook-2018-en](https://dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2018-en). [8]
- OECD (2018)**, Revenue Statistics 2018, OECD Publishing, Paris, [https://dx.doi.org/10.1787/rev\\_stats-2018-en](https://dx.doi.org/10.1787/rev_stats-2018-en). [39]
- OECD (2018)**, Social Expenditure Database (SOCX), <http://www.oecd.org/social/expenditure.htm>. [11]
- OECD (2018)**, The OECD Tax-Benefit Model for Austria: Description of policy rules for 2018, <http://www.oecd.org/els/soc/TaxBEN-Austria-2018.pdf>. [31]
- OECD (2018)**, The Role and Design of Net Wealth Taxes in the OECD, OECD Tax Policy Studies, No. 26, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264290303-en>. [41]
- OECD (2017)**, Dare to Share: Germany’s Experience Promoting Equal Partnership in Families, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264259157-en>. [45]
- OECD (2017)**, Education Policy Outlook: Austria, OECD, Paris, <http://www.oecd.org/education/Education-Policy-Outlook-Country-Profile-Austria.pdf>. [17]

- OECD (2017), *The Pursuit of Gender Equality: An Uphill Battle*, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264281318-en>. [33]
- OECD (2016), LMF1.1 Children in households by employment status, OECD Family Database, <http://www.oecd.org/social/family/database.htm>. [30]
- OECD (2016), LMF1.2 Maternal employment, OECD Family Database, [http://www.oecd.org/els/soc/LMF\\_1\\_2\\_Maternal\\_Employment.xlsx](http://www.oecd.org/els/soc/LMF_1_2_Maternal_Employment.xlsx). [9]
- OECD (2016), PF3.3 Informal childcare arrangements, OECD Family Database, <http://www.oecd.org/els/family/PF3-3-Informal-childcare-arrangements.xlsx>. [14]
- OECD (2016), *PISA 2015 Results (Volume I): Excellence and Equity in Education*, PISA, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264266490-en>. [6]
- OECD (2016), *Skills Matter: Further Results from the Survey of Adult Skills*, OECD Skills Studies, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264258051-en>. [28]
- OECD (2016), *Society at a Glance 2016: OECD Social Indicators*, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264261488-en>. [19]
- OECD (2015), *OECD Economic Surveys: Austria 2015*, OECD Publishing, Paris, [https://dx.doi.org/10.1787/eco\\_surveys-aut-2015-en](https://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2015-en). [29]
- OECD (2014), *Are grouping and selecting students for different schools related to students' motivation to learn?*, OECD, Paris, [https://www.oecd.org/pisa/pisaproducts/pisainfocus/pisa-in-focus-n39-\(eng\)-final.pdf](https://www.oecd.org/pisa/pisaproducts/pisainfocus/pisa-in-focus-n39-(eng)-final.pdf). [23]
- OECD (2013), *OECD Skills Outlook 2013: First Results from the Survey of Adult Skills*, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264204256-en>. [18]
- OECD (2010), *Economic Policy Reforms 2010: Going for Growth*, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/growth-2010-en>. [4]
- OECD (2008), *Growing Unequal?: Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, OECD Publishing, Paris, <https://dx.doi.org/10.1787/9789264044197-en>. [3]
- Parlament der Republik Österreich (2019), *Sozialhilfe-Grundsatzgesetz*, <http://www.parlament.gv.at>. [35]
- Reeves, R. (2017), *Dream hoarders: How the American upper middle class is leaving everyone else in the dust, why that is a problem, and what to do about it*, Brookings Institution Press. [40]
- Rille-Pfeiffer, C., H. Dearing and A. Schmidt (2018), "Austria country note", in Blum, S. et al. (eds.), *International Review of Leave Policies and Research 2018*, International Network on Leave Policies & Research, [http://www.leavenetwork.org/lp\\_and\\_r\\_reports/](http://www.leavenetwork.org/lp_and_r_reports/). [47]
- Schneebaum, A., B. Rimplmaier and W. Altzinger (2015), "Gender and migration background in intergenerational educational mobility", *Education Economics*, Vol. 24/3, pp. 239–260, <http://dx.doi.org/10.1080/09645292.2015.1006181>. [10]
- Schnitzer, M. and W. Altzinger (2013), "Intergenerational transmission of socio-economic conditions in Austria in the context of European welfare regimes", *Momentum Quarterly*, Vol. 2/3, pp. 108–126, <http://epub.wu.ac.at/5661/>. [51]

- Schratzenstaller, M. and F. Dellinger (2017)**, Genderdifferenzierte Lenkungswirkungen des Abgabensystems, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien, [https://www.bmf.gv.at/ministerium/WIFO\\_Studie\\_Genderdifferenzierte\\_Lenkungswirkungen\\_Abgabensy.pdf?67rupe](https://www.bmf.gv.at/ministerium/WIFO_Studie_Genderdifferenzierte_Lenkungswirkungen_Abgabensy.pdf?67rupe). [46]
- Statistik Austria (2012)**, Methodenbericht EU-SILC 2012, [http://www.statistik.at/web\\_de/frageboegen/private\\_haushalte/eu\\_silc/index.html](http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html). [49]
- Statistik Austria (2019)**, Bildungsbezogenes Erwerbskarrierenmonitoring – BibEr, [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bildung/bildungsbezogenes\\_erwerbskarrierenmonitoring\\_biber/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/bildungsbezogenes_erwerbskarrierenmonitoring_biber/index.html). [27]
- Statistik Austria (2018)**, Kinderbetreuungsquoten nach Einzeljahren 2017, [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bildung/kindertagesheime\\_kinderbetreuung/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/kindertagesheime_kinderbetreuung/index.html). [12]
- Till, M., J. Klotz and C. Siegert (2018)**, Eingliederungsindikatoren 2017 – Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich, Statistik Austria, Vienna, [https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/6/5/CH3434/CMS1553498749511/eingliederungsindikatoren\\_2017\\_statfinal\\_rev1\\_2.pdf](https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/6/5/CH3434/CMS1553498749511/eingliederungsindikatoren_2017_statfinal_rev1_2.pdf). [13]

# Vermögen der privaten Haushalte in Österreich

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Pirmin Fessler  
Martin Schürz

Die österreichische Nationalbank erhebt im Rahmen des Eurosystems seit 2010 Daten zu den Finanzen der privaten Haushalte in Österreich. Im ersten Teil dieses Beitrags liegt der Fokus auf relevanten Ergebnissen zur Verteilung von Vermögen. Es werden Ergebnisse zur steigenden Bedeutung von Vermögen und Erbschaften und zur Stabilität der Vermögensungleichheit über die Zeit präsentiert. Im zweiten Teil wird die Perspektive auf die privaten Haushalte verschoben und es werden Spezifika zu den sozioökonomischen Charakteristika und Einstellungen der Haushalte besprochen. Der Fokus liegt hier auf Hindernissen für die soziale Mobilität und ergänzt die OECD Studie *„Förderung der sozialen Mobilität in Österreich“*.

In diesem Beitrag verwenden wir die Daten des Household Finance and Consumption Surveys (HFCS) des Eurosystems, der für Österreich die einzige Datenquelle zum Vermögen der privaten Haushalte darstellt, welche die gesamte Haushaltsbilanz umfasst, d. h. Sachvermögen, Finanzvermögen und Verschuldung der privaten Haushalte ([www.hfcs.at](http://www.hfcs.at)). Der Fokus des HFCS liegt primär auf Vermögen, aber der Datensatz beinhaltet auch Informationen zum Einkommen und den Ausgaben. Auf Basis der drei Wellen des HFCS 2010, 2014 und 2017 können einige empirisch gut abgesicherte Erkenntnisse über die Vermögensverteilung in Österreich präsentiert werden (Fessler, Lindner und Schürz 2019).

Vermögen dient den meisten Menschen zur Absicherung in Notfällen und für Konsumausgaben. Sie sparen ein wenig, um außergewöhnliche Ausgaben aus den Ersparnissen abdecken zu können. In Österreich geht es dabei meist um Dinge wie ein Auto, eine Waschmaschine, einen Kühlschrank oder auch einen Urlaub.

Besonders im ländlichen Bereich, wo das Angebot an Mietwohnungen geringer ist als in Wien, sparen Menschen aber auch für ein Eigenheim. Viele können sich den Erwerb aber nur mit Unterstützung von anderen Personen leisten (Fessler und Schürz 2017). Ein finanzieller Beistand erfolgt entweder via Schenkungen und Erbschaften oder über eine Mithilfe von Familie und Freunden beim Hausbau. Jene, die im Eigenheim leben, halten einen großen Anteil ihres Vermögens direkt in Form des Eigenheims. Sie erhalten eine nicht-monetäre Rendite, weil sie keine Mietkosten zu tragen haben. Dies erlaubt ihnen langfristig auch eine höhere Sparleistung. Hilfreich für ihren Vermögensaufbau ist zudem, dass das Leben im Eigenheim steuerlich bevorzugt wird. Bei Mietzahlungen hingegen wird eine Mehrwertsteuer fällig und auf Mieteinkommen muss Einkommenssteuer gezahlt werden. Zur Veranschaulichung: Vermieten sich zwei Personen wechselseitig ihr Eigenheim, fallen höhere Steuern an, als wenn sie beide selbst in ihrer jeweiligen Immobilie leben.

Privates Vermögen und sozialstaatliche Leistungen, aber auch Ausgaben zum Schutz des Privateigentums und der Sicherheit (Militär, Polizei etc.) sind zum Teil Substitute. Je weniger der Staat solche Aufgaben übernimmt, desto wichtiger wird privates Vermögen für das Leben der Menschen. In Österreich werden die meisten Sicherheits- und Vorsorgefunktionen



vom Staat organisiert. So gibt es etwa Arbeitslosengeld, eine staatliche Pensionsvorsorge, Sozialhilfe und Gesundheitsleistungen zur Absicherung gegen ökonomische und gesundheitliche Risiken. Zusätzlich existieren Unterstützungen für Kinder und Familien. Daneben besteht ein Justiz- und Sicherheitssystem, das in Österreich das Privateigentum schützt.

Gerade für arme Menschen ist es wichtig, dass der Staat im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit einspringt. Wenn nun der Sozialstaat abgebaut wird, müssen die Menschen verstärkt für Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit sparen. Aber auch am anderen Ende der Vermögensverteilung gibt es Substitutionsbeziehungen zwischen privatem Vermögen, öffentlichem Vermögen und Dienstleistungen. Vermögende müssten ohne rechtliche und institutionelle Sicherung von Privateigentum mehr Geld für ihre persönliche Sicherheit und den Schutz ihres Privatvermögens ausgeben. Hohe Vermögenskonzentration geht mit gesellschaftlicher Macht einher und diese kann genutzt werden, um politisch Einfluss zu nehmen. So wird die Vermögenskonzentration an der Spitze auch in Österreich von großer Relevanz sein. Auf Basis der vorhandenen HFCS-Daten ist allerdings hierfür kein empirischer Beleg möglich, da der rechte Rand der Verteilung (d. h. die besonders reichen Menschen) in derartigen Befragungen nicht ausreichend erfasst wird.

Die Ungleichheit von Vermögen unterscheidet sich von der Ungleichheit von Einkommen oder den Lebensverhältnissen. So kann etwa ein bestimmtes Einkommen für einen gesunden Menschen mehr als ausreichend sein, im Falle schwerer und kostenintensiver Erkrankungen bzw. besonderer Bedürfnisse durch eine chronische Beeinträchtigung aber deutlich zu wenig sein. Je nachdem, welche Leistungen in solchen Fällen über den Sozialstaat angeboten werden, können Menschen in prekäre Situationen kommen, oder aber, etwa aufgrund eines sozialstaatlich organisierten Gesundheitssystems, keinerlei Einschränkungen erleben. Nicht nur die Verteilung der privaten Einkommen und Vermögen bestimmen somit die Verteilung von Wohlstand und Lebensqualität, sondern insbesondere auch die öffentlichen und sozialstaatlich organisierten Leistungen. Das betrifft auch keineswegs nur die ärmeren Teile der Bevölkerung. Pensionssystem, Gesundheitssystem, Bildungssystem, öffentlicher Verkehr und viele andere staatliche Leistungen sind ebenso für weite Teile der Mittelschicht bedeutsam. Und selbst für die Lebensverhältnisse der besonders vermögens- oder einkommensreichen Menschen ist der staatlich organisierte Schutz ihres Privateigentums und die öffentliche Sicherheit essentiell. Indirekt spielen auch für sie Sozialausgaben eine wichtige Rolle. Es gibt viele Länder, in denen besonders vermögende Menschen mehr Geld für den Schutz ihres Eigentums und ihre eigene Sicherheit ausgeben müssen als in Österreich.

Es ist folglich weder hinreichend, die Ungleichheit der Einkommen noch jene der privaten Vermögen isoliert zu betrachten, wenn es um Fragen von Wohlstand, Lebensverhältnissen oder Lebensqualität geht. Neben dem Einkommen und dem Vermögen spielen öffentliche Güter und Dienstleistungen und die jeweilige persönliche Lebenssituation eine große Rolle (Fessler und Schürz 2018; Schürz 2019).

# 1 Was wissen wir über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Österreich?

## 1.1 Vermögensungleichheit in Österreich: stabil?

Bei den Einkommen gibt es methodische Messprobleme, welche es erschweren, die Verteilung des gesamten Einkommens der Haushalte schätzen zu können. Für bestimmte Formen von Einkommen, wie Kapitaleinkommen oder Einkommen von Selbständigen, gibt es nur unzureichende Datenquellen.

Für den Bereich der Mitte können wir die Verteilung zwar recht präzise schätzen, aber an den Rändern der Vermögensverteilung bei den Haushalten mit dem geringsten und bei jenen mit dem höchsten Vermögen, aber insbesondere bei den sehr Vermögenden ist dies mit großer Unsicherheit verbunden. Hier können nur grobe Schätzungen auf Basis von weitreichenden Annahmen über die zugrundeliegende Verteilung angestellt werden (Vermeulen 2016).

In beiden Fällen, bei Vermögen und Einkommen, können wir, wenn wir alle Vermögens- bzw. Einkommensformen von allen Haushalten in Österreich gemeinsam analysieren wollen, nur Stichprobenerhebungen verwenden. Dabei handelt es sich um zufällig gezogene und persönlich befragte Haushalte, die über ihre Einkommens- bzw. Vermögensverhältnisse Auskunft geben.

Was diese Daten eindeutig zeigen, ist Folgendes: Seit 2010 ist die gemessene Vermögensverteilung in Österreich stabil geblieben. Was ganz an der Spitze der Verteilung in dieser Zeit möglicherweise passiert ist, bleibt aber unbekannt. [Abbildung 14](#) (siehe Seite 76) zeigt verschiedene Maßzahlen zur Vermögensverteilung. Jede Maßzahl greift einen bestimmten Aspekt der Verteilung heraus. Wenn das ganze Spektrum der Verteilung auf eine einzige Zahl reduziert wird, geht viel an Information verloren, daher ist es sinnvoll, mehrere Indikatoren zu beachten.

Der Anteil der **Top 5 Prozent** zeigt etwa an, wieviel Prozent des gesamten Vermögens der privaten Haushalte in Österreich bei jenen 5 Prozent der Haushalte, die am meisten Vermögen haben, konzentriert ist. Bei einer Gleichverteilung der Vermögen wären dies 5 Prozent. In Österreich liegt diese Maßzahl bei etwa 45 Prozent. Dies zeigt, dass eine kleine Gruppe besonders vermögender Haushalte fast die Hälfte des gesamten Vermögens besitzt. Bei den Vermögensformen dieser Top 5 Prozent handelt es sich zu einem großen Teil um produktiv eingesetztes Kapital, d. h. Anteile an Unternehmen sowie Immobilien, die vermietet oder verpachtet werden.

**P75/P25** ist eine Maßzahl, die auf die Mitte der Gesellschaft fokussiert. Sie setzt den oberen Rand der Hälfte der Haushalte, die genau in der Mitte liegen, in ein Verhältnis zum unteren Rand. Wächst diese Maßzahl, kann abgelesen werden, dass die obere Mitte sich von der unteren entfernt und die Vermögensverteilung in der Mitte ungleicher wird. In Österreich liegt diese Maßzahl 2017 bei circa 21. Das bedeutet, dass das obere Ende der mittleren 50 Prozent das 21-fache an Vermögen hat wie das untere Ende. Selbst innerhalb der Mitte gibt es also deutliche Vermögensunterschiede. Das untere Ende bei P25 verfügt über ein Vermögen von rund 13.000 Euro während P75 schon über rund 275.000 Euro verfügt.

Die Maßzahl, **Anteil untere 50 Prozent**, gibt an, wieviel Prozent des Vermögens die Hälfte der privaten Haushalte mit den niedrigsten Vermögen auf sich vereint. Die untere Hälfte verfügt in Österreich über circa 3,6 Prozent des gesamten Vermögens. Das bedeutet, dass die obere Hälfte über 96,4 Prozent des Vermögens verfügt. Aus einer Vermögensperspektive betrachtet ist somit Vermögen in Österreich fast ausschließlich ein Thema der oberen 50 Prozent der Haushalte.

Das bedeutet nicht, dass der geringe Vermögensanteil der unteren Hälfte nicht eine große Bedeutung für jene Haushalte hat, die ein kleines Vermögen besitzen. Nur sind die Charakteristika ihrer Vermögen und deren Funktionen andere. Ein Auto, welches man für die Fahrt zur Arbeit benötigt oder ein Spargbuch, auf dem man für einen Urlaub oder eine neue Waschmaschine spart, sind für Haushalte in der unteren Hälfte von grundlegender Bedeutung.

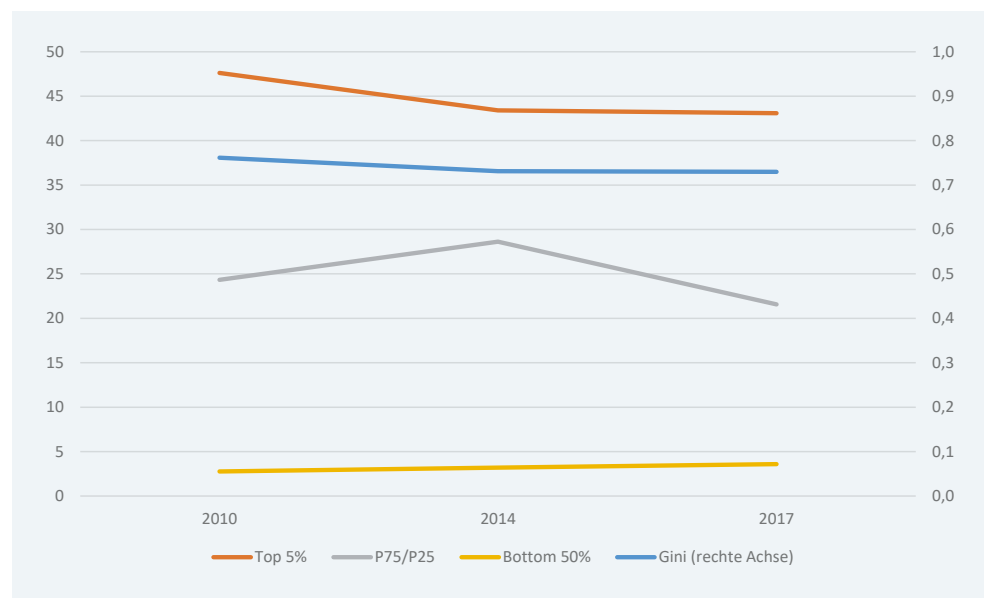
Eine häufig verwendete Maßzahl zur Beschreibung der Ungleichheit ist der **Gini-Koeffizient**. Er liegt zwischen 0 und 1, wobei 0 bedeutet, dass alle Haushalte gleich viel besitzen, während 1 anzeigt, dass ein Haushalt alles hat<sup>36</sup>. Ein Vorteil des Gini-Koeffizienten ist, dass er die gesamte Verteilung einbezieht. Dies ist zugleich aber auch sein Nachteil, da er unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der Verteilung nicht sichtbar macht. Das höchste Gewicht bei der Berechnung des Gini-Koeffizienten haben jene Werte um den Mittelwert. Bei der Nettovermögensverteilung liegt der Mittelwert bei P72. Dies bedeutet, dass der Durchschnitt recht weit oberhalb vom Median liegt, also über 71 Prozent der Haushalte weniger haben als der Durchschnitt. Und eine anschauliche Interpretation, wie etwa bei den Top-Anteilen, ermöglicht der Gini-Koeffizient nicht, da er für unzählige verschiedene Verteilungen ident sein kann. Der Gini-Koeffizient des Nettovermögens beträgt in Österreich 0,73.

---

36 Im Fall von Nettovermögen ist der Gini-Koeffizient – obwohl wohldefiniert – nicht bei 1 begrenzt, da es hier, anders als beim Einkommen, negative Werte gibt.

Ungleichheitsmaße können auch in unterschiedliche Richtungen weisen. Die eine Maßzahl kann ein Sinken der Ungleichheit anzeigen, während eine andere für denselben Datensatz einen Anstieg der Ungleichheit ausweist. Jede Maßzahl fokussiert nur auf spezifische Aspekte der Verteilung. Die Mitte kann näher zusammenrücken und gleichzeitig kann die Konzentration an der Spitze zunehmen. Es ist relativ unwahrscheinlich, dass sich alle Maßzahlen in dieselbe Richtung entwickeln. Auch für Österreich tun sie das nicht. Aber keine der Maßzahlen in [Abbildung 14](#) hat sich statistisch signifikant verändert. Die leichten Veränderungen liegen also im Bereich der Unsicherheit bei den Schätzungen auf Basis der zur Verfügung stehenden Stichproben. Insgesamt war die gemessene Ungleichheit der Vermögen in Österreich in den letzten 10 Jahren stabil.

**Abbildung 14:** Verschiedene Ungleichheitsmaße der Verteilung des Nettovermögens



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB.

## 1.2 Vermögen sind deutlich ungleicher verteilt als Einkommen

Vermögen und Einkommen unterscheiden sich in ihren Charakteristika voneinander. Die meisten Menschen erzielen Einkommen durch Arbeit. Daneben gibt es eine Vielzahl von Transfereinkommen vom Staat wie die bedarfsorientierte Sozialhilfe oder die universelle Familienbeihilfe, die vor allem für die ärmeren Haushalte oder die Mittelschicht gemessen an ihrem Einkommen bedeutsam sind. Für reiche Haushalte sind Kapitaleinkommen, Einkommen aus Zinsen und Dividenden wichtig.

Aus dem Einkommen wird gespart und so Vermögen gebildet. Ein immer größerer Teil des Vermögens wird aber über Erbschaften von Generation zu Generation weitergegeben. Das gilt insbesondere für Immobilien.

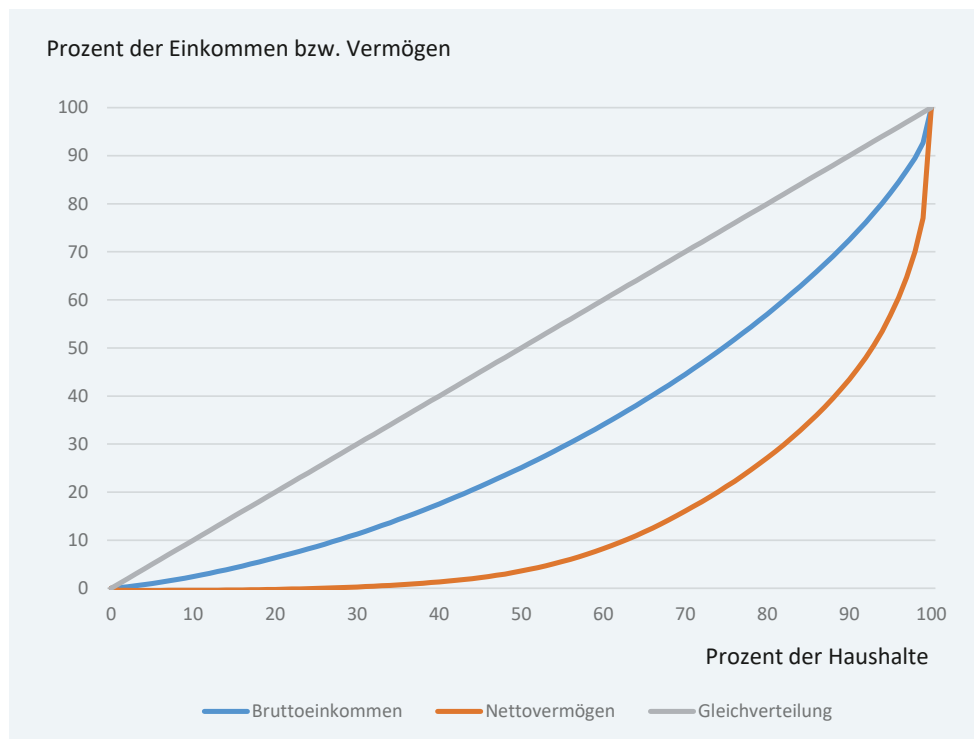
Während aus dem Einkommen die laufenden Ausgaben bestritten werden, übernimmt das Vermögen andere Funktionen. Dabei stehen Vorsorge und Nutzung für die meisten Haushalte im Vordergrund. Es wird Vermögen gebildet, um später etwas kaufen zu können oder im Falle eines Einkommensausfalls auf Ersparnisse zurückgreifen zu können. Ein Auto oder eine Immobilie wird zur Nutzung erworben. Andere Funktionen wie die Erzielung von Einkommen aus Vermögen oder Status, die Weitergabe größerer Werte an zukünftige Generationen oder die Ausübung von Macht spielen nur für eine geringe Anzahl der Haushalte mit besonders hohen Vermögen eine Rolle.

Abbildung 15 zeigt die Verteilung des Haushaltsbruttoeinkommens<sup>37</sup> und des Nettovermögens anhand sogenannter Lorenzkurven. Diese demonstrieren, wieviel Prozent der Haushalte wieviel Prozent des Einkommens bzw. des Vermögens besitzen. Die unteren 95 Prozent der Haushalte halten demnach 55 Prozent des Vermögens und die oberen 5 Prozent der Haushalte halten die restlichen 45 Prozent. Die graue Diagonale bildet die Referenzlinie einer Gleichverteilung. Bei den Bruttoeinkommen hingegen verfügen die unteren 95 Prozent über rund 80 Prozent der Einkommen, während die oberen 5 Prozent dies restlichen 20 Prozent auf sich vereinen. Es ist deutlich zu sehen, dass die Vermögensverteilung viel ungleicher ist als die Einkommensverteilung.

---

37 Im HFCS wird das Bruttoeinkommen detailliert erhoben, weswegen wir hier das Bruttoeinkommen verwenden. Das Nettoeinkommen ist aber noch gleicher verteilt als das Bruttoeinkommen.

Abbildung 15: Verteilung von Einkommen und Vermögen



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB.

### 1.3 Wer mehr Einkommen erzielt, hat nicht unbedingt mehr an Vermögen

Vermögen und Einkommen sind positiv miteinander korreliert. Wer mehr Vermögen hat, hat tendenziell auch mehr Einkommen. [Abbildung 16](#)<sup>38</sup> zeigt die gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen. Jeder Punkt bildet einen Haushalt aus der Erhebung ab. Die Größe der Punkte entspricht der Anzahl der Haushalte in Österreich, die durch den Haushalt in der Stichprobe repräsentiert werden. Links unten finden sich jene Haushalte, die sowohl in Bezug auf das Einkommen als auch auf das Vermögen in der Verteilung unten zu finden sind. Rechts oben sind jene Haushalte zu finden, die sowohl an der Spitze der Einkommens- als auch der Vermögensverteilung stehen. Alle Punkte gemeinsam bilden die Gesamtzahl privater Haushalte in Österreich ab, die etwa bei 3,9 Millionen liegt.

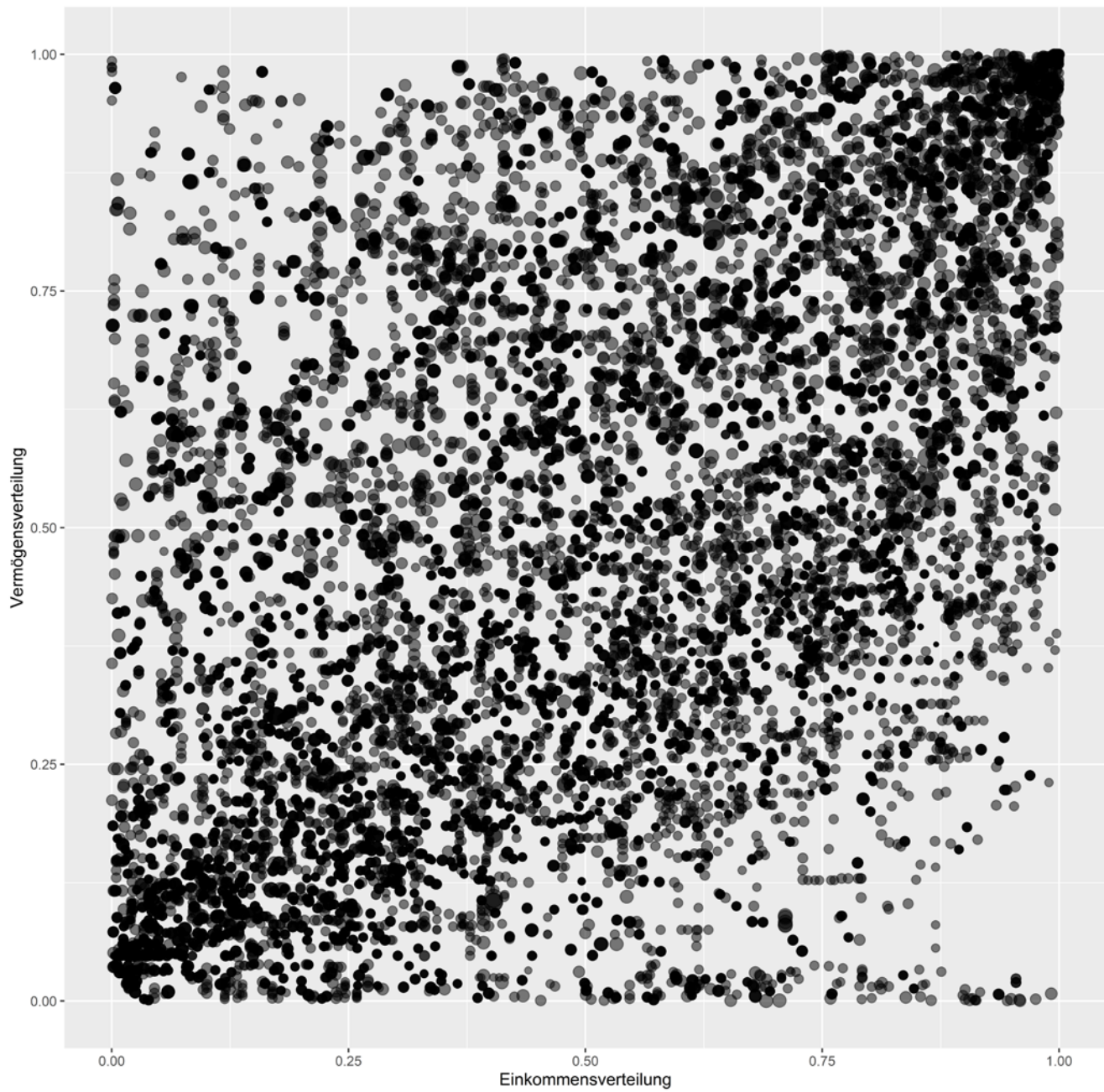
Insgesamt gibt es mehr Haushalte, die ein höheres Einkommen und ein vergleichsweise niedrigeres Vermögen aufweisen, als solche, die ein relativ höheres Vermögen mit einem

38 Zur besseren Veranschaulichung siehe [Abbildung 3](#) in Form einer 3D-Grafik: letzte Grafik im HFCS Dashboard 1/2019, [https://www.hfcs.at/docroot/1\\_2019\\_HFCS\\_DB\\_housing.html](https://www.hfcs.at/docroot/1_2019_HFCS_DB_housing.html).

niedrigen Einkommen kombinieren. Das zeigt sich daran, dass sich die dunklere Häufung im unteren Bereich eher Richtung Einkommen als Richtung Vermögen neigt.

Nur ein kleiner Teil der beobachteten Korrelation – insbesondere an der Spitze der Vermögensverteilung – lässt sich auf Einkommen aus Vermögen zurückführen. Einkommen aus Vermögen ist in zwei Formen relevant. Nicht-monetäres Einkommen entsteht aus Vermögen, da sich Menschen, welche im Eigenheim leben, die Mietkosten ersparen. Bei „imputed rent“ handelt es sich um sogenannte imputierte Mieten des Eigenheims. Sie sind für alle Eigentümerinnen und Eigentümer des Hauptwohnsitzes relevant. Dieser nicht-monetäre Vorteil ist in der Einkommensdefinition des HFCS und auch in dieser Grafik nicht berücksichtigt. Zudem gibt es ein monetäres Einkommen aus Vermögen wie etwa Zinsen und Dividenden oder Einkommen aus Vermietung. Diese werden allerdings meist nur bei Haushalten mit sehr hohen Vermögen zu einem Einkommensbestandteil, der relativ zum Einkommen aus Arbeit bedeutsam ist. Die Funktionen, die Vermögen für einen Haushalt erfüllt, ist von der Position des Haushalts in der Vermögensverteilung abhängig. Während bei Haushalten mit niedrigen Vermögen die Vorsorgefunktion des Vermögens im Vordergrund steht, kommt bei Haushalten die im Eigenheim leben die Nutzungsfunktion über das nicht-monetäre Einkommen hinzu (Fessler, Rehm und Tockner 2016). Das wird in etwa ab der Mitte der Vermögensverteilung relevant. Erst bei Haushalten mit relativ hohen Vermögen, die entweder Mieteinnahmen aus weiteren Immobilien oder Unternehmensanteile haben, wird die Vermögensfunktion des Erzielens von monetären Einkommen aus Vermögen bedeutsam.

Abbildung 16: Gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB.

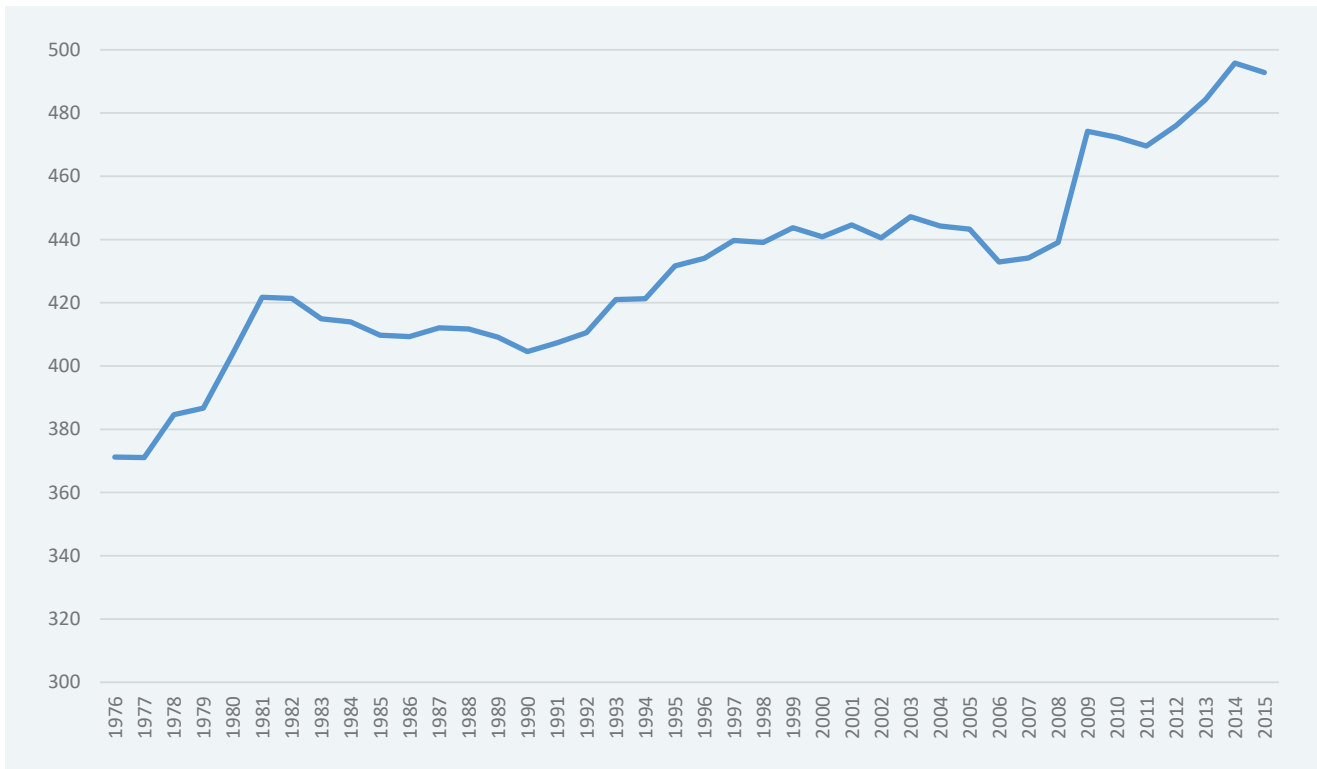


## 1.4 Erbschaften bestimmen die Vermögensposition entscheidend

In der ersten Nachkriegsgeneration waren für weite Teile der Bevölkerung in Österreich vor allem das eigene Einkommen und die Sparleistung relevant für ihre Position in der Vermögensverteilung. Heute ist das anders. Das eigene Einkommen ist relativ zum geerbten Vermögen immer weniger bedeutsam.

Abbildung 17 zeigt dieses Phänomen auf Basis von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Diese Darstellung ist insbesondere seit Piketty (2014) zu einem Standard geworden, der zwei Gründe für das in allen westlichen Ländern zu beobachtende starke Ansteigen der sogenannten „Capital/Income Ratio“ in den letzten Jahrzehnten, also das Ansteigen der Bedeutung von Kapital im Vergleich zu Einkommen, nennt. Einerseits wird nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs wieder Kapital aufgebaut. Andererseits kam es spätestens seit Ende der 1970er Jahre zu einer Verlangsamung des Wachstums der Einkommen bzw. einer Beschleunigung des Wachstums der Kapitalrenditen. Während in Österreich der Kapitalstock in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Mitte der 1970er Jahre noch rund 370 Prozent des Nationaleinkommens betrug, ist der entsprechende Wert heute bereits knapp unter 500 Prozent des Nationaleinkommens. Das bedeutet, dass es heute fünf Jahre an Einkommen benötigt, um den bereits vorhandenen Kapitalstock zu ersetzen. Im Vergleich dazu waren Mitte der 1970er Jahre nur 3,7 Jahre an Einkommen nötig. Einkommen verliert also relativ zu bereits vorhandenem Kapital an Bedeutung. Gleichzeitig sank auch die Lohnquote in diesem Zeitraum und damit ging der Anteil an Einkommen aus Arbeit am BIP zurück, was diesen Zusammenhang noch verschärft, da die Verringerung von Einkommen aus Arbeit relativ zum bereits vorhandenen Vermögen damit noch stärker ausfällt.

Abbildung 17: Kapitalstock in Prozent des Nationaleinkommens



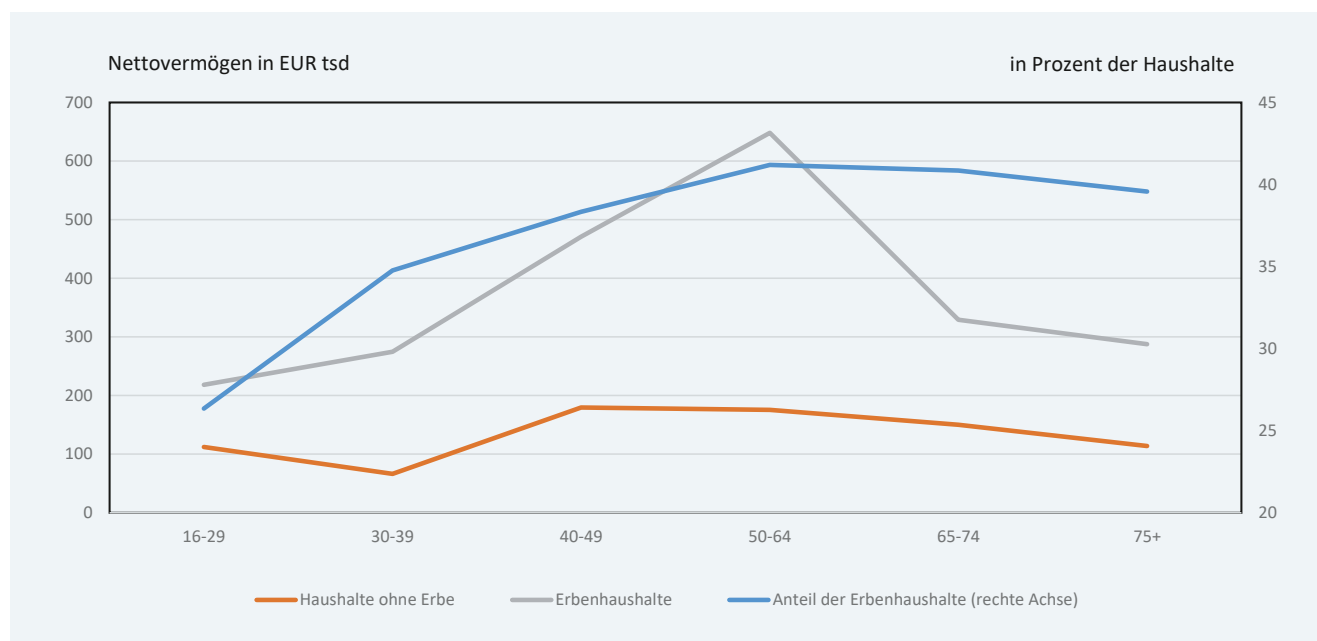
Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Abbildung 18 illustriert, was das Erben von Vermögen für die heutigen Generationen bedeutet. Verglichen wird das durchschnittliche Nettovermögen von Haushalten, die bereits geerbt haben (Erbenhaushalte), mit jenen, die nicht geerbt haben. Die Nettovermögen werden nach dem Alter der Referenzperson im Haushalt gereiht.

Es zeigt sich, dass das Nettovermögen der Erbenhaushalte deutlich über jenem der Haushalte ohne Erbe liegt. Auch bei jungen Menschen (bis 40 Jahre), die noch wenig Zeit zum Aufbau von Vermögen aus eigener Arbeitsleistung hatten, sind die Nettovermögen der Erbenhaushalte deutlich höher als bei den Nicht-Erben. Der Knick im Vermögen der Erbenhaushalten, die älter als 64 Jahre sind, zeigt deutlich, dass es für die älteren Haushalte noch deutlich weniger zu erben gab, als für die etwas jüngeren Haushalte, die bereits etwas geerbt haben.

Insgesamt ist also das Erben für die Position in der Vermögensverteilung im Durchschnitt heute sogar wichtiger als ein (lebenslanges) Sparen aus Arbeitseinkommen. Diese Situation wird sich in Österreich in Zukunft noch weiter verschärfen (Fessler und Schürz 2018).

Abbildung 18: Mittelwert der Nettovermögen nach Alter und Erbe



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB.

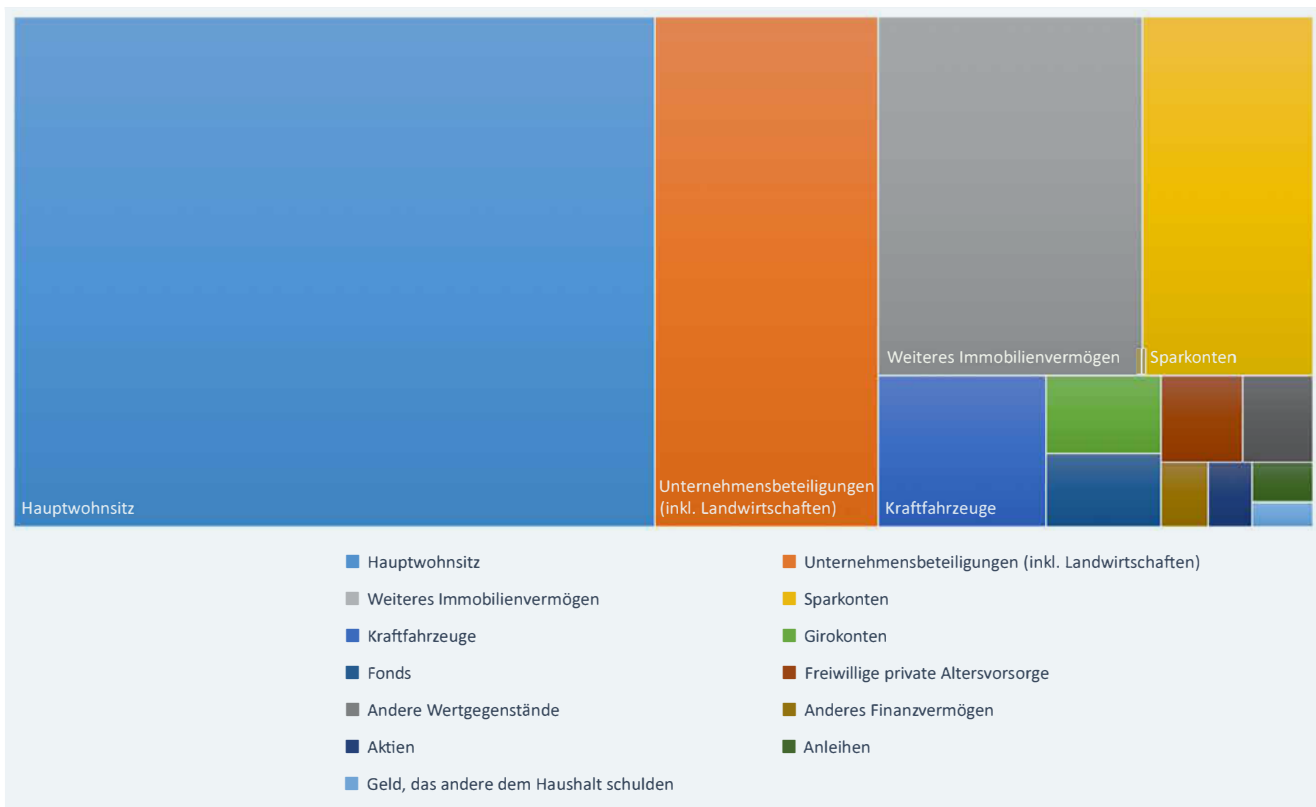
## 1.5 Eigenheim wichtigster Vermögensbestandteil

Wird das Vermögen aller österreichischen Haushalte gemeinsam betrachtet, kann die Bedeutung der Vermögensfunktionen unterschieden werden. Dies zeigt [Abbildung 19](#). Das Eigenheim ist mit großem Abstand der wichtigste Vermögensbestandteil. Unternehmensbeteiligungen und weiteres Immobilienvermögen folgen danach. Diese drei Vermögenskomponenten lassen sich in der Vermögensverteilung gut verorten. Die Hauptwohnsitze finden sich nahezu ausschließlich in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung, die Unternehmensbeteiligungen und weiteres Immobilienvermögen insbesondere innerhalb der vermögendsten 10 Prozent der Haushalte (Fessler und Schürz 2018b).

So lässt sich die Vermögensverteilung in Österreich grob in drei Teile gliedern: Die untere Hälfte (niedrigere Vermögen) besteht aus Mietern, die obere aus Eigentümern des Hauptwohnsitzes. Und innerhalb der oberen Hälfte (höhere Vermögen) lassen sich die Top 10 Prozent nochmals abgrenzen, weil vor allem sie über weitere Immobilien und Unternehmensbeteiligungen verfügen. Diese Einteilung geht auch einher mit den besprochenen Verbindungen zum Einkommen und den Funktionen von Vermögen. Für die Mieterinnen und Mieter in der unteren Hälfte ist vor allem Einkommen aus Arbeit relevant. Vermögen dient ihnen als Vorsorge und Absicherung in Notfällen. Für die Eigentümerinnen und Eigentümer in der oberen Hälfte – bis auf die obersten 10 Prozent – wird Vermögen auch in Form des Eigenheims genutzt. Für sie entsteht dadurch nicht-monetäres Einkommen aus Vermögen (imputierte Renten). Für die Haushalte innerhalb der

Top 10 Prozent generiert das Vermögen zusätzlich auch monetäres Einkommen durch ihre Unternehmensbeteiligungen sowie durch Vermietung von weiteren Immobilien. Bei ihnen kommt diese Einkommenserzielung als Vermögensfunktion hinzu.

**Abbildung 19:** Bedeutung der Vermögenskomponenten der österreichischen Haushalte



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB.

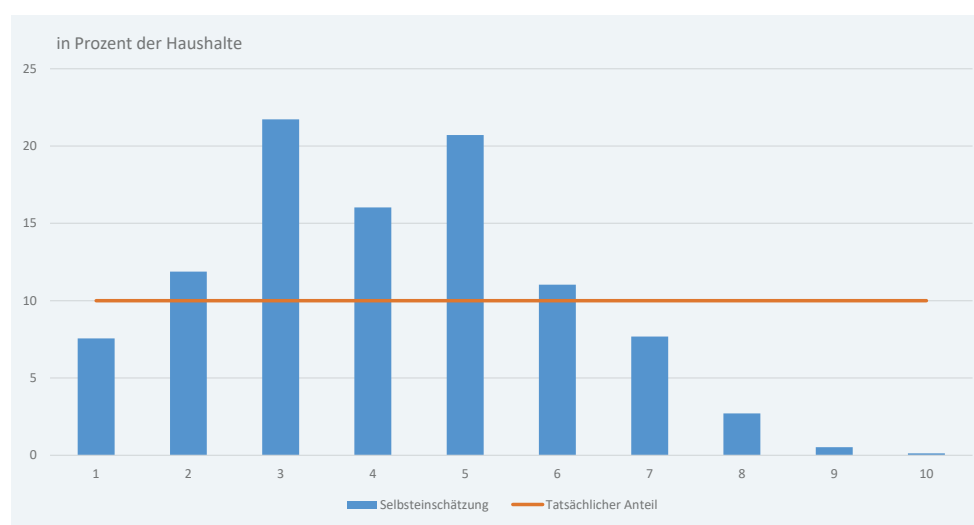
## 2 Sozio-ökonomische Spezifika zur Vermögensverteilung

Das durch eine Haushaltserhebung gewonnene Bild der Vermögensverteilung, muss um sozioökonomische Merkmale der Eigentümerinnen und Eigentümer von Vermögen ergänzt werden. Hierzu zählen Alter, Beruf, Bildung, Einstellungen, Sozialisation und lebensgeschichtliche Erfahrungen. Erst lebensweltliche Knotenpunkte der Vermögensakkumulation (wie Familiengründung, Scheidung, Todesfälle), und die von Menschen unterschiedlich wahrgenommenen Realität der Vermögensverteilung, vervollständigen das Bild und erlauben eine inhaltliche Verknüpfung von Vermögensakkumulation und sozialer Mobilität.

Während Kapitel 1 auf Vermögensinformationen rekurrierte, geht es in Kapitel 2 um Spezifika der Eigentümerinnen und Eigentümer von Vermögen und deren Bedeutung für soziale Mobilität und soziale Persistenz.

Abbildung 20 zeigt die Selbsteinschätzung der Haushalte in Bezug auf ihre Vermögensposition. Eine große Mehrheit der Haushalte verortet sich in der Mitte der Verteilung. Kaum jemand in Österreich glaubt, dass der eigene Haushalt in die Gruppe der vermögendsten 20–30 Prozent fällt. Auch dem untersten Dezil, den 10 Prozent mit den niedrigsten Vermögen, der Vermögensverteilung ordnen sich weniger Haushalte zu, als dort tatsächlich zu finden sind. Die Mitte ist in Österreich folglich überproportional besetzt. Demnach ist es auch keine Überraschung, dass „die Mitte“ im politischen Diskurs oft bemüht wird. Auf diese Weise können sich fast alle Haushalte angesprochen fühlen, da sie sich selbst als der Mitte zugehörig wahrnehmen. Auch für das Wahlverhalten kann diese Selbstwahrnehmung wichtiger sein, als die tatsächliche Stellung in der Vermögensverteilung.

Abbildung 20: Selbsteinschätzung in Nettovermögensdezile

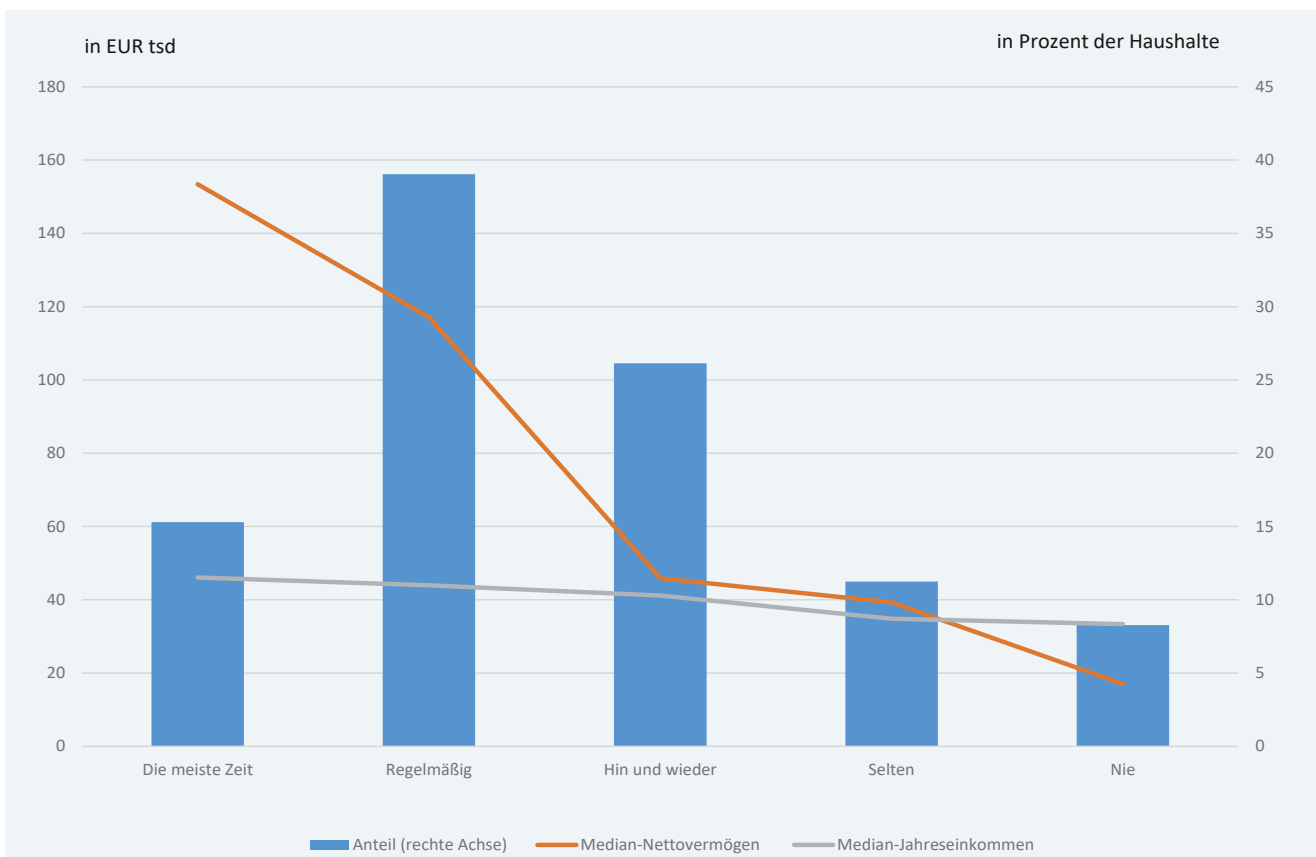


Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB.

Zu einem zentralen Problem für die Demokratie wird es, wenn Menschen sich nicht mehr für die Politik interessieren und nicht mehr an Wahlen teilnehmen. Insbesondere ist dies problematisch, wenn die Wahlabsenz nicht zufallsverteilt ist, sondern es sich dabei um eine spezifische soziale Gruppe handelt. Dann besteht die Gefahr, dass diese soziale Gruppe an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird und ihre Interessen in Folge von der Politik nicht mehr angemessen vertreten werden. Da die Politik die Absenz bei Wahlen antizipieren kann, bewirkt dies unter Umständen eine politische Ausgrenzung der Anliegen der bereits unterrepräsentierten Gruppe.

Abbildung 21 zeigt die Antworten auf die Frage, wie sehr die Tagespolitik und die Politik generell beachtet werden. Abgebildet wird der Median von Einkommen und Vermögen innerhalb der Antwortkategorien. Es zeigt sich, dass einkommensstärkere und vermögensstärkere Gruppen die Politik stärker verfolgen als einkommens- und vermögensschwächere Gruppen. Insbesondere beim Vermögen ist dieser Zusammenhang deutlich. Während die Haushalte in den Antwortgruppen „die meiste Zeit“ und „regelmäßig“ deutlich über dem generellen Median des HFCS von rund 83.000 Euro liegen, sind die Mediane der anderen Gruppen weit darunter.

**Abbildung 21:** Was würden Sie sagen, wie sehr verfolgen Sie die Tagespolitik und die Politik generell, die meiste Zeit, regelmäßig, hin und wieder, selten oder nie?



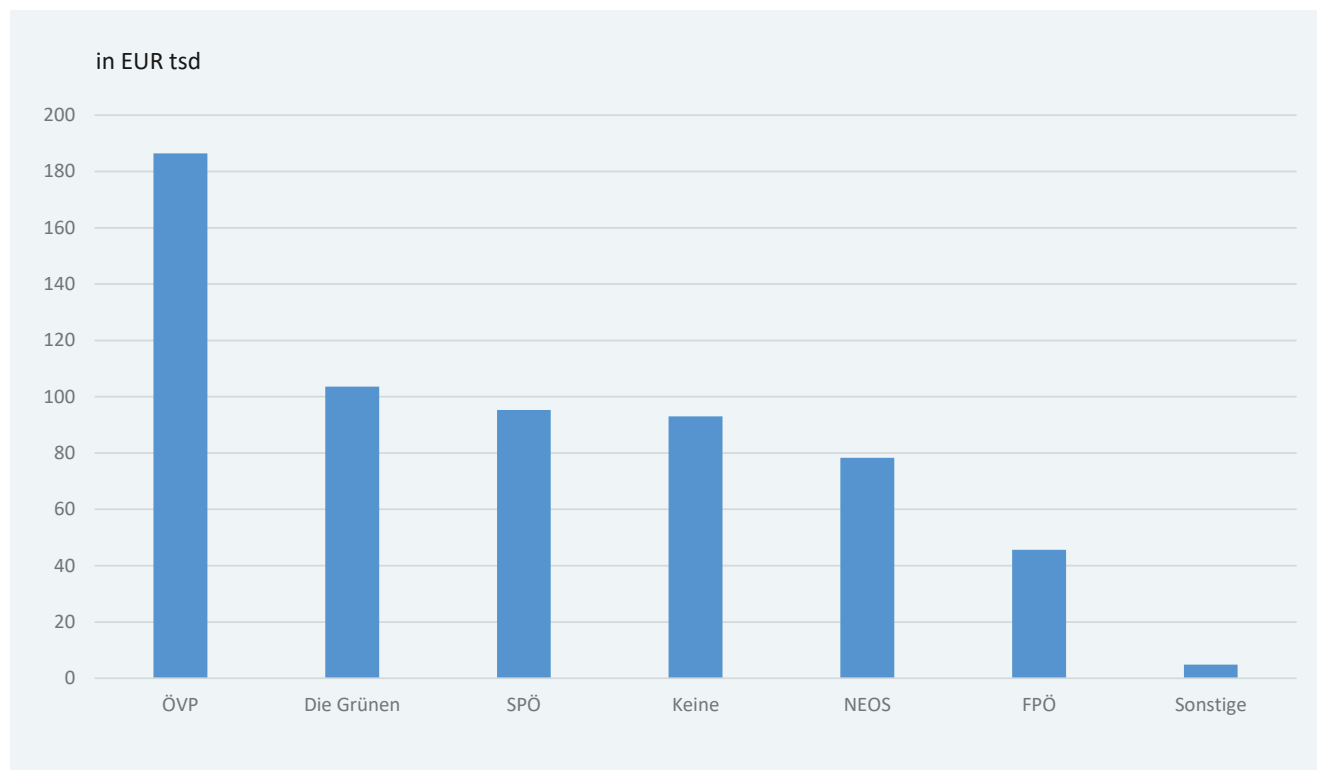
Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB.

Abbildung 22 schlüsselt die Nettovermögensmediane nach der jeweiligen Parteipräferenz auf. Diese Frage wurde in der HFCS-Erhebung an das Thema des Politikinteresses angeschlossen. Sie zielt auf das empfundene Nahverhältnis zu Parteien und nicht auf das Wahlverhalten. Sie lautet:

„Aus unterschiedlichen Gründen nehmen viele Menschen heutzutage nicht (mehr) ihr Wahlrecht in Anspruch. Trotzdem fühlen sie sich einer der politischen Parteien näher als den anderen. Welche Partei ist dies bei Ihnen?“

Da die Erhebung 2017 durchgeführt wurde, entspricht das Ergebnis nicht der heutigen Parteienlandschaft. Personen, welche mit den „Grünen“ oder der „SPÖ“ sympathisieren, haben beim Haushaltsvermögen einen Median relativ nahe dem Median der HFCS-Erhebung von rund 83.000 Euro. Jene Personen, welche die „NEOS“ nennen, liegen leicht darunter. Es handelt sich hierbei um jüngere Haushalte. Deutliche Abweichungen vom HFCS-Median sind vor allem bei Personen, die sich der „ÖVP“ oder der „FPÖ“ näher fühlen, zu finden. Personen, die „FPÖ“ antworten, liegen mit ihrem Vermögen etwa nur beim halben Medianwert. ÖVP-Sympathisanten weisen im Median ein weit höheres Nettovermögen auf. Es ist doppelt so hoch wie jenes der SPÖ-Sympathisanten und mehr als drei Mal so hoch wie jenes derer, die eine Nähe zur FPÖ angeben.

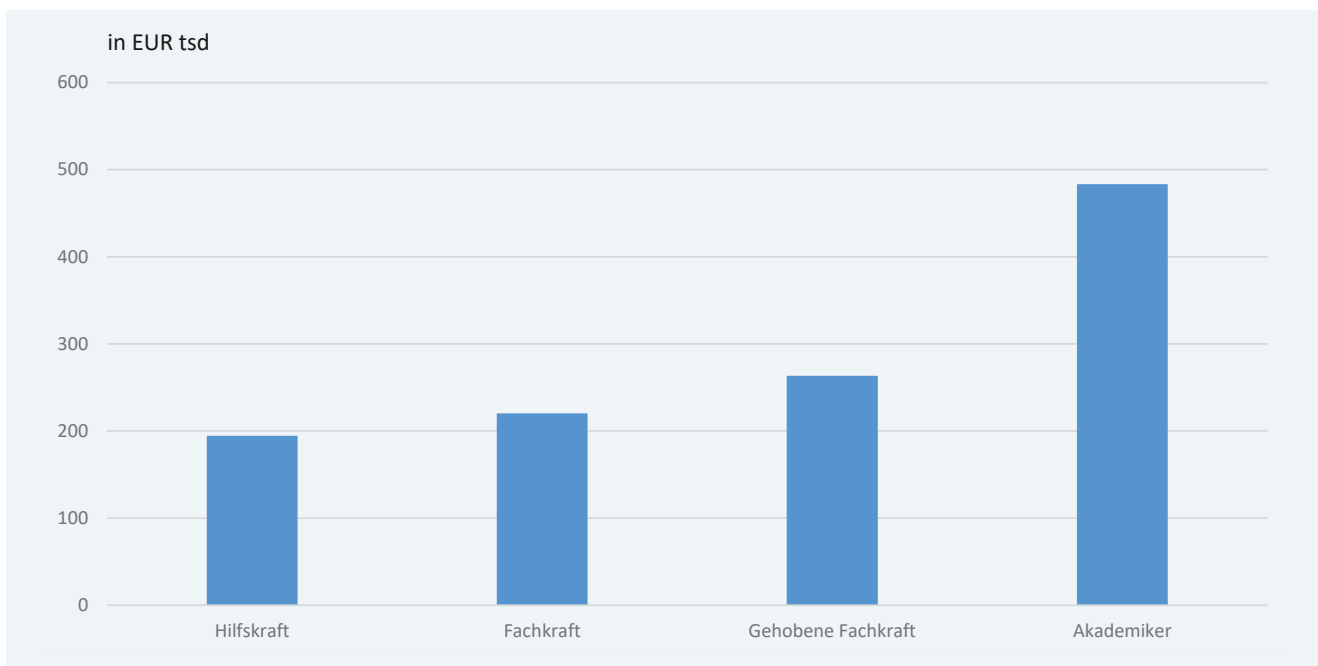
Abbildung 22: Median der Nettovermögen nach Parteipräferenz



Quelle: HFCS Austria 2017, OeNB.

Dass sich soziale Ungleichheit vererbt, ist ein bekanntes Ergebnis wissenschaftlicher Forschung und von der OECD in einer Vielzahl von Studien belegt. Auch im HFCS-Fragebogen finden sich mehrere Fragen, die eine Analyse der Persistenz sozialer Ungleichheit über Generationen erlauben. Insbesondere die Persistenz von Bildung über Generationen hinweg ist in Österreich ein wissenschaftlich untersuchter Indikator für soziale (Im-) Mobilität (Fessler, Mooslechner und Schürz 2012; Schneebaum, Rumpelmaier und Altzinger 2015; dies. 2016). Eine Frage nach dem Beruf des Großvaters spannt die Zeitdimension der sozialen Mobilität über drei Generationen. Auch über einen so langen Zeitraum lässt sich der Zusammenhang zwischen Stellung im Beruf und Vermögen deutlich nachweisen. Insbesondere leben Personen mit einem Großvater (väterlicherseits), der bereits Akademiker war, in Haushalten mit deutlich höheren Vermögen.

**Abbildung 23:** Mittelwert des Nettovermögens nach Beruf des Großvaters väterlicherseits

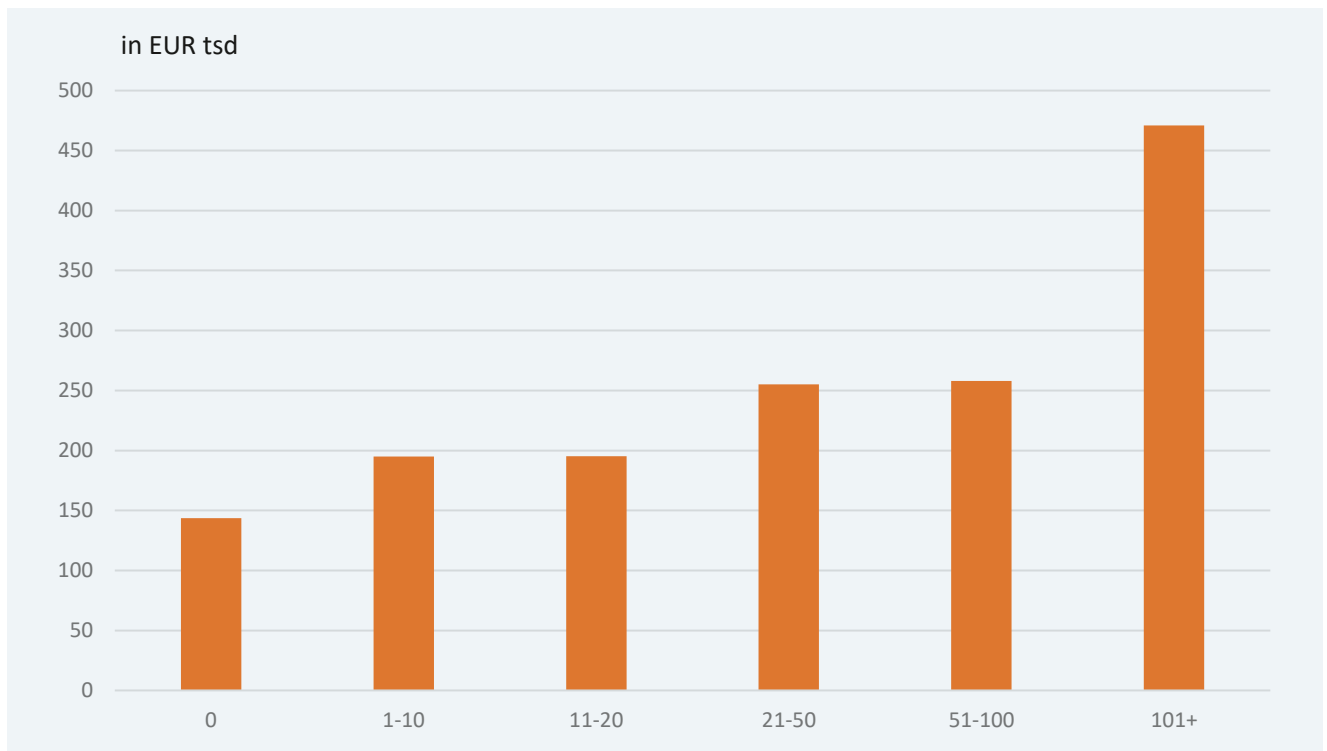


**Quelle:** HFCS Austria 2014, OeNB.

Ein weiteres Kriterium, das auf den Bildungshintergrund abstellt, ist die Anzahl der im elterlichen Haushalt in der Kindheit der Respondenten vorhandenen Bücher. Ein bildungsbürgerlicher Hintergrund korreliert mit materiellem Wohlstand. Jene Personen, die angeben, dass sie im Alter von 10 Jahren in einem Haushalt mit mehr als 100 Büchern gelebt haben, leben heute in Haushalten mit nahezu doppelt so viel Vermögen, wie jene Personen, die in Haushalten mit weniger Büchern aufwuchsen. Die Anzahl der Bücher im elterlichen Haushalt ist demnach eine relevante Information, um das aktuelle Vermögen des Haushalts vorherzusagen (siehe [Abbildung 24](#)).



**Abbildung 24:** Mittelwert des Nettovermögens im Haushalt nach Anzahl der Bücher im elterlichen Haushalt im Alter von 10 Jahren



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

### 3 Schlussfolgerungen

Bei der Betrachtung der Vermögensverteilung in Österreich nach nunmehr 3 Wellen des HFCS (2010, 2014, 2017) ergeben sich einige robuste Resultate. Die Vermögensungleichheit in Österreich ist im internationalen Vergleich hoch und über die Zeit stabil. Veränderungen der Ungleichheit innerhalb der relativ kurzen Zeitspanne hängen von der Auswahl der betrachteten Ungleichheitsmaßzahlen ab. Ungleichheitsindikatoren weisen in unterschiedliche Richtungen. Hauptwohnsitze im Eigentum haben fast ausschließlich Haushalte in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung. Unternehmensbeteiligungen und weiteres Immobilienvermögen haben insbesondere die vermögendsten 10 Prozent der Haushalte. Die untere Hälfte lebt in Miete und hat bestenfalls ein wenig an Finanzvermögen.

Personen mit einem Großvater, der Akademiker war, leben in Haushalten mit deutlich höheren Vermögen. Ein gebildetes Elternhaus, gemessen an der Anzahl der Bücher, erleichtert eine gute Vermögensposition zu einem späteren Zeitpunkt im Leben.

Haushalte mit hohem Vermögen verfolgen die Politik stärker als einkommens- und vermögensschwächere Gruppen. Auch die Vermögensbestände von Haushalten mit unterschiedlichen politischen Parteipräferenzen unterscheiden sich beträchtlich voneinander. Diese Spezifika sollten für die Programmatik der Wirtschaftspolitik eine Rolle spielen.

Erben wird für die Position in der Vermögensverteilung wichtiger als lebenslanges Sparen aus dem Arbeitseinkommen. Diese Situation wird sich in Österreich in Zukunft noch weiter verschärfen.

## Literaturverzeichnis

- Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin. 2012.** Intergenerational Transmission of Educational Attainment in Austria *Empirica*, Volume 39, issue 1, pp. 65–86. <http://link.springer.com/article/10.1007/s10663-010-9156-x>
- Fessler, Pirmin/Lindner, Peter/Schürz, Martin. 2019.** Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2017: First Results for Austria. *Monetary Policy & the Economy*, Oesterreichische Nationalbank (Austrian Central Bank), issue Q4/18, pp. 36–66. <https://www.hfcs.at/dam/jcr:6c798d62-f16a-4fc7-8555-9df9042fc836/hfcs-2017-austria-first-results.pdf>
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin, 2017a.** Wie geht es Haushalten mit Kindern in Österreich? In: *Wie geht's Österreich*, pp. 197–206, Statistik Austria.
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin, 2017b.** Zur Verteilung der Sparquoten in Österreich, *Monetary Policy & the Economy*, Oesterreichische Nationalbank (Austrian Central Bank), issue 3, pp. 13–33. [https://www.oenb.at/dam/jcr:cf4ebb4f-7c74-4764-9e6a-7fd9bfa121a0/03\\_Fessler\\_mop\\_3\\_17.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:cf4ebb4f-7c74-4764-9e6a-7fd9bfa121a0/03_Fessler_mop_3_17.pdf)
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin, 2018a.** Private Wealth Across European Countries: The Role of Income, Inheritance and the Welfare State. *Journal of Human Development and Capabilities*, 19:4, pp. 521–549. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/19452829.2018.1507422>
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin, 2018b.** The functions of wealth: renters, owners and capitalists across Europe and the United States. OeNB Working Paper 223
- Fessler, Pirmin/Rehm, Miriam/Tockner, Lukas. 2016.** The Impact of Housing Non-Cash Income on the Unconditional Household Income Distribution. *Urban Studies*, Volume 53, issue 13, pp. 2849–2866, July 2016. <http://usj.sagepub.com/content/53/13/2849>
- OECD 2019.** Förderung der sozialen Mobilität in Österreich
- Piketty, Thomas. 2014.** *Capital in the Twenty-First Century*, Harvard University Press.
- Schürz, Martin. 2019.** *Überreichtum*. Campus Verlag. Frankfurt/New York.
- Schneebaum, Alyssa/ Rumlmaier, Bernhard/Altzinger, Wilfried. 2016.** Gender and Migration Background in Intergenerational Educational Persistence. *Education Economics* 24 (3): pp. 239–260. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09645292.2015.1006181>
- Schneebaum, Alyssa/ Rumlmaier, Bernhard/Altzinger, Wilfried. 2015.** Gender in Intergenerational Educational Persistence Across Time and Place. *Empirica* 42 (2): pp. 413–445. <https://link.springer.com/article/10.1007/s10663-015-9291-5>
- Vermeulen, Phillipp. 2016.** Estimating the top tail of the wealth distribution. ECB Working Paper 1907.





# Notizen

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---



